

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Gewinner und Verlierer: Das EU-Mercosur-Abkommen als
Hegemonieprojekt.
Argentinien, Brasilien und die EU inmitten hegemonialer Macht-
und Abhängigkeitsstrukturen (2019-2023).

verfasst von | submitted by

Pia Elisabeth Burtscher BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Dr. Valerie Lenikus BA MA

Danksagung

Danke Mama und Papa! Ihr habt es mir in wirklich allen Belangen ermöglicht, Bildung als etwas erfahren zu dürfen, das Spaß macht, Neugierde weckt und lehrt kritisch zu sein und zu bleiben. Danke für die wunderbare Zeit während meines Studiums und danke dafür, dass ich nie das Gefühl haben musste, mein Leben an einer einzigen (Studiengangs-)Entscheidung festmachen zu müssen. Danke für euer Dasein, eure immanente Begleitung über all die Jahre, für euer Zuhören sowie das Diskutieren über Themen, die mich während des Studiums begleiteten, sowie geprägt haben und auf meinem weiteren Weg beeinflussen werden.

Abstracts (in deutscher & englischer Fassung)

Die Masterarbeit untersucht die Wechselwirkungen zwischen der Agrarhandels- sowie Klimapolitik im EU-Mercosur-Abkommen im Zeitraum von 2019 bis 2023 mit besonderem Fokus auf die politische Führungsebene der EU, Brasiliens und Argentinien. Im Zentrum steht die Frage, wie sich hegemoniale Machtstrukturen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden¹ in den Verhandlungen äußern und welche (Un-)Stimmigkeiten daraus resultieren. Analysiert wird insbesondere, wie politische, ökonomische und ökologische Interessen die Ausgestaltung des Abkommens beeinflussen und in welchem Spannungsverhältnis Handelsliberalisierung und Klimaschutz stehen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Nachhaltigkeitskapitel und dem Zusatzprotokoll, die im Rahmen einer historisch-materialistischen Policy-Analyse als Ausdruck hegemonialer Strategien untersucht werden. Auf dieser Grundlage geht die Analyse zudem der Frage nach, inwiefern das EU-Mercosur-Abkommen als Hegemonieprojekt zu verstehen ist.

Schlüsselwörter: EU-Mercosur-Abkommen, Nachhaltigkeitskapitel, Zusatzprotokoll, Historisch-materialistische Policy-Analyse (HMPA), Hegemonieprojekt

The master's thesis examines the interactions between agricultural trade and climate policy in the EU-Mercosur agreement from 2019 to 2023, with a particular focus on the political leadership of the EU, Brazil, and Argentina. The central question is how hegemonic power structures between the Global North and the Global South manifest themselves in negotiations and what (dis)agreements result from them. The analysis focuses on how political, economic, and ecological interests influence the design of the agreement and the tensions between trade liberalization and climate protection. The main focus is on the Trade and Sustainable Development chapter and the side letter which are examined as an expression of hegemonic strategies within the framework of a historical-materialist policy analysis. Based on this, the analysis also examines the extent to which the EU-Mercosur agreement can be understood as a hegemony project.

Keywords: EU-Mercosur agreement, Trade and Sustainable Development chapter, side letter, joint instrument, historical-materialist policy analysis (HMPA), hegemony project

¹ In der Arbeit werden die differenzierteren Begriffe *Globaler Süden* und *Globaler Norden* verwendet, da sie keine geographischen Bezeichnungen sind, sondern eine Deutung zur weltpolitischen und wirtschaftlichen Stellung einzelner Gesellschaften beschreiben. Sie veranschaulichen zudem bestehende Beziehungen und Ungleichheiten (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2025; vgl. Brand/Wissen 2011: 78). Da es sich um feste und möglichst wertfreie Begriffe handelt, die globale Perspektiven in den Vordergrund stellen, werden sie großgeschrieben (vgl. Ludwig Forum Aachen 2021; vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2026).

Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
NAFTA ²	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NGO	Nichtregierungsorganisation
EFTA	Europäischen Freihandelsassoziation
GHG	Treibhausgas
SDGs	Ziele für nachhaltige Entwicklung
FTA	Freihandelsabkommen
PTA	Präferenzhandelsabkommen
TSD	Nachhaltigkeitskapitel
NDCs	National festgelegte Klimabeiträge
PPMS	Produktions- und Verfahrenmethoden

² In der Masterarbeit werden u. a. wiederkehrende englischsprachige Abkürzungen im Abkürzungsverzeichnis einheitlich mit ihren deutschen Entsprechungen wiedergegeben.

Abbildungs- & Tabellenverzeichnis

Abbildung 1:	49
Abbildung 2:	50
Abbildung 3:	50
Abbildung 4:	52
Abbildung 5:	52
Abbildung 6:	53
Abbildung 7:	53
Abbildung 8:	54
Abbildung 9:	55
Abbildung 10:	58
Abbildung 11:	58
Abbildung 12:	62
Abbildung 13:	62
Abbildung 14:	69
Abbildung 15:	70
Tabelle 1:	50
Tabelle 2:	78f

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Danksagung</i>	2
<i>Abstracts (in deutscher & englischer Fassung)</i>	3
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	4
<i>Abbildungs- & Tabellenverzeichnis</i>	5
KAPITEL 1: IMPLIKATIONEN & HERAUSFORDERUNGEN DES EU-MERCOSUR-ABKOMMENS	8
1.1 Erkenntnisinteresse & Forschungsfrage	10
1.2 Zielsetzung & Fallauswahl	11
1.3 Forschungsstand	14
1.4 Struktur	16
KAPITEL 2: THEORETISCHE EINORDNUNG I – EUROPAS UND LATEINAMERIKAS STAATLICHKEIT	19
2.1 Sum & Jessop: Regulationstheorie	19
2.2 Gramscianismus: der Kampf um Hegemonie	20
2.3 Otero & Mariátegui: Konfigurationen von Staatlichkeit in Lateinamerika	24
2.4 Zavaleta: Überlagerte Gesellschaft & Scheinstaat	26
Fazit: (Stille) Zustimmung und Zwang	28
KAPITEL 3: THEORETISCHE EINORDNUNG II – ENTLANG ÖKOLOGISCHER KONFLIKTLINIEN	30
3.1 Neo-Extraktivismus	30
3.2 Commodities Consensus	33
3.3 Imperiale Lebensweise	35
Fazit: Wer zahlt die Rechnung, wer trägt die Kosten?	37
KAPITEL 4: THEORIE- & METHODENRAHMEN	39
4.1 Historisch-materialistische Policy-Analyse	39
4.2 Hegemonieprojekte	40
4.3 Forschungsdesign	42
KAPITEL 5: ASYMMETRISCHE VERHANDLUNGSMACHT	48
5.1 A green transition that leaves no one behind	50
5.2 Der Agrarsektor & seine Aussagekraft	53

5.3 Exportschlager Soja(-schrot).....	56
5.4 Die Big Player.....	60
5.5 It's real, it's bad, it's us?	64
5.6 Paradoxon des Reichtums.....	71
Fazit: Wohlstand für alle!?.....	74
KAPITEL 6: DAS EU-MERCOSUR-ABKOMMEN – QUADRATUR EINES KREISES.....	76
6.1 Freihandels- oder Präferenzhandelsbekommen	77
6.2 Ein großer (Miss-) Erfolg	79
6.3 Der (Auf-)Schrei nach Klimaschutz: Nachhaltigkeitskapitel & Zusatzprotokoll als Legitimationsstrategie	81
6.4 Status quo	92
Fazit: Mehr Schein als Sein.....	105
KAPITEL 7: KONKLUSION – GEWINNER & VERLIERER.....	110
7.1 Forschungsergebnisse & Konklusion	110
7.2 Grenzen & Chancen der Masterarbeit	114
BIBLIOGRAFIE	116

KAPITEL 1: IMPLIKATIONEN & HERAUSFORDERUNGEN DES EU-MERCOSUR-ABKOMMENS

Seit mehr als über zwanzig Jahren führen die EU gemeinsam mit den Mercosur³-Staaten, bestehend aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay Verhandlungen über ein Handelsabkommen. Im Jahr 2019 gelang es beiden Vertragspartner:innen⁴ eine Einigung über den Vertragstext des sogenannten EU-Mercosur-Abkommens zu erzielen. Diesen Moment bezeichnete der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker⁵ als „historisch“ (Jean-Claude 2019 zit. nach Mourao Permoser 2022: 654), denn diese Ratifizierung eines solchen Handelsabkommens würde zur Schaffung der größten Handelszone der Welt führen und mehr als 720 Millionen Menschen verbinden (vgl. Brändle 2024). Kern des EU-Mercosur-Abkommens ist der weitgehende Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren, wobei besonders die europäische Automobil- und Pharmaindustrie profitieren würde, während der Mercosur vor allem als Lieferant agrarischer Rohstoffe in den europäischen Markt eingebunden werden soll (vgl. Sultan 2023).

Diese handelspolitische Arbeitsteilung verschärft bestehende strukturelle (Macht-)Asymmetrien, denn das Abkommen zielt besonders auf Agrarerzeugnisse wie Rindfleisch, Zucker und Soja – Produkte, die bereits heute zentral für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Regionen sind (vgl. Fracarolli 2022:1). *„Neben der Rinderhaltung ist der Anbau von Soja einer der wesentlichen treibenden Faktoren für die Tropenwaldzerstörung und Umwandlung von Savannen, v.a. in Brasilien und Argentinien [...]“* (Schlatzer/Drapela/Lindenthal 2021: 29). Dies führt zu Verlusten an Ökosystemen, Artenvielfalt und zu erhöhten Kohlenstoffemissionen durch den Anbau größtenteils gentechnisch veränderter Soja in Monokulturen mit Glyphosat-Einsatz (vgl. ebd.). Damit steht das Abkommen in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zu den erklärten klimapolitischen Zielen der EU sowie zu den von den Mercosur-Staaten politisch artikulierten Klimaschutzbekundungen und den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen,

³ *Mercosur* (Mercado Común del Sur, übersetzt aus dem span.: Gemeinsamer Markt des Südens) ist ein regionaler Zusammenschluss der sechs südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Venezuela und Bolivien (vgl. MERCOSUR 2025).

⁴ In der Arbeit wird der gendergerechte Gender-Doppelpunkt verwendet, wobei in direkten Zitaten die originale Schreibweise beibehalten wird.

⁵ (Kommissions-)Präsident:innen *EU*: Jean-Claude Juncker (Luxemburg) 2014 – 2019; Ursula von der Leyen (Deutschland) 2019 – aktuell (vgl. oesterreich.gv.at 2024). *Brasilien*: Jair Bolsonaro 01/2019 – 12/22; Luiz Inácio Lula da Silva 01/23 – aktuell (vgl. Wikipedia 2023). *Argentinien*: Mauricio Macri 12/2015 – 12/2019; Alberto Fernández 12/2019 – 12/2023; Javier Milei 12/2023 – aktuell (vgl. Wikipedia 2024).

zu dessen Umsetzung sich beide Seiten im Rahmen des Abkommens bekennen (vgl. Nolte 2019: 5; vgl. Luhn 2022).

„[The EU-Mercosur agreement] contribute[s] to higher greenhouse gas emissions because of deforestation [and] the increased trade flows between the two blocs, due to the reduction of tariffs to zero for a large number of products, will also affect the climate. By 2050, carbon dioxide emissions due to global maritime transport could represent 17% of total carbon dioxide emissions” (Ghiotto/Echaide 2019: 6).

Die Kritik am EU-Mercosur-Abkommen entzündet sich genau an diesem Widerspruch, denn es intensiviert den Handel mit agrarischen Rohstoffen und stabilisiert damit emissions- und ressourcenintensive Produktionsmodelle. Umwelt- und Klimaschutz werden damit gegenüber handelspolitischen Interessen strukturell untergeordnet. Um dem Druck nach mehr Klimaschutz im Abkommen zu begegnen, ergänzt die EU zusätzlich zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens das Abkommen um ein Nachhaltigkeitskapitel ohne rechtlich bindende Wirkung sowie um ein ebenfalls unverbindliches Zusatzprotokoll (vgl. Fritz 2020: 13; vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 408), das zudem ohne vorherige Absprache mit dem Mercosur beschlossen wurde (vgl. TABLECLIMATE 2023). Dies geschieht vor dem Hintergrund einer globalen Klimakrise und eines Ressourcenverbrauchs, der vor allem durch Konsum und Investitionen von der wohlhabendsten Bevölkerungsgruppe verursacht wird (vgl. Schöngart et al. 2025). Von den Mercosur-Staaten wird das Abkommen als einseitig, protektionistisch und politisch bevormundend wahrgenommen (vgl. Brand/Eyselein 2023; vgl. Die Presse 2023), während die EU weiterhin am Abkommen in jener Form festhält (vgl. ORF.at 2025). Dabei tritt die EU als Regelmacherin auf und der Mercosur als reagierender Akteur.

Diese Konfliktlinien verschärfen sich vor dem Hintergrund globaler Krisen. Die Brände im Amazonasgebiet im Sommer 2019 unter Präsident Jair Bolsonaro rückten die ökologischen Folgen des agrarischen Exportmodells international ins Zentrum der Aufmerksamkeit (vgl. Sangmeister 2020: 17f) und verstärkten den Widerstand gegen das Abkommen innerhalb der EU (vgl. Sangmeister 2020: 10). Gleichzeitig betonte die Covid-19-Pandemie die Machtasymmetrie zwischen der EU und Lateinamerika. Europas Impfpolitik zeigte die Diskrepanz zwischen der proklamierten Partner:innenschaft auf Augenhöhe und der Realität. Die Werte, die man teilen wollte, und der Wunsch nach Stärkung des Multilateralismus wurden in der Krise deutlich hinterfragt. Zudem intensivierte die EU vor dem Hintergrund Russlands Angriffskriegs gegen die Ukraine ihre Bemühungen um Rohstoffsicherung, Lieferkettenstabilität und strategische Autonomie. In diesem Zusammenhang gewinnt das Assoziierungsabkommen zwischen dem Mercosur und der EU an Bedeutung (vgl. Maihold/Muscio Blanco/Zilla 2022: 1ff). Die EU strebt nach vertieften Wirtschaftsbeziehungen (vgl. Pflügel 2023) und einem politischen Dialog und setzt daher verstärkt auf Freihandels- und

Assoziierungsabkommen mit Ländern in Lateinamerika in verschiedenen Konfigurationen (vgl. Maihold/Muscio Blanco/Zilla 2022: 2f). Denn das Handelssystem zeigt sich aufgrund von Krisen als anfällig und zunehmend auf einzelne Länder beschränkt, wodurch es einseitigen Bedingungen unterliegt. Dadurch steigt der Druck auf die EU, eigene bilaterale Abkommen abzuschließen, um weiterhin Zugang zu kritischen Ressourcen und vorteilhaften Marktbedingungen zu bekommen, während Forderungen nach Umwelt- und Klimaschutz weiterhin vor allem regulativ adressiert werden (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 397ff).

Vor diesem Hintergrund analysiert die Masterarbeit das EU-Mercosur-Abkommen als Ausdruck eines Konflikts zwischen der Förderung von agrarischen Handelsinteressen und der Integration von Klimaschutzziele. Im Fokus steht die Frage, wie Umweltkriterien im Abkommen verankert sind, welche politischen, ökonomischen und ökologischen Interessen sowie Akteur:innen diese Ausgestaltung prägen und warum ökologische Zielsetzungen gegenüber handelspolitischen Interessen nur begrenzt durchsetzungsfähig sind. Das Abkommen dient damit als Beispiel für die Grenzen handelsbasierter Nachhaltigkeitspolitik in asymmetrischen (internationalen) Beziehungen sowie für die Analyse hegemonialer Machtstrukturen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden und der Rolle von Umweltpolitik innerhalb globaler Macht- und Ungleichheitsverhältnisse.

1.1 Erkenntnisinteresse & Forschungsfrage

Machtstrukturen fußen in Abhängigkeiten. Machtasymmetrien verstärken Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Das EU-Mercosur-Abkommen wird dem (un)gerecht. Seit der medial und politisch aufgeladenen Debatte rund um den in Flammen stehenden Amazonasregenwald, gekoppelt an die Einigung über den Entwurf des Handelsteils des EU-Mercosur-Abkommens im Jahr 2019, verfolge ich diese Entwicklungen. Denn durch die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens würde vor allem Soja und Fleisch aus dem Mercosur nach Europa sowie Autoteile und Chemie aus Deutschland in den Mercosur exportiert werden, welches die Klimakrise befeuert. Demnach war für mich besonders der Klimaaspekt interessant, sprich warum das EU-Mercosur-Abkommen ratifiziert werden soll, vor dem Hintergrund der fortschreitenden Klimakrise und dessen Auswirkungen.

Dahinter stecken Machtstrukturen. Folglich habe ich Abhängigkeitsverhältnisse seit der Kolonialisierung Südamerikas durch imperialistische Bestrebungen Europas bis heute aufgearbeitet, sowie bestehende Machtasymmetrien zwischen der EU und Argentinien sowie Brasilien analysiert. Demnach wurde in der vorliegenden Masterarbeit das Spannungsfeld zwischen agrarhandelspolitischen Interessen und der Verfolgung nachhaltiger Handelspolitik während des Prozesses der (möglichen) Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommen von 2019 bis 2023 behandelt. Im Zentrum stehen insbesondere hegemoniale Machtstrukturen, die den

Verhandlungsprozess mit dem Nachhaltigkeitskapitel, Zusatzprotokollen und Initiativen sowie Projekten seitens der EU prägen:

„Wie äußern sich hegemoniale Machtstrukturen bei der Aushandlung agrarhandelspolitischer und klimapolitischer Ziele im EU-Mercosur-Abkommen zwischen der EU, Brasilien und Argentinien von 2019 bis 2023?“

Zur Forschungsfrage folgt eine spezifische Teilfrage, welcher der Frage nachgeht, ob das EU-Mercosur-Abkommen als Hegemonieprojekt zu verstehen gilt:

„Ist das EU-Mercosur-Abkommen als Hegemonieprojekt zu verstehen?“

1.2 Zielsetzung & Fallauswahl

Die Masterarbeit untersucht die Wechselwirkungen zwischen Agrarhandels- und Klimapolitik im EU-Mercosur-Abkommen zwischen 2019 und 2023. Im Fokus steht die politische Führungsebene der EU, Argentinien und Brasiliens. Dabei wird untersucht, inwiefern hegemoniale Machtstrukturen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden zu (Un-)Stimmigkeiten im Verhandlungsprozess führten. Zudem wird analysiert, wie politische, wirtschaftliche und ökologische Interessen die Ausgestaltung und Umsetzung des Abkommens beeinflussen und welche Konflikte und Strategien sich aus den divergierenden Prioritäten der beteiligten Vertragspartner:innen ergeben. Dabei wird das Nachhaltigkeitskapitel und das Zusatzprotokoll analysiert um die Absichten von Klimaschutz und Agrarhandelsinteressen, sowie die daraus resultierenden Machtstrukturen benennen zu können. Um die Klimakrise und ihre potenzielle Verstärkung durch die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens in die Masterarbeit miteinzubeziehen, steht primär das Agrarerzeugnis Soja sowie die daraus hergestellten Produkte im Fokus, die den Hauptanteil des Exports nach Europa ausmachen und durch die Anbaupraxis den Klimawandel vorantreiben. Daraus lässt sich ein möglicher Zusammenhang zwischen Handelsausbau, der damit verbundenen Förderung dieser Güter und einer Verstärkung des Klimawandels ableiten, der zugleich Rückschlüsse auf das Spannungsverhältnis zwischen Klimaschutzinteressen und fortgesetzter Umweltbelastung erlaubt. Diese Erkenntnisse werden mithilfe der beiden Theoriekapitel I und II in Verbindung gebracht und mit einer historisch-materialistischen Policy-Analyse (HMPA) analysiert, um der Beantwortung der Frage näherzukommen, inwiefern das EU-Mercosur-Abkommen als Hegemonieprojekt zu verstehen ist. Ziel der Arbeit ist es, den Aushandlungsprozess darzulegen, das Ergebnis zu erklären und die Dynamiken dahinter zu verstehen. Dadurch sollen Machtstrukturen aufgezeigt werden, die das Handeln, die Handelslogiken und Absichten, Machtverhältnisse und Abhängigkeiten auf Ebene der politischen Führung prägen.

Die Arbeit verortet sich in der Export- und Außenwirtschaftspolitik und dient als Rahmen für die Untersuchung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eines Staates. Näher wird danach gefragt, ob das EU-Mercosur-Abkommen als ein Hegemonieprojekt betrachtet werden kann, da erprobt wird, hegemoniale Strukturen im Verhandlungsprozess sichtbar zu machen. Dabei wird versucht, Machtverhältnisse, Interessen und Strategien der politischen Führungsebene der Vertragspartner:innen zu analysieren und zu verstehen, wie dominante Positionen etabliert und durchgesetzt werden. Folglich wie spezifische Bestimmungen über Agrarhandels- und Klimaschutzinteressen in den Verträgen des EU-Mercosur-Abkommens aufgenommen oder ausgeschlossen werden.

Im Zentrum der Analyse stehen neben der EU auch Brasilien und Argentinien als die wirtschaftlich stärksten Mercosur-Mitglieder, die umfangreiche Agrarerzeugnisse wie Soja, Fleisch und Geflügel nach Europa exportieren (vgl. Ghiotto/Echaide 2019: 67). Ihre politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sind entscheidend für die Ausgestaltung und Umsetzung des Abkommens (vgl. Sangmeister 2020: 20). Dabei wird untersucht, wie die Mercosur-Staaten ihre Interessen formulieren und durchsetzen, mit Rücksicht auf ihre agrarhandels- sowie klimapolitischen Vorhaben.

Um Hegemonie erkenntnisbringend analysieren zu können, gilt nicht nur die Beachtung von sachlich und räumlicher Begrenzungen einzuhalten, sondern auch Zeitliche (vgl. Scherrer 2007: 83). Demnach wurde der Untersuchungszeitraum 2019 bis 2023 gewählt, da das Abkommen ab 2019 verstärkt in den Mittelpunkt öffentlicher und wissenschaftlicher Debatten rückte, insbesondere aufgrund der Brände im Amazonasgebiet und der damit verbundenen internationalen Kritik an den ökologischen Folgen (vgl. Sangmeister 2020: 17f). Gleichzeitig äußerten europäische Bauernvereinigungen, Regierungen und die Öffentlichkeit zunehmend Bedenken gegenüber unzureichenden Umweltauflagen sowie eine Überschwemmung des Marktes mit preisgünstigen und qualitativ schlechteren Importagrарprodukten (vgl. Brändle 2024; vgl. Nadkarni 2024; vgl. Sangmeister 2020: 20). Wohingegen Staatsoberhäupter der Mercosur-Staaten unzureichende Umweltauflagen im Agrarsektor vorgeworfen bekamen und die Rolle des Mercosurs als ewigen Rohstofflieferanten zugeschrieben wurde (vgl. Die Presse 2023; vgl. Deutscher Bundestag 2023; vgl. Handelsblatt 2023; vgl. Brand/Eyselein 2023; Gudynas 2012: 46). Daraus lässt sich für den Untersuchungszeitraum nachvollziehen, wie die politische Führungsebene der Vertragspartner:innen auf den Aufschrei nach mehr Klimaschutz, sei es durch gesprochene oder verschriftlichte Äußerungen, reagierte und wie sich das Nachhaltigkeitskapitel sowie das Zusatzprotokoll als Policy⁶-Tool in die

⁶ Im englischen wird der Begriff Politik in drei Begrifflichkeiten unterteilt: *Polity*, *Politics* und *Policy*, welche unterschiedliche Dimensionen von Politik benennen (vgl. Schneider/Janning 2006: 15). Im Rahmen der Arbeit wird den Begriff der Policy zurückgegriffen. Näheres zum Policy-Begriff siehe Kapitel 4.

Machtstrukturen einordnen lassen, um das Abkommen dem Abschluss näherzubringen und zugleich bestehende Interessen zu vertreten und fortzuführen. Die Untersuchung schließt mit dem Amtsantritt des rechtsgerichteten und nationalistischen Präsidenten Javier Milei in Argentinien im Dezember 2023 ab, da dessen Politik neue Herausforderungen für das Wirtschaftsbündnis Mercosur mit sich bringt (vgl. Zeit Online 2023; vgl. Czaja 2024; vgl. Busch 2024). Hier gilt zu erwähnen, dass Bolivien in dieser Arbeit nicht berücksichtigt wird, da sich das Land im Untersuchungszeitraum noch in Beitrittsverhandlungen mit dem Mercosur befand. Es ist seit Juli 2024 offizielles Vollmitglied (vgl. MERCOSUR 2025; vgl. Busch 2024). Ebenso ist Venezuela als Mitglied seit 2017 aufgrund der Verletzung der im Protokoll von Ushuaia (1998) festgelegten Demokratieklausele dauerhaft von der Mitgliedschaft suspendiert (vgl. Sangmeister 2020: 8), der Vorwurf ist ein „*Bruch [mit] der demokratischen Ordnung*“ (Kammel 2025). Diese Wendepunkte bilden den Abschluss der Arbeit und eröffnen gleichzeitig Ansatzpunkte für weiterführende Forschung.

Während des Forschungsprozesses stellte sich immerwährend die Frage, wie ich als Forschende die Erkenntnisse über die soziale und politische Realität erlangen kann und wie ich die Wirklichkeit objektiv erfasse, ohne sie zu beeinflussen (vgl. Prainsack/Pot 2021: 22). Daher versuchte ich mich einem eurozentristischen Blick zu entziehen, doch aufgrund meiner Herkunft, Sozialisation und Sprache kann ich dies nicht vollends ausschließen. Demnach wurde versucht, Quellen aus Südamerika sowie Europa zu vereinen, welches mir auch gelang, dennoch könnte die Möglichkeit bestehen, dass der Zugang zu präziseren Informationen über den Mercosur eingeschränkt blieb. Auch bereits vor meiner Forschung zu der vorliegenden Arbeit hat sich bei mir zunehmend das Bild verfestigt, der Globale Norden als treibende Kraft von negativen Auswirkungen des Klimawandels zu sehen, um den Wohlstand zu erhalten⁷ und der Globale Süden als denjenigen, der sich dagegen zur Wehr setzt, aber dennoch Folge leistet aufgrund der Abhängigkeit von staatlichen Einnahmen⁸. Diese Wahrnehmung verstärkt sich insbesondere vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Emissionen, der Frage, wer die Folgen des Klimawandels spürt, und vor allem, in wessen Interesse seine Fortsetzung betrieben wird. Demnach galt es als Herausforderung während der Forschung, die Schwarz-Weiß-Brille abzusetzen, Europa nicht nur als Gewinner und Mercosur nicht nur als Verlierer des Abkommens zu sehen, sondern beide Seiten zu durchleuchten und kritisch abzuwägen.

⁷ Hier muss vorweggenommen werden, dass bestehende Klimaungerechtigkeiten sowie die Folgen des Klimawandels jene Bevölkerungsgruppen und sozioökonomische Schichten treffen, die am wenigsten dazu beitragen, sowohl zwischen als auch innerhalb von Ländern des Globalen Nordens und des Globalen Südens (→ 5). Dies fußt auf einem imperialen Lebensstil, welcher in kapitalistischen Zentren durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts (Peripherie) ermöglicht wird (→ 3.3).

⁸ Hier gilt, dass sowohl Player des Globalen Südens, sowie des Globalen Nordens versuchen bestehende Machtverhältnisse und Hegemonien zu stabilisieren, um den Status quo zu sichern (→ 2.2; 6).

Ebenso möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass es herausfordernd war, den Zeitpunkt der Datensättigung zu akzeptieren. Während des Schreibprozesses stieß ich auf weitere Daten, welche zu neuen Blickwinkeln und Tatsachen führten, die ich nicht unerwähnt lassen konnte, welches mir während der Recherche aber unentdeckt blieb.

1.3 Forschungsstand

Die Analyse der Literatur zum Forschungsgegenstand hat verdeutlicht, dass eine umfassende Forschungstätigkeit im Zusammenhang mit dem EU-Mercosur-Abkommen stattfindet. Seit den 1990er Jahren werden potenzielle Auswirkungen des Abkommens kontinuierlich untersucht. Schwerpunkte liegen hierbei auf den Bereichen Handelspolitik und Handelsbeziehungen sowie Machtstrukturen. Hierbei bietet Sangmeister (2020) mit seiner Analyse eine Übersicht der Materie EU-Mercosur-Abkommen und gibt eine Zwischenbilanz über die langwierigen Verhandlungen und die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen der EU und dem Mercosur, sowie die daraus resultierende ungleiche Verhandlungsmacht. Er untersucht insbesondere die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, die durch unterschiedliche Interessen und Entwicklungsstände der Beteiligten entstehen, wobei er auch die Auswirkungen auf Handel, Industrie und Umweltschutz beleuchtet. Dabei thematisiert er sowohl Vor- und Nachteile, die mit der Ratifizierung und Umsetzung des Abkommens verbunden sind, sowie Gewinner und Verlierer. Sangmeister schlussfolgert, dass das Abkommen zwar wirtschaftliche Chancen eröffnet, sein tatsächlicher Nutzen und die Verteilung von Gewinnern und Verlierern jedoch von den noch offenen Verhandlungen über Zoll- und Liberalisierungsregelungen abhängen.

Bezug nehme ich auch auf eine Studie von Fritz (2020) in welcher er über die Risiken von Klimaschutz und Menschenrechte in Folge der Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens verweist. Dabei kritisiert er, dass zentrale Wachstumstreiber wie die europäische Industrie und südamerikanische Agrarprodukte unter anderem Soja und dessen Folgeprodukte negative Folgen für das Amazonasgebiet, Klima und soziale Gerechtigkeit haben, während verbindliche Standards und effektive Kontrollmechanismen im Abkommen und im Nachhaltigkeitskapitel fehlen. Er plädiert für eine Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik, die sozial, ökologisch und menschenrechtlich kohärent ist und Asymmetrien sowie Ausbeutung beendet. Eine weitere Studie von Fritz (2023) arbeitet die Profiteure sowie Verlierer im Abkommen heraus. Er analysiert dabei, wie und inwieweit das EU-Mercosur-Abkommen zur industriellen Entwicklung sowie einer sozial-ökologischen Transformation im Mercosur beitragen kann. Der Fokus liegt dabei auf Fragen wirtschaftlicher Entwicklung, Dekarbonisierung und gerechter Teilhabe. Es werden die Chancen und Grenzen des Vertrags für eine nachhaltige Modernisierung Südamerikas untersucht und kritisch bewertet, ob die im Vertragstext festgelegten Regelungen den Ansprüchen an Nachhaltigkeit durch das Nachhaltigkeitskapitel

sowie Zusatzprotokoll, Wertschöpfung und Armutsbekämpfung tatsächlich gerecht werden. Die Ergebnisse zeigen, dass wirtschaftliche und soziale Fortschritte durch das Abkommen bislang eher behindert als gefördert werden.

Abschließend ist hervorzuheben, dass beide Studien von Fritz (2020; 2023) von NGOs in Auftrag gegeben worden sind. Im Rahmen der Recherche zeigt sich, dass kritische Analysen zu den klimatischen und menschenrechtlichen Auswirkungen der europäischen Klimapolitik im Kontext des EU-Mercosur-Abkommens nahezu ausschließlich von NGO-geförderten Beiträgen stammen. Damit dominieren NGO-finanzierte Untersuchungen die Debatte und Kritik zu diesem Thema, wie beispielsweise die Beiträge von Ghiotto/Echaide (2019), Verheyen/Winter (2024) sowie Greenpeace Netherlands (2025) zeigen. Weiter gilt zu erwähnen, dass es im Rahmen der Masterarbeit von Vorteil war, ein Forschungsgegenstand retrospektiv zu behandeln, da zugeschnittene Lektüre, erst Jahre später publiziert werden. So konnte beispielsweise das Zusatzprotokoll, welches Mitte 2023 an die Öffentlichkeit gelangte, im Rahmen des Abkommens analysiert werden.

Demnach analysieren Eckes, Verheyen und Krajewski (2023), ob das EU-Mercosur-Abkommen durch das Zusatzprotokoll nachträglich rechtlich und faktisch verbessert werden kann. Im Mittelpunkt ihrer Forschung steht die Frage, ob diese ergänzenden Auslegungsinstrumente tatsächlich wirksame Verpflichtungen und Lösungen für Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele schaffen oder nur als Reaktion auf öffentliche Kritik dienen, ohne den Vertrag substanziell zu verändern. Sie untersuchen die Auswirkungen und juristische Bedeutung des Zusatzprotokolls im Kontext von Handelspolitik, Nachhaltigkeit und parlamentarischer Mitbestimmung. In einer weiteren Publikation von Verheyen und Winter (2024) prüfen die Autor:innen in einem rechtlichen Gutachten, ob das geplante EU-Mercosur-Abkommen mit den EU- und internationalen Verpflichtungen, insbesondere im Bereich Klima- und Umweltschutz, vereinbar ist. Sie analysieren systematisch, ob das Abkommen die EU-Klimaziele, Menschenrechte und Nachhaltigkeitsstandards einhält oder diese sogar gefährdet. Sie kommen dabei zum Schluss, dass das Abkommen geltendem EU- und Völkerrecht widerspricht, da es zu höheren Treibhausgasemissionen und verstärkter Entwaldung führen würde.

Ebenso gilt festzuhalten, dass neben der Handelspolitik in den Politikfeldern Klima- und Agrarpolitik deutlich weniger Daten in Bezug auf das EU-Mercosur-Abkommen verfügbar waren. Daher galten bei der Datenerhebung und -analyse die Augen offenzuhalten inwiefern die gefundenen Daten mit handelspolitischen Themen vereinbar und aussagekräftig waren. Diese Daten wurden dann im Rahmen einer Policy-Analyse hinsichtlich möglicher Interessen, Strategien und Ziele bewertet, um Nachvollziehbarkeit hinsichtlich der Vorgehensweisen und deren Ursachen herzustellen. Dabei galt es, aus der Literatur und Datenlage solche

Informationen zu erkennen, die für den Forschungsgegenstand brauchbar und zielführend sind.

Auf theoretischer Ebene stütze ich mich primär auf Gramsci (1971) sowie Jessop und Sum (2006) zur europäischen Staatlichkeit und auf Otero (2013), Mariátegui (2002) und Zavaleta (2009) zur lateinamerikanischen Staatlichkeit. Ergänzend dient der Analyserahmen der historisch-materialistischen Policy-Analyse nach Lenikus et al. (2022) als zentrale Grundlage, während die weiterführende Begrifflichkeit des Hegemonieprojekts auf Buckel et al. (2022) aufbaut. Obwohl diese Ansätze definiert und diskutiert sind, fehlt bislang ihre Anwendung auf das EU-Mercosur-Abkommen, wie die Literaturrecherche zeigt. Zudem wurden auf methodischer Ebene bereits verwandte Themen in der Forschung behandelt, die in der Masterarbeit als analytische Werkzeuge dienen, demnach Inspiration boten. So nutzten Sanahuja und Díaz (2023) in ihrem Paper neogramscianische Perspektiven, um die erneuerten interregionalen Beziehungen zwischen EU, Lateinamerika und der Karibik im Zusammenhang mit dem EU-Mercosur-Abkommen zu beleuchten. Hefeker et al. (2019) untersuchen das Thema Neo-Extraktivismus in Verbindung mit Wachstumsfragen in Lateinamerika im Kontext des EU-Mercosur-Abkommens. Wolff (2017) verwendet in seiner Dissertation den Ansatz der historisch-materialistischen Politikanalyse, um die Rolle der Handelspolitik im europäischen Krisenmanagement zu untersuchen. Holzner (2017) wendet in ihrem Buch eine historisch-materialistische Policy-Analyse an, um die junge Umwelt- und Klimapolitik Chiles sowie deren Ansatz zur Anpassung an den Klimawandel zu untersuchen. Letztere Quelle wurde in der Arbeit zitiert und infolgedessen im Literaturverzeichnis angeführt.

Infolgedessen wurde im Rahmen der Arbeit versucht wiederkehrende Fragen zu beantworten, welche gleichzeitig als Forschungslücke identifiziert wurden: Wie werden Machtasymmetrien der Vertragspartner:innen sichtbar und welche Gestalt nehmen sie dabei an? Wie werden Agrar- sowie Handelsinteressen durchgesetzt oder nicht durchgesetzt und finden Tauschgeschäfte, ergo Absprachen in Bezug auf Ex- sowie Importe statt? Zudem stellt die Verbindung der historisch-materialistischen Policy-Analyse mit der Identifikation eines Hegemonieprojekts im Kontext des EU-Mercosur-Abkommens eine Forschungslücke dar, sowie die Berücksichtigung staats-theoretischer Ansätze, einerseits im selben Kontext, andererseits in der Analyse des EU-Mercosur-Abkommens. Allerdings möchte ich mit der Masterarbeit einen Beitrag leisten, indem diverse Ansätze miteinander verbunden werden, um dem Forschungsvorhaben gerecht zu werden sowie mit dem Ziel, neue Erkenntnisse sowie Erkenntnisinteressen zu generieren.

1.4 Struktur

Die vorliegende Masterarbeit gliedert sich in sieben Kapitel, von denen jedes, mit Ausnahme des Einführungs- sowie Methodenkapitels, mit einem eigenen Fazit abschließt. Eröffnet wird

die Arbeit mit der *Danksagung* und den beiden *Abstracts* in deutscher sowie englischer Fassung. Darauf folgt das erste Kapitel mit der *Einführung*, die das Thema des EU-Mercosur-Abkommens sowie die damit verbundenen Problematiken darstellt und den analytischen Rahmen der Arbeit erläutert. Darüber hinaus wird ein Überblick über die bestehende Literatur zum Abkommen gegeben, wobei der Fokus auf den Handelsbeziehungen und den Machtstrukturen sowie deren potenziell klimaschädlichen Auswirkungen innerhalb des Abkommens liegt. Im *zweiten Kapitel* werden die theoretischen Ansätze über europäische sowie lateinamerikanische Staatlichkeit nachgezeichnet und in den folgenden Kapiteln in den Untersuchungskontext eingebettet. Im *dritten Kapitel* werden anhand theoretischer Konzepte Machtasymmetrien zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden abgebildet. Dabei wird analysiert wie durch die Schaffung der *Freiheit* des Globalen Nordens wechselseitige Abhängigkeiten entstehen und entstanden sind. Vor allem durch die Aneignung von Rohstoffen verleiht dies der Beziehung eine (neo-)koloniale und umweltbezogene Dimension. In diesem Zusammenhang werden zentrale Begriffe wie Neo-Extraktivismus, Commodities Consensus und imperiale Lebensweise eingeführt, diskutiert und mit dem Forschungsgegenstand in Beziehung gesetzt. Anschließend, im *vierten Kapitel* dienen die vorgestellte HMPA zusammen mit den Hegemonieprojekten als Analyserahmen, der eine Brücke zwischen Theorie und Empirie schlägt. Mitumfasst ist eine Exkursion in die Methodologie, ergo der angewendeten Forschungsstrategien und den Herangehensweisen. Das *fünfte Kapitel* legt die asymmetrische Ausgangsposition im EU-Mercosur-Abkommen von Argentinien und Brasilien im Vergleich zu der EU dar, wobei der Fokus auf den Zugriff von Ressourcen und dem Ungleichgewicht von Ressourcenverbrauch, liegt. In weiterer Folge wird dargelegt, wie Klimaschutz auf individuelle Verhaltens- und Konsummuster abgewälzt wird, um kapitalistische Vorgehensweisen zu schützen und fortzuschreiben. Im *sechsten Kapitel* werden primär auf Ausschnitte von Reden, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen, Tweets⁹, der offiziellen Website der EU und Regierungswebsites von Argentinien und Brasilien sowie zivilgesellschaftliche Interessensvertretungen zurückgegriffen¹⁰ und in den Kontext politischer Erzählung und der Erschaffung problematischer Narrativen in koloniale, moderne, (grün-)kapitalistische und eurozentristische Deutungsmustern eingebettet und kritisch betrachtet. Anschließend wird dargestellt, wie die EU in Folge des öffentlichen Drucks zum Klimaschutz mit dem Nachhaltigkeitskapitel und Zusatzprotokoll sowie weiteren Projekten und Initiativen

⁹ In der Arbeit wird durchgängig von dem Begriff *Tweet(s)* gesprochen, da sämtlich ausgewertete Zitate vor der Umbenennung von *Twitter* in *X* im Juli 2023 veröffentlicht wurden.

¹⁰ Hier möchte ich erwähnen, dass die wissenschaftliche Praxis vorschreibt, Zitate, welche sich über drei Zeilen erstrecken, eingezogen werden müssen (vgl. Universität Wien 2025). Allerdings habe ich im Kapitel sechs davon abgesehen, da ich gesprochenes und geschriebenes in Hinblick auf die Akteurs- sowie Kommunikationsstrukturen im EU-Mercosur-Kontext hervorheben möchte.

reagierte und agierte, und wie Brasilien und Argentinien diese Entwicklungen jeweils politisch einordneten und beantworteten. In der Analyse werden die zugrunde liegenden Machtstrukturen sowie hegemoniale und koloniale Tendenzen praxisnah veranschaulicht und mit den Staatstheorien und der HMPA rückgekoppelt. Das *siebte und letzte Kapitel* gibt Aufschluss über die Grenzen und Chancen der Masterarbeit, sowie die Darlegung der Forschungsergebnisse und dessen Diskussion darüber. Ebenso wird ein Ausblick auf weitere Forschung gegeben.

KAPITEL 2: THEORETISCHE EINORDNUNG I – EUROPAS UND LATEINAMERIKAS STAATLICHKEIT

„Die globale ökologische Krise und damit einhergehende Herausforderungen lassen sich ohne ein fundiertes Verständnis von Staatlichkeit und der Rolle des Staates nicht hinreichend erklären“ (Lenikus et al. 2022: 545). Demnach wird zunächst zwischen der Auffassung der europäischen und der lateinamerikanischen Staatlichkeit differenziert. So wird zuerst auf Bob Jessop und Nagai-Ling Sum als Vertreter:innen der Regulationstheorie eingegangen, da jene auf ein breiteres Verständnis von Staatlichkeit schließen lassen. Daraus resultiert ein Staatsverständnis, welches auf sozialen Beziehungen beruht und auf soziale Kräfteverhältnisse angewendet werden kann (vgl. Brand 2013: 432). Weiter wird an die Ideen von Antonio Gramscis Theorien zu Staat und Hegemonie angeknüpft, welcher dabei die Rolle von Ideologien bei der Stabilisierung und Überwindung kapitalistischer Herrschaft betont (vgl. Scherrer: 42; Cox 1969: 2020). Die lateinamerikanische Staatlichkeit ist hingegen stark von kolonialen und imperialen Prägungen bestimmt. René Zavaleta beschreibt sie als Scheinstaat und überlagerte Gesellschaft, womit er, in Anlehnung an Poulantzas, innere Fragmentierungen und begrenzte Selbstbestimmung hervorhebt. Norbert Lechner betont die Heterogenität gesellschaftlicher Strukturen, die nach Gramsci nur eingeschränkt hegemoniale Stabilität erlauben (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 35ff).

2.1 Sum & Jessop: Regulationstheorie

Der Regulationsansatz nach Jessop und Sum (2006) befasst sich mit der sozialen Einbettung der kapitalistischen Wirtschaft. Im Mittelpunkt stehen institutionelle und soziale Beziehungen, die darauf ausgerichtet sind, die durch den Kapitalismus entstehenden Spannungen und Widersprüche zu stabilisieren (vgl. Jessop/Sum 2006: 14). Der Ansatz unterscheidet dabei zwischen dem *Akkumulationsregime* und dem *Modus der (sozialen) Regulation*. Das Akkumulationsregime beschreibt die Organisation von Produktion, Zirkulation, Konsum und Distribution sowie deren Verhältnis zu nicht-kapitalistischen Bereichen. Der Modus der (sozialen) Regulation umfasst jene sozialen Institutionen, Regeln und Normen, die trotz innerer Konflikte die Reproduktion dieses Akkumulationsregimes ermöglichen (vgl. ebd.: 71ff). Jessop und Sum heben hervor, dass wirtschaftliche und außerwirtschaftliche Faktoren eng miteinander verflochten sind und gemeinsam zur Stabilität kapitalistischer Akkumulation beitragen, trotz bestehender Konflikte. Der regulationstheoretische Ansatz eignet sich daher besonders, um zu analysieren, wie institutionelle Strukturen auf sozio-ökologische Herausforderungen reagieren und entsprechend angepasst werden. Dadurch wird sichtbar, wie solche Umgestaltungen nicht nur kapitalistische Akkumulation stabilisieren, sondern zugleich die Steuerung und Nutzung natürlicher Ressourcen beeinflussen und verändern (vgl. Andreucci/Radhuber: 281). Dadurch liefert der Ansatz wertvolle Einsichten, wie

gesellschaftliche und ökologische Anforderungen miteinander verknüpft und in Governance-Prozessen integriert werden können (→ 6).

Um Staatlichkeit analysieren zu können nutzt Jessop die *strategische Selektivität*, wobei er auf Offes (1972) *strukturelle Selektivität* Bezug nimmt und dabei den Staat, als etwas begreift, welcher weder eine neutrale und rationale Autorität, noch ein reines Instrument der herrschenden Klasse darstellt (vgl. Offe 1972: 65ff). Jenes Verständnis knüpft an Poulantzas Staatstheorie an, in welcher der Staat als soziales Verhältnis begriffen wird (vgl. Poulantzas 2002; 1978: 15) und das, was er an Normen, Ressourcenverteilung oder Diskursen hervorbringt, somit Ausdruck dieser Kämpfe und Verhältnisse ist; seine Strukturen und Regeln sind Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und ein zentrales Terrain politischer Macht (vgl. Brand/Görg/Wissen 2010: 157f). Weiter definiert Jessop den Staat als eine Struktur, in der soziale Kräfte unterschiedlich starken Zugang haben, und die Rolle des Staates auch darin bestehen kann, bestimmte Interessen zu fördern oder zu behindern (vgl. Andreucci/Radhuber 2017: 282).

„By strategic selectivity I understand the ways in which the state considered as a social ensemble has a specific, differential impact on the ability of various political forces to pursue particular interests and strategies in specific spatio-temporal contexts through their access to and/or control over given state capacities – capacities that always depend for their effectiveness on links to forces and powers that exist and operate beyond the state’s formal boundaries“ (Jessop 2002: 40).

2.2 Gramscianismus: der Kampf um Hegemonie

Der Gramscianismus lässt sich in der marxistischen Theorie einordnen und bezieht sich auf Antonio Gramscis Gefängnishefte. Hierbei stammen Gramscis Ideen aus seinen persönlichen Erfahrungen des politischen und sozialen Kampfes in Italien (vgl. Cox 1969: 215). Zudem sind die Ideen an den historischen Kontext gebunden und Gramsci passte seine Konzepte stetig an spezifische historische Umstände an (vgl. ebd.). Gramsci erkannte als einer der ersten Vertreter der marxistischen Tradition, dass innerhalb der kulturellen Dimension eine eigene Form sozialer und politischer Konflikte herrschen (vgl. Kallscheuer 1987: 588) und wandte sich dagegen, diese kulturelle Ebene auf eine rein ökonomische zu reduzieren. (vgl. Adloff 2005: 41).

Ausgangspunkt seiner Analysen war die Erkenntnis, dass nicht nur in der Sowjetunion eine Revolution gelingen kann, sondern auch westliche Gesellschaften stabiler gegenüber solchen Umbrüchen waren, als der Marxismus annahm. Gramsci erklärt diese Absicherung mit einer starken kulturellen Hegemonie des westlichen Kapitalismus, der nicht nur in der Wirtschaft

verankert war, sondern auch ideologische und gesellschaftliche Dominanz und starke Legitimation erfuhr (vgl. ebd.).

„Hegemony in this sense is understood as not just ‘a structure of values and understandings about the nature of order that permeates a whole society’ (Cox 1996: 517), but also the means by which such values and understandings ‘connect with a particular constellation of social forces’” (Hall 1996: 43).

Anders ausgedrückt lässt sich Hegemonie daran erkennen, dass bestimmte Ideen und die Gruppen, die sie vertreten, eine führende gesellschaftliche Position gegenüber anderen Ideen und Gruppen einnehmen (vgl. Bruff 2008: 58). Gramsci definiert Hegemonie als eine gefestigte Herrschaft, die dann erreicht wird, wenn sie auch unter den Mitglieder:innen anderer gesellschaftlicher Klassen Zustimmung findet. *„Je mehr diese Herrschaft nicht nur passiv geduldet, sondern aktiv unterstützt wird, desto gesicherter ist die Hegemonie”* (Scherrer 2007: 73). Gramsci führt diese Auseinandersetzung um die kulturelle Hegemonie auf Grundlage der Zivilgesellschaft. Diese Hegemonie wurde durch zivilgesellschaftliche Organisationen wie *„etwa die Kirchen, Schulen, Parteien, die Presse, Nachbarschaften und Verbände, sprich all die intermediären Organisationen“* (ebd.: 42) abgesichert, die die kapitalistischen Ideologien in der Bevölkerung verankerten. Für Gramsci ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Ort des Kampfes um kulturelle Hegemonie. So argumentiert er, dass die Arbeiter:innenklasse eine Gegen-Hegemonie in der Zivilgesellschaft aufbauen muss, um eine Revolution zu ermöglichen. Das erfordert die Gründung eigener Organisationen wie Arbeiter:innenvereine und -parteien sowie intellektueller und kultureller Institutionen, die proletarische Werte fördern. Intellektuelle spielen hierbei eine Schlüsselrolle (vgl. ebd.), denn jede Klasse muss ihre eigenen *„organischen Intellektuellen“* (Kallscheuer 1987: 597) hervorbringen. Gramsci beschreibt diesen langatmigen Kampf um die Deutungsmacht mit einer militärischen Metapher von der Notwendigkeit eines sogenannten *war of position*. *„Der Umsturz der Klassenverhältnisse ist erst in der ‘organischen Krise’ möglich, in einer Situation also, in der auch die kulturellen Leitvorstellungen der Herrschaft und deren Legitimität in Frage gestellt werden“* (Adloff 2005: 42). Weiter ordnet er die Zivilgesellschaft dem ideologischen und kulturellen Überbau und nicht der wirtschaftlichen Basis zu (vgl. Bobbio 1988: 82f). Politisches Handeln wird durch die Interpretation ökonomischer Bedingungen und nicht durch diese selbst bestimmt (vgl. Adloff 2005: 43).

Mit dem Begriff der passiven Revolution beschreibt Gramsci einen gesellschaftlichen Wandel, welcher ohne breite Mobilisierung einher geht und im Wesentlichen aus einer Zerschlagung der Masseninitiative an der Basis besteht. Gramsci spricht hier von einer *Diktatur ohne Hegemonie* (vgl. Adolphs/Karakayali 2007: 124). Gesellschaften, bei denen eine neue Struktur *created abroad* importiert wurde, erleben demnach eine passive Revolution, ohne breite

gesellschaftliche Aufruhr und oft durch die Einführung neuer Strukturen, die nicht tief in der Bevölkerung verankert waren (vgl. Cox 1969: 218). Diese passiven Veränderungen spiegeln die ideologischen Einflüsse mächtiger Nationen der dominanten Klasse wider. Gleichzeitig ist es eine Spiegelung internationaler Entwicklungen, da die ideologischen Strömungen der mächtigen an die Peripherie¹¹ übertragen werden. Somit spricht Gramsci von einer globalen Hegemonie. Diese Gesellschaften haben keine tiefgreifende soziale Revolution durchlaufen und die Übernahme politischer Strukturen gestaltete sich deutlich schwieriger als die Anpassung an wirtschaftliche und kulturelle Aspekte (vgl. ebd.: 222). Demnach zielt Hegemonie auf die Verhinderung jeder grundsätzlichen Änderung im (Macht-)Verhältnis „zwischen Regierenden und Regierten im Inneren der Überbauformen und Institutionen“ (Adolphs/Karakayali 2007: 124). Ein Schlüsselmerkmal der passiven Revolution ist der *Caesarismus*, bei dem eine starke Führungsperson zwischen zwei gegensätzlichen sozialen Kräften vermittelt, progressiv oder reaktionär. „[...] *progressive when strong rule presides over more orderly development of a new state, reactionary when it stabilizes existing power*“ (Cox 1969: 222). Weiter bezeichnet Gramsci mit dem Begriff *Trasformismo* eine Assimilation von oppositionellen Gruppen, um eine breite gesellschaftliche Mobilisierung zu verhindern und so den Status quo zu sichern. Das Konzept erklärt somit Gesellschaften, in denen keine Klasse Hegemonie erlangen kann. „*Today this notion of passive Revolution, together with its components, caesarism and trasformismo, is particularly apposite to industrializing Third World*¹² [sic!] *countries*“ (ebd.).

Gramsci sagt, dass internationale Machtverhältnisse oder Weltordnung und militärisch-strategische und geopolitische Entwicklungen auf langfristige Veränderungen in der sozialen Struktur zurückzuführen sind (vgl. Gramsci 1971: 176). Internationale Beziehungen beeinflussen sowohl passiv als auch aktiv die politischen Beziehungen und die Hegemonie zwischen Parteien. Je stärker das wirtschaftliche Leben einer Nation von internationalen Beziehungen untergeordnet ist, desto mehr wird eine bestimmte Partei diese Abhängigkeit repräsentieren und nutzen, um zu verhindern, dass konkurrierende Parteien die Oberhand

¹¹ In den *Dependenztheorien* wird die Welt in zwei Bereiche eingeteilt, in ein industrialisiertes *Zentrum* und in eine *Peripherie*. Die Peripherie versorgt das industrialisierte Zentrum mit Ressourcen, während die Entwicklung des industrialisierten Zentrums, auf der Unterentwicklung der Peripherie basiert (vgl. Jahn 2011: 27). Diese Faktoren haben nicht nur Einfluss auf die (lateinamerikanische) Ökonomie, sondern auch auf die gesellschaftlichen Prozesse in seiner Gesamtheit (vgl. Lechner 1977: 394 zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 48).

¹² Der Begriff *Third World* wird in dieser Arbeit nur in direkten Zitaten verwendet und mit [sic!] gekennzeichnet. Diese Bezeichnung gilt als problematisch, da sie eine kolonialistische, hierarchische und vereinfachende Sichtweise impliziert und hegemoniale Strukturen in der globalen Ordnung widerspiegelt (vgl. Dinkel 2014). Dabei lösen die Begrifflichkeiten *Globaler Süden* und *Globaler Norden* zunehmend die Bezeichnungen *Dritte Welt*, *Entwicklungsländer* und *Schwellenländer* ab (vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2026).

gewinnen (→ 5; 6) (vgl. ebd.; vgl. Bieling 2013: 185f). Der Staat bleibt für Gramsci eine zentrale Einheit, da er sowohl Schauplatz sozialer Konflikte als auch der Ort der Hegemoniebildung sozialer Klassen ist. Hegemonie auf internationaler Ebene entsteht durch die Verbindung der besonderen nationalen Merkmale sozialer Klassen mit den größeren Strukturen der internationalen Ordnung (vgl. Cox 1969: 220).

Internationale Organisationen dienen als Mechanismus, durch den die universellen Normen einer hegemonialen Weltordnung zum Ausdruck kommen. Sie verkörpern Regeln, die die Ausweitung hegemonialer Machtstrukturen erleichtern und gleichzeitig Anpassungen für untergeordnete Interessen ermöglichen. Diese Institutionen sind selbst Ergebnis einer hegemonialen Weltordnung und tragen zur ideologischen Legitimation der vorherrschenden Normen bei. Dabei kooperieren sie mit Eliten aus peripheren Ländern und greifen auch gegenhegemoniale Ideen auf, was ihre Funktion als flexibles Instrument innerhalb der bestehenden globalen Ordnung verdeutlicht. Die von internationalen Institutionen aufgestellten Regeln zielen in erster Linie auf die Förderung von Wirtschaftswachstum, während sie gleichzeitig Spielräume für nationale Anpassungen durch untergeordnete Interessen bilden. Auf diese Weise können Staaten ihre Politiken an spezifische wirtschaftliche Bedingungen anpassen, ohne die grundlegenden Vorgaben infrage zu stellen. In der Regel werden internationale Institutionen von der hegemonialen Macht initiiert oder sind auf deren Unterstützung angewiesen. Doch der dominante Staat stellt sicher, dass andere Staaten dieser Ordnung zustimmen. Dies passiert meist innerhalb einer hierarchischen Struktur (vgl. Cox 1969: 221f). Zwar werden einige periphere Länder konsultiert, doch sichern sich die dominierenden Mächte institutionell Vorteile, etwa durch die formale Teilnahme im Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank. Diese Strukturen spiegeln eine informelle Hierarchie wider, die den tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen entspricht. Darüber hinaus erfüllen internationale Institutionen eine zentrale ideologische Funktion, indem sie politische Leitlinien definieren und bestimmte nationale Institutionen und Praktiken legitimieren. Damit spiegeln sie jene sozialen und wirtschaftlichen Orientierungen wider, die den hegemonialen Kräften in den Kernländern zugutekommen. Elite-Talente aus peripheren Ländern werden in internationale Institutionen integriert, wobei dieser Prozess dem Muster des *Trasformismo* folgt. Einzelpersonen aus peripheren Ländern, die mit dem Ziel in diese Institutionen eintreten, das System von innen heraus zu verändern, sind in der Regel dazu verurteilt, innerhalb der bestehenden Strukturen der passiven Revolution zu arbeiten. Im besten Fall tragen sie zur Modernisierung der Peripherie bei, aber nur soweit diese Modernisierung mit den Interessen der etablierten lokalen Mächte übereinstimmt (vgl. ebd.: 222f). „*Hegemony is like a pillow: it absorbs blows and sooner or later the would-be assailant will find it comfortable to rest upon*“ (ebd.: 223).

„Trasformismo also absorbs potentially counterhegemonic ideas and makes these ideas consistent with hegemonic doctrine“ (ebd.). Beispielhaft ist es mit dem Begriff der *self-reliance*, welcher ursprünglich in der Wirtschaft als Herausforderung galt, und mit autonomer Entwicklung propagiert wurde. Die Begrifflichkeit wurde zu *do-it-yourself* transformiert, sodass es in der Weltwirtschaft für Sozialprogramme in peripheren Ländern an Bedeutung gewann. Diese Programme sollen die ländliche Bevölkerung befähigen, Selbstversorgung zu erreichen, den ländlichen Exodus zu bremsen, soziale sowie politische Stabilität zu fördern, ohne die bestehende Weltwirtschaftsordnung herauszufordern (vgl. ebd.) *„while not undermining the leadership or vital interests of the hegemonic class“* (ebd.: 220).

2.3 Otero & Mariátegui: Konfigurationen von Staatlichkeit in Lateinamerika

Lateinamerikanische Staaten sind vor dem Hintergrund geschichtlicher Ereignisse anders entstanden als europäische Staaten. Vor allem durch diesen Entstehungskontext und ihrer kolonialen Vergangenheit haben die Staaten in diesem Zusammenhang ihre Ausprägungen und Funktionen im Laufe der Zeit angenommen und verfestigt. Um Staatlichkeit im lateinamerikanischen Kontext analysieren zu können, dürfen sie nicht mit eurozentristischen Blick defizitär beurteilt werden (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 34f). Somit geht es darum, *„diese Eigenheiten als Ergebnis kolonialer und imperialer Vereinnahmung und der daraus entstandenen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse zu konzipieren“* (ebd.: 35). Folglich benötigt Lateinamerika eigene Zugänge, sowohl in politischer als auch in theoretischer Perspektive. Mariano Otero, ein mexikanischer Politiker, begann im Jahr 1842 mit einer Theorietradition, welche die Gesellschaft und den Staat zur kritischen Überlegung machte (vgl. ebd.: 35f). Er entwarf zur jungen mexikanischen Republik Grundzüge einer materialistischen Gesellschaftsauffassung, wie sie auch von Marxs und Engels zeitgleich ausgearbeitet wurden (Soler 1961 zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 36).

„Lasst uns nun untersuchen wie die Verteilung des Eigentums die Bevölkerung in unterschiedliche Klassen unterteilt hat, die zusammen den Staat darstellen, welche Beziehungen sich zwischen ihnen etabliert haben und welche Ergebnisse diese Beziehungen hervorgebracht haben“ (Otero 2013: 43f zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 36).

Otero betont, dass Wissen über die Verhältnisse eines Landes unerlässlich ist, um seinen tatsächlichen Zustand zu verstehen. Besonders relevant ist dies, denn die äußere Erscheinung des Landes keinerlei Ähnlichkeit mit der europäischen Gesellschaft aufweist *„mit denen wir uns ständig vergleichen, bloß weil wir uns die Begriffe ihrer sozialen Organisation ausgeliehen haben, ohne jedoch nur im geringsten ihre konstitutiven Elemente zu besitzen“* (ebd.). Dennoch blieben die Bestrebungen von Otero und seinem Vorgänger Simón Rodríguez ungehört und somit waren europäische Theoretiker wie Hobbes, Rousseau, Hegel, Marx und

Weber die zentralen Bezugnahmen zu lateinamerikanischen Debatten (González Casanova 2003: 13f zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 36), ohne jemals die differenten Gesellschaften zu hinterfragen.

Im frühen 20. Jahrhundert dokumentierte José Carlos Mariátegui die peruanische aufstrebende Arbeiter:innenschaft, die durch imperialistischen Einfluss von außen und der oligarchischen Herrschaft im Inneren nach ideologischen Referenzen und politischen Veränderungen suchten. Es handelt sich dabei nicht um eine Analyse zur lateinamerikanischen Staatlichkeit, sondern zur Verständlichkeit des Staates in Lateinamerika bis dato. Seine Basis bildete die kolonialgeprägte Herrschaft in Peru, welche auch nach der Unabhängigkeit die großgrundbesitzende Oligarchie abbildete (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 36f). Somit bildete Peru eine strukturelle heterogene Gesellschaft: *„Die Ausrichtung der produktiven Strukturen des Landes auf den Export, vor allem im Bereich des Bergbaus und der Agroindustrie, entsprach dem Fortbestehen quasi feudaler Produktions- und Herrschaftsverhältnisse im Inneren des Landes [...]“* (ebd.: 37). Folglich waren die oligarchischen Großgrundbesitzer:innen primär auf den Export fokussiert und damit nicht interessiert an der Integration freier Lohnarbeit. *„Die untergeordnete Einbindung in den Weltmarkt führte damit zur Aufrechterhaltung und Ausdehnung persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse und der Koexistenz unterschiedlicher Produktionsverhältnisse“* (ebd.). Mariátegui deutete damit auf die ungleiche Landverteilung als Grundlage der Herrschaftsverhältnisse und diese als materielle Grundlage der heterogenen Sozialstruktur an. Dies nahm auch Einfluss auf die Formierung der modernen Staatlichkeit, welche durch das Bestehen der oligarchisch regierenden Regionen begrenzt blieb. *„Die Gesetze des Staates haben im Bereich der Latifundien¹³ keine Gültigkeit, wenn sie nicht die stillschweigende oder formelle Zustimmung der Großgrundbesitzer erhalten“* (Mariátegui 2002: 80 zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 38).

Im peruanischen Kontext war der Zentralstaat nur begrenzt wirksam und stand auf lokaler Ebene oft im Konflikt mit der Macht oligarchischer Großgrundbesitzer. Quijano (1982) hebt hervor, dass die oligarchischen Staaten jener Zeit sich weder klar als nationale Staaten begriffen noch einen eindeutigen Klassencharakter hatten, vielmehr prägten interne und externe Interessenskonflikte und wechselnde Allianzen das politische Geschehen (vgl. Quijano 1982: 24 zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 38). Vor diesem Hintergrund warnte Mariátegui vor einem antiimperialistischen Bündnis der Arbeiter:innen mit einer vermeintlich *nationalen* Bourgeoisie, da diese keine konsequente antiimperialistische Politik verfolge (vgl. Mariátegui 2010: 128 zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 38).

¹³ „große landwirtschaftliche Besitzeinheit“ (Brockhaus 2025).

Der Zusammenbruch des oligarchischen Staates wurde durch eingeschränkte politische Teilhabe, sozioökonomische Veränderungen und die Weltwirtschaftskrise 1929 begünstigt, was die Machtbasis der Oligarchie zerstörte. Das entstehende politische Vakuum konnte von der Bourgeoisie nicht ausgefüllt werden, sodass der Populismus zur prägenden Staatsform wurde, in der antagonistische gesellschaftliche Interessen zumindest zeitweise integriert werden konnten. Populistische Staaten standen in den 1930er Jahren zwischen zwei grundlegenden Widersprüchen: Einerseits sollte der Staat die wirtschaftliche Entwicklung durch importsubstituierende Industrialisierung und Investitionen produktiver Strukturen voranbringen, andererseits musste er den Forderungen einer mobilisierten Bevölkerung nach Teilhabe und sozialen Verbesserungen gerecht werden. Die begrenzte fiskalische¹⁴ Leistungsfähigkeit der Staaten machte es jedoch unmöglich, beide Ansprüche dauerhaft gerecht zu werden (vgl. ebd.: 38f). *„Das Ergebnis dieses Kompromisses war in jedem Fall ein hybrider Staat mit zwei Gesichtern und zögerlichen Entscheidungen, die zwischen dem Ergreifen redistributiver Maßnahmen und der Förderung der kapitalistischen Entwicklung wechselten“* (Graciarena 2003: 53 zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 39). Obwohl die Legitimität des populistischen Staates auf der breiten Mobilisierung und Inklusion der Bevölkerung beruhte, setzte sich meist keine echte demokratische Teilhabe durch. Die politische Teilhabe subalternen Gruppen blieb an die Führung durch populistische Caudillos (span. für autoritäre Führer) und autoritäre Strukturen gebunden. Am Ende führten diese Widersprüche zu paternalistischen, klientelistischen und oft repressiven Mechanismen, die die demokratische Entwicklung ebenso begrenzten wie die Integration gesellschaftlicher Interessen und die Lösung sozialer Konflikte (vgl. Castilla/Pimmer 2015: 39f). Somit wundert es nicht, *„dass autonome Organisationsversuche subalternen Kräfte in der Regel gewaltsam unterbunden wurden, um die Illusion eines „einheitlichen“ Volkes aufrechtzuerhalten [...]“* (ebd.: 40).

2.4 Zavaleta: Überlagerte Gesellschaft & Scheinstaat

Der bolivianische Intellektuelle und Politiker René Zavaleta analysiert die sozialen Besonderheiten Lateinamerikas, insbesondere Boliviens durch seine Beteiligung der bolivianischen Revolution 1952, indem er, ähnlich wie Poulantzas (1976) den Fokus auf die innergesellschaftlichen Konfigurationen legt (vgl. Castilla/Pimmer 2015: 40) und damit gesellschaftliche Selbst- und Fremdbestimmung in den Mittelpunkt stellt. Er prägte dabei den Begriff der *primordialen Form* und bezeichnet somit das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft (vgl. Zavaleta 2009a: 302ff zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 41). Er will *„die Eigenheiten der nationalen Entwicklungspfade erklären, ohne die strukturellen Determinanten der kapitalistischen Produktionsweise im lateinamerikanischen Kontext außer Acht zu lassen“*

¹⁴ „Oberbegriff für alle steuerlichen Maßnahmen des Staates, die darauf abzielen, dem Staat Einnahmen zur Erfüllung seiner Aufgaben zu verschaffen“ (Minter 2018).

(Tapia 2009: 18f zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 40). Für Zavaleta ist die Abhängigkeit Lateinamerikas folglich nicht nur Folge äußerer Einflüsse, sondern basiert wesentlich auf der jeweiligen gesellschaftlichen Struktur innerhalb eines Landes (vgl. Zavaleta 2009a: 302ff zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 41). Im Unterschied zu Europa, wo kapitalistische Produktionsweise und moderne Staatlichkeit zur Trennung von Produzent:innen und Produktionsmitteln sowie politischer und ökonomischer Herrschaft führten, wurde diese Entwicklung in Lateinamerika durch koloniale und neokoloniale Herrschaftsverhältnisse behindert (vgl. Zavaleta 2009b: 121ff zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 41). In Anlehnung an Gramsci und seiner Staats- und Hegemonietheorie erschwerten diverseste Abhängigkeitsverhältnisse ein *Staatliches Optimum*, da es keinen Staat geben kann, welcher die Interessen und Bedürfnisse der eigenen Gesellschaft widerspiegelt, der von äußeren Zwängen bestimmt und gelenkt wird (vgl. Zavaleta 2009a: 309f zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 41). Damit wird sichtbar, dass der kapitalistische Staat in Lateinamerika nicht neutral sein kann. *„Er ist als politisches Herrschaftsverhältnis eingelassen in Produktionsverhältnisse, die durch den Zwang zu Kapitalakkumulation und durch Lohnarbeit gekennzeichnet sind“* (Becker 2008: 10). Er schreibt strukturelle Ungleichheiten in Produktionsverhältnissen fort und die strategische Akkumulation stützt sich auf wirtschaftspolitische Bestrebungen durch den Staat (vgl. ebd.). *„Gleichzeitig ist der Staat fiskalisch abhängig vom guten Gang der Geschäfte. Hierin liegt eine zentrale Ursache für das strukturelle politische Übergewicht der Kapitalseite“* (ebd. zit. nach vgl. Jessop 1990: 178f; vgl. Hirsch 1990: 45ff).

Evers (1977) argumentiert, dass durch die vom Weltmarkt abhängige Wirtschaftsweise und der fiskalischen Abhängigkeit von außenwirtschaftlichen Aktivitäten die Herausbildung souveräner Staatlichkeit in Lateinamerika eingeschränkt wurde. Diese Einschränkungen resultieren aus Schuldenkrisen und die daraus resultierenden direkten politischen Eingriffe ausländischen Kapitalfraktionen (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 48f). *„Gerade Länder mit geringer Kapitalausstattung waren von ausländischem Kapital abhängig, das im Fall von Zahlungsschwierigkeiten einen direkten Zugriff auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Agenden der betroffenen Staaten einforderte“* (ebd.: 49). Durch die Schuldenkrise zielten Maßnahmen wie internationale Strukturanpassungsprogramme auf wirtschaftliche Stabilisierung, welche aber zu sozialem Abstieg breiter Bevölkerungsgruppen führte. Auch nach Innen blieb die Souveränität vieler Staaten begrenzt, denn die Dominanz exportorientierter Sektoren und die daraus resultierende Heterogenität der Wirtschaftsweisen verhinderten die gesellschaftliche Homogenisierung. So waren enorme Unterschiede zwischen dem urbanen und dem ländlichen Wirtschaftsraum sowie zwischen exportorientierten und für den Binnenmarkt produzierenden Sektoren feststellbar. Daraus ging ein Nebeneinander verschiedener, auch vormoderner Arbeits- und Produktionsformen hervor, welche sich in stark ungleichen Sozialstrukturen, hybriden Klassenverhältnissen sowie einer

fragmentierten politischen Landschaft äußerten, in der der Zentralstaat häufig nicht die alleinige Herrschaft innerhalb seines Territoriums ausüben konnte (vgl. ebd.: 49ff).

Vor allem in Bolivien zeigt sich, dass gesellschaftliche Teilbereiche oft nebeneinander existieren und durch unterschiedliche Produktions- und Herrschaftsformen geprägt sind, statt eine einheitliche Gesellschaft zu bilden. In dieser *überlagerten Gesellschaft* besitzt der moderne Staat nur scheinbar umfassende Kontrolle, Zavaleta (2009) spricht daher von einem *Scheinstaat* (vgl. Castillo/Pimmer 2015: 42). Dies führt auch dazu, dass repräsentative Mechanismen verzerrt bleiben: *„Wo die Menschen nicht gleich sind oder nicht miteinander kommunizieren, sind die Ergebnisse ihrer durch Wahlen bestimmten Entscheidungen nicht dieselben“* (Zavaleta 2009b: 130 zit. nach Castillo/Pimmer 2015: 42).

Daran angeknüpft, spricht Lechner (1977) von Gramscis Konzept der Zivilgesellschaft und beschreibt deren Ausprägung in Lateinamerika als begrenzt und heterogen. Diese Begrenztheit prägt auch die für hegemoniale Herrschaft zentrale Kompromissbildung und die Verallgemeinerung gesellschaftlicher Interessen. Gleichzeitig konnte sich weder auf ökonomischer noch auf gesellschaftlicher Ebene eine Zivilgesellschaft herausbilden, die unterschiedliche Gruppen und Interessen in einem gemeinsamen politischen Raum hätte vereinen können (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 49ff).

„Die Zivilgesellschaft besteht aus einem Archipel voneinander relativ isolierter sozialer Einheiten. [...] Es gibt keine materielle Basis, die allen Staatsbürgern gemein wäre. [...] Es gibt auch kein von allen geteiltes System von Werten, Normen oder Symbolen. Es gibt - sowohl im sprichwörtlichen als auch im ideologischen Sinn - keinen „Alltagsverstand““ (Lechner 1977: 407 zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 53).

All diese Faktoren begrenzten die Möglichkeiten zur Konsensbildung in Bezug auf hegemoniale Herrschaft, da die nebeneinander existierende Zivilgesellschaft sowie das Fehlen eines gemeinsamen politischen Raums eine konsensuelle Absicherung erschwert. Zudem zeigt Gramsci, dass die geringen materiellen Zugeständnisse an subalterne Gruppen und Klassen eingeschränkt bleiben, was die konsensuelle Einbindung erschwert und die häufige Anwendung von staatlicher Gewalt im lateinamerikanischen Kontext erklärt (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 54).

Fazit: (Stille) Zustimmung und Zwang

Zusammenfassend zeigt sich, dass europäische und lateinamerikanische Staatlichkeit unterschiedliche historische Ursprünge und Entwicklungswege aufweisen. Während Europa eine Trennung politischer und ökonomischer Herrschaftsformen etablieren konnte, blieb dieser Prozess in Lateinamerika durch koloniale und neokoloniale Strukturen eingeschränkt. Daher

muss lateinamerikanische Staatlichkeit stets im Kontext ihrer kolonialen und imperialen Prägungen verstanden werden (vgl. Zavaleta 2009b: 121ff zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 41). Dies verweist im theoretischen Sinne auf unterschiedliche Perspektiven. In Europa wird Staatlichkeit vor allem über Gesellschaft, Strukturen, Machtbeziehungen und Regulationsweisen analysiert, während für Lateinamerika eigene Konzepte entwickelt wurden, die sich von europäischen Vorstellungen lösen. Zavaleta (2009) beschreibt den Scheinstaat und die überlagerte Gesellschaft, wodurch fragmentierte Strukturen und begrenzte Selbstbestimmung sichtbar werden. Lechner (1977) betont die Heterogenität und schwache Ausprägung der Zivilgesellschaft, was, in Anlehnung an Gramsci, geringe materielle Zugeständnisse und eingeschränkte Konsensbildung für hegemoniale Herrschaft bedeutet (vgl. Castillo/Pimmer 2015 42ff). Nach Gramsci (1971) schlussfolgere ich, dass hegemoniale Herrschaft stets als ein Verhältnis von Konsens und Zwang zu verstehen ist und als solches umkämpft ist (vgl. Scherrer 2007: 42). Ebenso dass der Kampf um Hegemonie *„seinen Ort in der Zivilgesellschaft hat und dass der Kampf um Weltauffassungen und die Kritik des Alltagsverstandes der vielleicht wichtigste und auch langwierigste Teil dieses Kampfes ist“* (Heise/Fromberg 2007: 113). Aufgrund eingeschränkter hegemonialer Herrschaft in Lateinamerika bleibt dessen Zivilgesellschaft heterogen und ohne gemeinsame Werte, Normen, Symbole oder den Alltagsverstand, wodurch keine stabile hegemoniale Ordnung entstehen kann. Demnach ist die lateinamerikanische Gesellschaft sowie der Staat nach innen heterogen, nach außen jedoch bemüht, als Einheit aufzutreten (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 49ff). Demgegenüber sind westliche Gesellschaften historisch und institutionell durch eine hegemoniale Ordnung des Kapitalismus geprägt. Ökonomische Interessen, politische Herrschaft und die Zivilgesellschaft sind dabei eng miteinander verbunden und haben sich zu einem vergleichsweise stabilen gesellschaftlichen Konsens verdichtet (vgl. Adloff 2005: 41). Hegemonie wird in diesem Kontext vor allem über Zustimmung und verallgemeinerte Interessensvermittlung in der Zivilgesellschaft stabilisiert und verankert (vgl. Jessop 1990: 198f; vgl. Scherrer 2007: 42).

Abschließend gilt anzumerken, dass in der Arbeit Europa als einheitlicher Block analysiert wird, während Argentinien und Brasilien eine ähnliche Auffassung von Staatlichkeit teilen, die stark durch koloniale Prägungen, gesellschaftliche Fragmentierungen und strukturelle Abhängigkeiten bestimmt ist. Ebenso möchte ich erwähnen, dass die theoretische Darstellung nicht unmittelbar aus den gegebenen Tatsachen verständlich ist und somit die Konzepte oder Begrifflichkeiten Gramscis zu *meinen Begriffen*, ergo sie zur Analyse *meiner politischen Situation* nutzbar mache.

KAPITEL 3: THEORETISCHE EINORDNUNG II – ENTLANG ÖKOLOGISCHER KONFLIKTLINIEN

„Die Existenz des Klimawandels und seiner anthropogenen Ursachen stehen inzwischen außer Frage“ (Holzner 2017: 25). Die Analyse der bereits erkennbaren Auswirkungen des Klimawandels verdeutlicht, dass sich dessen Folgen weltweit in höchst unterschiedlicher Weise manifestieren. Insbesondere der Globale Süden sowie marginalisierte Bevölkerungsgruppen und Regionen sind davon überproportional stark betroffen (vgl. ebd.), zudem sind sie einer Verschärfung sozialer und struktureller Ungleichheiten ausgesetzt (vgl. Segata et al. 2021: 397). Dies wird durch Konsummuster in kapitalistischen Zentren weiter verstärkt, da dieser die Gestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen und Naturverhältnissen maßgeblich prägt, indem er auf den Zugriff auf Arbeitskraft, natürlichen Ressourcen und ökologischen Senken angewiesen ist (vgl. Brand/Wissen 2017: 43). Infolgedessen soll in diesem Kapitel sichtbar werden, inwiefern die theoretischen Konzepterklärungen des Neo-Extraktivismus, des Commodities Consensus und der imperialen Lebensweise maßgeblich sind, hegemoniale Machtstrukturen zu identifizieren und zu verstehen, worauf sie bilden und führen.

Dieses Kapitel knüpft an die theoretische Einordnung von Staatlichkeit in Europa sowie Lateinamerika an und verbindet sie mit ökologischen Konfliktlinien entlang von Klimawandel und Hegemonie, die soziale und strukturelle Ungleichheiten bedingen. Zentrale theoretische Konzepte werden erklärt sowie in direktem Bezug zum Forschungsgegenstand gesetzt und in den nachfolgenden Kapiteln systematisch rückgekoppelt. Zudem sei erwähnt, dass die Theoriekapitel bewusst unterteilt wurden. Zum einen liegt dies in den thematischen Unterschieden begründet, zum anderen würde eine Zusammenfassung innerhalb eines Kapitels der Komplexität der jeweiligen Inhalte nicht gerecht werden. Doch obwohl die Themenbereiche zunächst unterschiedlich und entkoppelt voneinander erscheinen, finden sie im Laufe der Arbeit zunehmend zusammen.

3.1 Neo-Extraktivismus

Seit der Kolonialisierung basiert die lateinamerikanische Wirtschaft auf der Ausbeutung weniger Rohstoffe, die maßgeblich zum Wohlstand des Globalen Nordens beigetragen haben (vgl. FDCL & RLS 2012: 7; vgl. Costilla/Pimmer 2015: 47). Ebenso stieg die weltweite Nachfrage nach agrarischen und mineralischen Rohstoffen seit Beginn des 21. Jahrhunderts stetig an (vgl. Brand/Dietz 2015: 77). Gleichzeitig nimmt auch die intensive Landwirtschaft zu „und Südamerika verdankt sein anhaltendes Wirtschaftswachstum der Rolle als Rohstofflieferant für die globalen Märkte [...]“ (Gudynas 2012: 46). Der Extraktivismus, eine Entwicklungsstrategie, die eben auf diese maximale Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export abzielt, prägt die ökonomischen und sozialen Strukturen der meisten

Länder des Subkontinents noch immer (vgl. FDCL & RLS 2012: 7; vgl. Dorn 2021; vgl. Acosta 2012: 86). Gudynas (2011) definiert Extraktivismus als ein Modell, in welchem die abgebauten Rohstoffe, welche für den Export bestimmt sind, kaum bis gar nicht im Land selbst weiterverarbeitet werden (vgl. Gudynas 2011: 70). Dies hat zur Folge, dass eine übermäßige Ausbeutung immer knapper werdender natürlicher Ressourcen zu einer Ausdehnung auf als unproduktiv geltende Territorien führt (vgl. Svampa 2012: 14; vgl. Svampa 2015a: 66) und es demnach kein Zufall ist, dass der Neo-Extraktivismus in der kritischen Literatur zu Lateinamerika als Akkumulationsmuster beschrieben wird (vgl. Svampa 2015a: 66). Progressive Regierungen in Lateinamerika nutzen einen großen Anteil der Rohstoffeinnahmen für die Tilgung der Auslandsschulden, Infrastrukturprojekte und Sozialprogramme (vgl. Matthes 2012: 4), jedoch kritisieren Gudynas (2012: 46f), Acosta (2012: 86f) und Svampa (2012: 14f) die entstehende Abhängigkeit zwischen Armutsbekämpfung und Rohstoffausbeutung. Doch der umfangreiche Rohstoffexport dient nicht ausschließlich der Kompradorenbourgeoisie¹⁵, den wirtschaftlichen Interessen transnationaler Unternehmen oder der Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise im Globalen Norden. Vielmehr trägt er in vielen Ländern auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen einiger Bevölkerungsschichten sowie zur Stabilisierung der weiterhin prekären Staatshaushalte bei (vgl. Brand/Dietz 2017: 78). Ein prägnantes Beispiel hierfür ist der Sojaimport aus Argentinien. Während die EU seit Jahrzehnten keine Zölle auf Sojaimporte aus den Mercosur-Staaten erhebt und damit einen zollfreien Zugang zum europäischen Markt ermöglicht (vgl. Fritz 2020: 13), erhob Argentinien bis 2025 einen Ausfuhrzoll von 33 Prozent auf Soja (vgl. Lobato 2020). Diese Exportabgaben stellen eine zentrale fiskalische Einnahmequelle des Landes dar, insbesondere angesichts wachsender haushaltspolitischer Spannungen infolge massiver Kapitalabzüge und konfliktiver Verhandlungen über die Umstrukturierung der Auslandsschulden (vgl. Stohecker/Arnold 2020). Im Jahr 2019 beliefen sich die Einnahmen aus Sojaexportzöllen, die zu diesem Zeitpunkt bei 26 Prozent lagen, auf rund 4,7 Milliarden US-Dollar (vgl. López 2019; vgl. Fritz 2020: 13). Ein Teil dieser Einnahmen floss bis 2018 direkt in den Ausbau sozialer Infrastrukturprojekte wie Krankenhäuser, Schulen und Wohnungen, „um die Lebensqualität der Bevölkerung deutlich zu verbessern“ (I-Profesional 2018, übers. aus dem span.^{16, 17}).

¹⁵ Poulantzas beschreibt die herrschenden Eliten autoritärer Regime als *Kompradorenbourgeoisie*, die eng mit ausländischem Kapital, insbesondere aus den USA, verflochten sind und ihre Interessen durch Militärdiktaturen durchsetzen und absichern. Auch nach der Demokratisierung bleiben sie einflussreich, da der Übergang zur Demokratie als geordneter Interessenausgleich zwischen Kapitalfraktionen erfolge (vgl. Schaffar 2019: 45).

¹⁶ Alle spanischen sowie portugiesischen Übersetzungen wurden mit dem Pons Online Textübersetzer und dem KI-Chatbot ChatGPT zuerst übersetzt, dann miteinander verglichen und schließlich sinngemäß wiedergegeben.

¹⁷ „de modo de incidir significativamente en la calidad de vida de la población.“

Dennoch bleibt die Unterordnung am Weltmarkt beibehalten und „es werden weiter Mittel für Programme zur Armutsbekämpfung erwirtschaftet, die sozialen und ökologischen Folgen bleiben jedoch bestehen“ (Gudynas 2012: 46). Der Abbau fossiler und mineralischer Rohstoffe verschärften sozial-ökologische Krisen wie den Klimawandel, Entwaldung, Wasserverschmutzung sowie den Verlust von Ernährungssouveränität und Biodiversität. Diese Entwicklung ist jedoch politisch umkämpft, insbesondere durch den Widerstand indigener Organisationen. Gleichzeitig steigert die staatliche Rohstoffrente die finanzielle Handlungsfähigkeit der Regierungen, die sich damit sowohl Legitimität sichern als auch wichtige sozialpolitische Spielräume verschaffen (vgl. Brand/Dietz 2017: 78; vgl. Gudynas 2012: 55f).

„In anderen Worten: Obwohl man sagen könnte, dass diese Regierungen sich von der klassischen Linken durch ihre Unterstützung des konventionellen Extraktivismus entfernen, kehren sie durch die Sozialprogramme zu ihr zurück und können sich als progressiv ausweisen. Die sozialen Maßnahmen erfordern jedoch eine steigende Finanzierung, weshalb die betreffenden Regierungen wiederum vom Extraktivismus abhängig sind, um finanzielle Ressourcen abschöpfen zu können“ (Gudynas 2012: 55).

Jene Legitimation erschwert die Diskussion über extraktivistische Projekte, denn Kritik am Extraktivismus wird häufig als Widerstand gegen den nationalen Fortschritt interpretiert und mit dem Vorwurf verbunden, die Finanzierung sozialer Programme zu gefährden (vgl. ebd.: 56; vgl. Bebbington 2009: 53). Diese Situation prägt die Wahrnehmung des Mercosurs als „ewige[n] Rohstofflieferant“ (Gudynas 2012: 46) und spiegelt eine Handelsstruktur wider, die auf Wachstum basiert. Dies zeigt, dass der Neo-Extraktivismus primär der Integration in globale Waren- und Finanzmärkte dient und die strukturell untergeordnete Rolle Südamerikas im globalen Kontext aufrechterhält (vgl. ebd.: 51).

Die Raumordnungspolitik im Neo-Extraktivismus wird an diese Gegebenheiten angepasst, was beispielsweise an der schrittweisen Abschaffung von Agrarreformen in Brasilien unter der Regierung Lula da Silvas (2008) erkennbar ist. Anstelle von Landreformen zugunsten kleinbäuerlicher Betriebe wurde zunehmend eine Eigentumsverteilung etabliert, die den Interessen der Agrarindustrie dient. Im Gegensatz dazu, werden die Interessen kleinbäuerlicher Betriebe marginalisiert, da sie aus Perspektive des Kapitals keine Barriere für die Akkumulation im ländlichen Raum darstellt (vgl. Oliveira 2009: 68f).

„In der vom Kapitalismus geschaffenen Welt, hier an der Peripherie des globalen Systems, gibt es keinen Platz für die große Mehrheit dieser Menschen - sie gelten als bloße Überbleibsel des kapitalistischen Fortschritts. Für sie ist die Agrarfrage

real, sie bedeutet Überleben und deshalb Widerstand“ (Carvalho Filho 2008 zit. nach Oliveira 2009: 69, übersetzt aus dem portug.¹⁸).

Jener Vormarsch der kapitalistischen Landwirtschaft in Brasilien in ihrer modernen Form des Agrobusiness äußert sich insbesondere in Gewalt durch Vertreibung, Drohungen, die Zerstörung von Häusern und Feldern sowie Zwangsräumungen, die der Staat zum Schutz der Agrarindustrie gegen die Bauern und Bäuerinnen durchsetzt. Hinzu kommen sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse, schwerwiegende Umweltkontamination und der Verlust biologischer Vielfalt (vgl. ebd.: 62f; vgl. Gudynas 2012: 53f). *„Die in den letzten Jahren gesammelten empirischen Beweise sind vielfältig und überzeugend: Sie zeigen, dass die sozialen und ökologischen Auswirkungen üblicherweise externalisiert werden“* (Gudynas 2012: 53). Daraus lässt sich schließen, dass hegemoniale Praxis und Machtstrukturen nicht nur im globalen Kontext zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden wirken, sondern sich auch innerhalb von Staaten zwischen unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen herausbilden und fortbestehen (vgl. Rasmussen/Pinho 2016: 10).

3.2 Commodities Consensus

Im Gegensatz zum Neo-Extraktivismus, welcher die Ebene der Ökonomie sowie die dezidierte Praxis der Rohstoffausbeutung thematisiert, fokussiert sich der Commodities Consensus nach Svampa (2015) auf politische sowie gesellschaftliche Zustimmung von groß angesetzten Rohstoffexporten. Dieser Konsens betrifft die strategische Ausrichtung der Volkswirtschaften (Reprimarisierung) und ihre Integration in den Weltmarkt (vgl. Svampa 2015a: 65), welche durch den internationalen Preisboom bei Rohstoffen und die steigende Nachfrage nach Konsumgütern in aufstrebenden Volkswirtschaften gestützt wird (vgl. Svampa 2015b: 45). Der Commodities Consensus beschreibt Lateinamerikas Prozess vom Washington Consensus¹⁹ zu groß angelegten Rohstoffexporten wie Gas und Erdöl, Metallen und Mineralien, sowie Agrarprodukten wie Mais, Soja und Weizen sowie Biokraftstoffen (vgl. Svampa 2015a: 65). Dies inkludiert den Prozess der Reprimarisierung der Volkswirtschaften, *„emphasizing their reorientation toward mainly extractive or rent-based activities, with little added value“* (ebd.). Das festigt das neo-extraktivistische Pradigma, welches sich in Wirtschaftswachstum äußert, dennoch soziale, wirtschaftliche, ökologische und politisch-kulturelle Konflikte entstehen lässt (vgl. Svampa 2015b: 45). Dies untermauern auch Statistiken, indem der Fokus auf

¹⁸ *„No mundo gerado pelo capitalismo financeiro, marcadamente aqui na periferia subordinada do sistema global, não há lugar para a grande maioria dessas pessoas – são consideradas meras sobras do progresso capitalista. Para elas, no entanto, a questão agrária é real e significa sobrevivência e, por isso, resistem.“*

¹⁹ *„The Washington consensus placed financial valorization at the center of its agenda and included policies of adjustment and privatization, which redefined the state as a metaregulation agent“* (Santos 2007, zit. nach Svampa 2015a: 66).

rohstoffbasierte Materialien besteht und dagegen Hochtechnologieprodukte, ergo Produkte, die weiterverarbeitet werden müssen, ein geringer Prozentsatz bilden (→ 5). Dies verschärfte sich durch den Eintritt Chinas in den Weltmarkt, welcher sich als Partner als ungleich mit Blick auf kommerziellen Austausch mit verschiedenen Ländern der Region entpuppt hat (vgl. Rodríguez 2014 zit. nach Svampa 2015a: 65f). Dies ist der Beginn von Kämpfen, welche sich auf den Schutz von Territorien und der Umwelt konzentriert (vgl. Svampa 2015b: 45).

Heute geht es beim Commodities Consensus um die Umsetzung und den Export extraktiver Projekte, was dazu führt, dass der Staat eine größere Flexibilität in seiner Rolle etabliert. *„This tendency toward exportation allows for the coexistence of progressive governments, which question the neoliberal consensus, with governments that continue to deepen a neoliberal, conservative political framework”* (Svampa 2015a: 66). Ebenso um das Hinnehmen sowie die Einigkeit über den unwiderstehlichen Charakter des extraktivistischen Paradigmas, welche auf der Nachfrage nach Rohstoffen resultiert. So wird Widerstand zurückgedrängt und sich vor alternativen²⁰ Entwicklungsmodellen verschlossen. *„In the vision of the progressive governments that support it, the commodities consensus is associated with the state’s action as producer and regulator, as well as with funding social programs for the most vulnerable from extractivist rent”* (ebd.: 67). Demnach agiert der Staat in einem Mehrebenen-Akteurs-Schema, eng verflochten mit multinationalem Kapital, welches zunächst eine enorme Rolle in der lateinamerikanischen Volkswirtschaft spielt, zugleich seine Handlungsräume einschränkt, besonders für demokratische Mitsprache betroffener Gemeinschaften bei Großprojekten (Gas, Soja, Erdöl und Mineralien). Somit basiert die Wirtschaft auf einem extraktivistischen Charakter, welcher wirtschaftliche Chancen oder komparative Vorteile bietet, der auf einem Modell von Aneignung und Ausbeutung basiert. Diese Aneignung gemeinsamer Ressourcen in einer top-down-Logik, untergräbt partizipative Demokratie und führt zu neuen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Repression. Daraus resultieren sozial-ökologische Konflikte, welche aus Machtasymmetrien beim Zugang zu und der Kontrolle über Ressourcen und Territorien entstehen und unterschiedliche Vorstellungen von Natur, Entwicklung und Demokratie von entgegengesetzten Parteien widerspiegeln. Megaprojekte verändern ganze Territorien, untergraben soziale Strukturen und demokratische Mitbestimmung, fördern gesellschaftliche Spaltungen und führen zur Kriminalisierung von Widerstand. Gleichzeitig entstehen daraus neue Diskurse, Gesetze und rechtliche Rahmen, die alternative, nicht-extraktivistische Umweltinstitutionen aufbauen wollen (vgl. ebd.: 67f).

„The association between extractivism and the decrease in democracy becomes a recurrent event: without social license, without consulting populations, without

²⁰ *Buen Vivir* gilt als alternatives Lebens- und Entwicklungskonzept zur etablierten extraktivistischen Wirtschaftslogik. Mehr bei Svampa 2015a S. 74-76.

environmental controls, and with little state presence or even with it, governments tend not only to empty the already bastardized concept of sustainability of all content but also to manipulate forms of popular participation, seeking to control collective decision making” (ebd.: 71).

Demnach gilt zusammenzufassen, dass lateinamerikanische Regierungen unter dem Deckmantel des komparativen Vorteils ein konsumorientiertes Modell fördern, in welchem Bürger:innen als Konsument:innen gedacht werden. Dieses Modell, verknüpft mit staatlichem Handeln und Wirtschaftswachstum dient dem Wahlerfolg und folglich dem Machterhalt von Regierungen, eingebettet in eine hegemoniale imperiale Lebensweise, die Vorstellungen von Fortschritt und Lebensqualität prägen und zugleich einen Ausstieg aus dem Modell nicht in Betracht ziehen (vgl. ebd.: 72).

„Eine Staatsspitze, die unbeschränkt und unkontrolliert Zugang zu den ertragreichsten Ressourcen ihres Landes hat, kann bequem die Fortdauer ihrer Herrschaft sichern, ohne sich mit autonomen gesellschaftlichen Kräften auf Augenhöhe auseinandersetzen zu müssen, auch wenn sie sich in regelmäßigen Abständen freien Wahlen stellen muss“ (Meschkat 2013 zit. nach Brand/Dietz 2015: 78).

Nun ist der Commodities Consensus keine stille Übereinkunft mehr, welcher Extraktivismus mit liberaler Neodevelopmentalismus verbindet, ergo eine Politik, die auf marktwirtschaftliche Reformen wie auch staatliche Interventionen setzt, um Wirtschaftswachstum und Entwicklung zu fördern. Weiter ist die Rhetorik progressiver Regierungen von einem offensiven entwicklungspolitischen Diskurs geprägt, der in territorialen und ökologischen Konflikten mit der Kriminalisierung von Widerstand einhergeht. Auch neigen sie dazu, Ressourcen als Handelsware oder als strategisches Staatsgut zu definieren, was einer auf Produktivismus und Entwicklung ausgerichteten Territoriallogik unterliegt (vgl. Brand/Dietz 2015: 76ff).

3.3 Imperiale Lebensweise

Demnach bedingen sich das Modell des Neo-Extraktivismus und des Commodities Consensus gegenseitig, da der verstärkte Export von Agrarerzeugnissen im Abkommen den Klimawandel verstärken (vgl. Ghiotto/Echaide 2019: 6) und soziale Ungleichheiten im Globalen Süden verschärfen (vgl. Segata et al. 2021: 397; vgl. Rickards 2019: 295). Diese Dynamik kann mit der Perspektive der Imperialen Lebensweise nach Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) in Verbindung gebracht werden, da strukturelle Ungleichheiten und Klimaveränderungen vor allem im Konsum des Globalen Nordens manifestiert sind. Gemeint ist die Idee, dass

„das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird: über den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und die Senken“ (Brand/Wissen 2017: 43).

Die Verflechtung von alltäglichen Praktiken mit globalen Macht- und Dominanzverhältnissen basiert auf tief verankerten Strukturen. Diese entstehen durch die weitgehende Normalisierung und Stabilisierung einer Lebensweise, die Menschen fast zwangsläufig zur Teilhabe bewegt. Ihre Durchsetzung stützt sich auf eine Kombination aus Zwang sowie passiver und aktiver Zustimmung. Besonders diejenigen, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, werden in Produktionssysteme eingebunden, die auf der externalisierten Lösung von Umweltproblemen und dem uneingeschränkten Zugriff auf natürliche Ressourcen andernorts basieren (vgl. Noever 2019: 142; vgl. Segata et al. 2021: 400; vgl. Scherrer 2007: 78). Somit wird ihre Durchsetzung kaum noch von einer Person direkt über die andere Person ausgeführt, denn sie erfolgt zunehmend indirekt, da Lohnarbeit als alternativlos gilt. Durch ihre alltägliche Praxis wird das Kapitalverhältnis stabilisiert und reproduziert. *„Was für die Fabrik bzw. das Büro gilt, trifft auch auf staatliche Herrschaft heute zu. In westlichen Demokratien wird Herrschaft ›dementiert‹ (Offe 1972: 96)“ (Scherrer 2007: 78).* Auch als Konsument:innen, die problematische Leitbilder eines vermeintlich guten Lebens verinnerlicht haben, sowie als Arbeiter:innen in kapitalistischen (Re-)Produktionssystemen sind *wir* untrennbar mit *ihr* verbunden (vgl. Noever 2019: 142). Die Krisenanzeichen des Anthropozäns²¹, wie etwa die Covid-19-Pandemie, zeigen eine materielle Geschichte der Freiheit auf, in der die moderne Vorstellung von Freiheit in den globalen Zentren im Globalen Norden untrennbar mit der Ausbeutung natürlicher Ressourcen andernorts verbunden ist, manifestiert in fossilen Brennstoffen, Soja, Fleisch, prekärer Arbeit und Umweltzerstörung (vgl. Segata et al. 2021: 400; vgl. Acosta 2012: 86).

Die Autoren Brand und Wissen verweisen auf gesellschaftliche Strukturen und Ungleichheiten, welche die imperiale Lebensweise reproduzieren (vgl. Brand/Wissen 2017: 65) und stellen globale Zusammenhänge und ökologische Gesellschaftskonflikte wieder in den Vordergrund (vgl. Dörre 2018: 13). Mit der Imperialen Lebensweise *„bieten Brand und Wissen eine hegemonietheoretisch inspirierte Erklärung dafür an, wieso sich trotz anhaltender und vielfach*

²¹ Das Anthropozän definiert ein Zeitalter, in dem der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde geworden ist (vgl. Hafner 2022: 149ff). Es fungiert als *„differential lens through which disciplines across the academy are reviewing, debating, and reinventing their conceptions of humanity and nature“* (Bauer/Ellis 2018: 210).

wahrgenommener multipler Krise keine Veränderung durchsetzen kann, sondern globale Ungleichheitsverhältnisse bestehen bleiben“ (ebd.). Infolgedessen bleiben globale Ungleichheiten und soziale wie ökologische Probleme bestehen. Die imperiale Lebensweise zeigt somit auf, wie strukturelle Zwänge und ideologische Zustimmungen die bestehende Ordnung stabilisieren und transformative Ansätze blockieren (vgl. Noever 2019: 142). Zudem bildet das Konzept eine häufig gewaltvolle „neoimperiale Ressourcenpolitik, neue Formen des Extraktivismus und Politiken der Problemexternalisierung“ (Brand/Wissen 2017: 67) ab.

Fazit: Wer zahlt die Rechnung, wer trägt die Kosten?

Erste hegemoniale Machtstrukturen wurden anhand des Neo-Extraktivismus, des Commodities Consensus und der Imperialen Lebensweise in der Beziehung des Globalen Süden mit dem Globalen Norden nachgezeichnet. Dies dient vor allem dazu, die politische, wirtschaftliche und ökologische Ausgangssituation der EU sowie Brasiliens und Argentinens zu bestimmen. Mit dem Raubbau und der Aneignung von Rohstoffen im kolonialen sowie im neokolonialen Kontext (vgl. Acosta 2012: 86) verleiht es der Beziehung eine deutliche umweltbezogene Dimension. Der ressourcenintensive Lebensstil der Elite wirkt direkt in Umweltveränderungsprozesse ein (→ 5) und zwingt marginalisierte und benachteiligte Gemeinschaften ihre Lebensweise und ihre Existenzgrundlage anzupassen (vgl. Rasmussen/Pinho 2016: 10). Vor diesem Hintergrund verstärkt der bereits bestehende Zugriff auf Agrarerzeugnisse aus dem Mercosur, in Verbindung mit den durch das Handelsabkommen erwarteten Exportsteigerungen (→ 6), die ökologischen Belastungen erheblich und fungiert als ein zentraler Treiber des Klimawandels (vgl. Ghiotto/Echaide 2019: 6). Dies wird vor dem Hintergrund progressiver Regierungen in Lateinamerika verstärkt, weil extraktivistische Industrien den schnellsten Weg zu Fortschritt und Entwicklung darstellen (vgl. Svampa 2015a: 74). Die politischen Handlungsspielräume dieser Regierungen bleiben materiell von der Wirtschaftsordnung abhängig, die von Interessen dominanter Klassen im Globalen Norden strukturiert ist. Solange diese Ordnung stabil bleibt, können progressive Staaten sozialpolitische Maßnahmen umsetzen, jedoch nur insoweit diese den extraktivistischen Exportfluss und die Position des Globalen Nordens im Weltsystem nicht gefährden (vgl. Cox 1969: 222f).

Laut Brand und Wissen (2017) sowie Gramsci (1971) sind Konsument:innen und Arbeitnehmer:innen des Globalen Nordens sowie des Globalen Südens durch alltägliche Praktiken strukturellen Mechanismen stiller, sowohl aktiver als auch passiver Zustimmung sowie Zwang ausgesetzt. Die im Alltagsverstand verankerten und kontinuierlich umkämpften Zustimmungen entstehen in Zivilgesellschaften, die hegemonialer Herrschaft unterworfen sind und stabilisieren ein kapitalistisches System, das bestehende Macht- und Dominanzverhältnisse fortschreibt (vgl. Noever 2019: 142; vgl. Scherrer 2007: 42; 73; vgl.

Heise/Fromberg 2007: 113; vgl. Adolphs/Karakayali 2007: 129). Diese Faktoren haben nicht nur Einfluss auf die lateinamerikanische Ökonomie, sondern auch auf die gesellschaftlichen Prozesse in seiner Gesamtheit (vgl. Lechner 1977: 394 zit. nach Costilla/Pimmer 2015: 48).

Der Neo-Extraktivismus und der Commodities Consensus zeigen, dass extraktivistische Politik zentral für ökonomische Stabilisierung und staatliche Handlungsfähigkeit bleibt (vgl. Gudynas 2012: 55f). Gleichzeitig trifft diese Politik auf eine heterogene und fragmentierte Gesellschaft, in der nach Zavaleta (2009), Lechner (1977) und Gramsci (1971) die Bildung gemeinsamer Interessen erheblich erschwert wird. Der Staat legitimiert seine Position über extraktivistische Einnahmen als Beitrag zum Allgemeinwohl, reproduziert jedoch zugleich strukturelle Ungleichheit innerhalb der schwach integrierten Zivilgesellschaft und im globalen Wirtschaftsgefüge (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 49ff; vgl. Gudynas 2012: 55f; vgl. Becker 2008: 10). Der regulationstheoretische Ansatz nach Jessop und Sum (2006) verdeutlicht, dass (staatliche) institutionelle Strukturen bewusst so umgestaltet werden können, dass kapitalistische Akkumulation trotz ökologischer Krisen gesichert bleibt. Die Stärkung der Agrarindustrie und die systematische Unterordnung marginalisierter Gruppen zeigen die flexible Anpassung staatlicher Regulation an globale Marktbedingungen (vgl. Oliveira 2009: 62ff; vgl. Gudynas 2012: 53f; vgl. Andreucci/Radhuber 2017: 281).

KAPITEL 4: THEORIE- & METHODENRAHMEN

In diesem Kapitel werden zunächst die angewandten Methoden wie die historisch-materialistische Policy-Analyse sowie die Hegemonieprojekte als Auswertungstool vorgestellt. Beide Ansätze bilden den theoretischen Rahmen und fungieren zugleich als verbindendes Analyseframework zwischen Theorie und empirischer Untersuchung. Anschließend wird im Forschungsdesign das konkrete Vorgehen der Arbeit und die Begründung der gewählten Vorgehensweise erläutert.

4.1 Historisch-materialistische Policy-Analyse

Die HMPA schließt an das dargelegte Verständnis von Staatlichkeit sowie der Rolle des Staates an und stellt einen Forschungsansatz dar, welcher *„staatliche Policies und ihre Rolle in der Reproduktion hegemonialer Verhältnisse genauer [...] untersuch[t]“* (Lenikus et al. 2022: 545). Der Forschungsansatz untersucht gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Herrschaftsstrukturen im Zusammenhang mit der Entstehung und Reproduktion von konkreten Policies (vgl. Schneider/Janning 2006: 216; vgl. Buckel et al. 2014: 43) und setzt sich zum Ziel *„wie und warum spezifische staatliche Policies formuliert und implementiert werden oder auch nicht [...]“* (Lenikus et al. 2022: 543; vgl. Buckel et al. 2014: 54ff).

Wie auch bei Gramsci (1971), ist der historische Aspekt relevant für die HMPA, da sie im Untersuchungsgegenstand stets in seiner eigenen Entwicklung und Dynamik betrachtet wird (vgl. Brand et al. 2022: 279; vgl. Cox 1969: 215). Demnach versteht sich die HMPA als eine Art Korridor von formulierten und implementierten Politiken, welche durch sozio-ökonomische, kulturelle und politische Verhältnisse beeinflusst werden (vgl. Lenikus et al. 2022: 546). Diese Annahmen unterscheidet die HMPA von klassischen Ansätzen der policy analysis (vgl. Brand 2013: 427ff), denn *„[t]hese conventional approaches to policy analysis have regarded policies as rational action in order to solve given problems and perceived power as a necessary resource for this“* (vgl. Greven 2008: 27f zit. nach Brand et al. 2022: 281). Zudem sieht die HMPA kapitalistische Verhältnisse als strukturell diskrepant und krisenhaft an, denn sie hebt hervor, wie staatliche Policies zur Reproduktion widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse, und Krisentendenzen beitragen können und welche Formen der Reproduktion daraus resultieren. Damit geht einher, dass Policies vor konkurrierenden und entgegengesetzten Interessen diverser sozialer Kräfte entstehen. Die HMPA schließt auf Materialität gesellschaftlicher Praxis, weil sie materielle gesellschaftliche Strukturen und Interessen, wie etwa Klassenverhältnisse, Naturverhältnisse und Nord-Süd-Verhältnisse hervorhebt (vgl. Lenikus et al. 2022: 545).

„Ein prominentes Beispiel ist die ökologische Krise bzw. die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse, auf die der Staat mit seinen Umweltpolitiken

nur sehr punktuell und unzureichend reagiert. Beispielsweise werden technologische Innovationen gefördert, jedoch wird auf das grundlegende Problem der übermäßigen Ressourcennutzung wenig eingegangen, wodurch Krisendynamiken teils nur verschoben werden“ (ebd.: 546).

Dabei gilt zu untersuchen, welche Interessen und Kräfteverhältnisse diese Reproduktionen stabilisieren oder auch infrage stellen (vgl. ebd.).

Der Staat ist dabei nicht problemlösend, sondern fungiert als zentrale Arena oder als Wissensapparat, in dem Machtverhältnisse, Konflikte und Beziehungen in politischen Entscheidungsprozessen ausgestaltet werden und zum Ausdruck kommen. Dies wird vor allem durch Koalitionen, Beziehungen, Kräfteverhältnisse, Strategien und Taktiken gegenseitig bedingt (vgl. Brand 2013: 425; vgl. Brand et al. 2022: 285). Demnach geht es um den Staat selbst und um die Verbindung zur Gesellschaft, sowie um das Staatshandeln per se und die damit verbundene Governance (Lenikus et al. 2022: 546). Er ist kein homogener Apparat, sondern von Widersprüchen geprägt, die die Gestaltung und Umsetzung, oder auch das Ausbleiben von Policies maßgeblich beeinflussen. Gesellschaftliche Konflikte um Policies verdichten sich letztlich in staatlichen Entscheidungsprozessen. Der Staat ist ein asymmetrisches strategisches Terrain und ist Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und spiegelt strukturelle gesellschaftliche Asymmetrien wider. Demnach sind Policies welche vom Staat ausgehen, Kompromisse zwischen sozialen Kräften (vgl. ebd.: 546f), nach den Worten von Poulantzas ausgedrückt *„materiellen Verdichtungen eines Kräfteverhältnisses“* (Poulantzas 2002; 1978: 15). So werden Policies durch konkurrierende und auch widersprüchliche Strategien durch heterogene Staatsapparate verfolgt. Demnach sind Strukturen und Machtverhältnisse in diversen Politikfeldern existent, welche zu Spannungen zwischen Staatsapparaten und politischen Institutionen führen. Weiter zeigt die HMPA auf, wie der staatliche Anspruch, gesellschaftliche Konflikte zu bearbeiten, im Widerspruch zur Aufteilung dieser Konfliktbearbeitung in einzelne Politikfelder steht, in denen unterschiedliche gesellschaftliche Akteur:innen eigene Interessen, Forderungen und Werte vertreten (vgl. Lenikus et al. 2022: 547). Dennoch führt nicht jeder politische Prozess zu Konflikten, und nicht jeder soziale oder politische Konflikt zu politischen Maßnahmen (vgl. Brand et al. 2022: 288). Ebenso lässt sich nachzeichnen, wie sich Hegemonie in die Politikgestaltung einschreibt *„etwa die Bearbeitung der globalen Klimakrise über Handelssysteme, Marktmechanismen und die Fokussierung auf die Förderung technischer Innovationen“* (Lenikus et al. 2022: 547).

4.2 Hegemonieprojekte

Der Begriff der Hegemonieprojekte dient als Schlüsselbegriff für ein historisch-materialistisches Forschungsprogramm, das darauf abzielt, die materiellen Grundlagen und gesellschaftlichen Konflikte in politischen Analysen zu verstehen (vgl. Georgi/Kannankulam

2012: 6f). Auch spielt sie in der HMPA eine zentrale Rolle, denn Hegemonieprojekte streben danach, eine hegemoniale Stellung zu erlangen, wobei verschiedene Akteur:innen um politische Führung und Einfluss kämpfen (vgl. Jessop 2009: 207f). Sie verallgemeinern die Partikularinteressen bestimmter Fraktionen und präsentieren diese als Allgemeininteressen, um eine hegemoniale Stellung zu erhalten (vgl. Jessop 1990: 198f). So transformieren sie sich im historischen Prozess und manifestieren sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern (vgl. Georgi/Kannankulam 2012: 6f), wobei ihr Erfolg von der Durchsetzung innerhalb des integralen Staates abhängt (vgl. Buckel et al. 2014: 45; vgl. Demirović 2007: 33). Diese Projekte sind oft das Ergebnis einer „[...] *tendenziell unendlichen Anzahl [von] Strategien, Taktiken und Praktiken von miteinander konfligierenden Akteur:innen und Interessen heuristisch entlang breiter gesellschaftlicher Projekte [...]*“ (ebd.: 6), welche in einem gesellschaftlichen Kontext verfolgt werden. Der Erfolg diverser Akteur:innen, von (kleinen) politischen Gruppen bis hin zur Lobbyarbeit großer Verbände und zu Gesetzesvorlagen von politischen Akteur:innen (vgl. Buckel et al. 2014: 46), hängt maßgeblich davon ab, inwieweit sie im Alltag der Zivilgesellschaft verankert sind (vgl. Bruff 2008: 7; vgl. Brand/Wissen 2011: 81). Hierbei kommt den Intellektuellen eine besondere Rolle zu, denn sie Verallgemeinern und Aggregieren einzelne Handlungen, Taktiken und Strategien zu Hegemonieprojekten. Sie verbinden und rationalisieren die Elemente eines Hegemonieprojekts, formulieren Kompromisse und schaffen eine politische Erzählung durch Problemdefinitionen, Situationsanalysen und Lösungsvorschlägen. Gelingt dies, entwickelt sich das Hegemonieprojekt zu einem kohärenten Zusammenhang (vgl. Buckel et al. 2014: 46).

Hegemonieprojekte sind „*politikübergreifende Kräftekonstellationen*“ (ebd.: 47), die je nach Politikfeld diversen Strategien nachgehen. Jene Strategien sind intern nicht immer homogen, sodass Fraktionen mit divergierenden Taktiken entstehen (vgl. Jessop 1990: 2004ff), welche sich zudem räumlich unterscheiden aber dennoch dasselbe Ziel verfolgen (vgl. Macartney 2009: 480; vgl. Scherrer 2007: 76). Der Zusammenhalt innerhalb solcher Fraktionen ist fragil und abhängig von der Durchsetzung eigener und konkurrierender Vorstellungen (vgl. Poulantzas 2002; 1978: 168). Zur Erlangung hegemonialer Positionen werden konkrete politische Vorhaben umgesetzt, die als politische Projekte verstanden werden (vgl. Bieling/Steinhilber 2000: 106). Dabei handelt es sich „[...] *um besondere, konkrete politische Initiativen [...], die sich selbst als Lösungen von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen darstellen*“ (ebd.). Dazu müssen Akteur:innen unterschiedliche soziale und politische Handlungsebenen miteinander verknüpfen. Hegemonie ist multidimensional und nicht allein auf Kräfteverhältnisse reduzierbar. Institutionelle Ressourcen, wie Poulantzas strategisch-strukturelle Selektivitäten in Anlehnung an das Verständnis des Staates als soziales Verhältnis, beschreibt die Einbindung von Akteurszielen in soziale, ökonomische und politische Institutionen. Diese stellen materielle Verdichtungen früherer gesellschaftlicher

Machtverhältnisse, Strategien und Konflikte dar, was die Analyse der verwendeten Machtressourcen, die Akteur:innen zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen, verdeutlicht (vgl. Buckel et al. 2014: 49ff). Offen bleibt jedoch, wie eine adäquate Differenzierung erfolgen kann.

4.3 Forschungsdesign

Im Rahmen der Masterarbeit wird die *retroduktive* Herangehensweise gewählt. Bei der retroduktiven Logik ist die Konklusion gegeben und die möglichen Prämissen, also Regeln und Fälle, müssen retroduktiv erschlossen werden. Im Gegensatz zur *Deduktion*, bei der Prämissen gegeben sind und gültige Schlussfolgerungen gesucht werden, erfordert die retroduktive Logik eine rückwirkende Analyse, um die möglichen Ursachen oder Bedingungen für eine gegebene Schlussfolgerung zu identifizieren (vgl. Wirth 1995: 406). „Dies bedeutet, daß [sic!] der Forschungsprozeß [sic!] sowohl von der hermeneutischen Frage nach den Voraussetzungen als auch von der pragmatischen Frage nach den möglichen Wirkungen begleitet wird“ (ebd.). Die Wahl der retroduktiven Herangehensweise ermöglicht es, vergangene politische Ereignisse und Entscheidungen im EU-Mercosur-Abkommen zu untersuchen, um Ursachen, Motive und Muster, welche im Spannungsverhältnis zwischen Agrarhandel und klimapolitischen Zielsetzungen stehen, zu identifizieren. Dies fördert ein umfassendes Verständnis für die Dynamik des Abkommens und ermöglicht die Bewertung der Wirksamkeit vergangener politischer Handlungen.

Die *ontologischen* und *epistemologischen Grundnahmen* bilden die Basis der Untersuchung. Die Ontologie betrachtet die Beschaffenheit der Welt und fragt, woraus die soziale Wirklichkeit und die politische Wirklichkeit als Teilmenge davon besteht. In der Arbeit bezieht sich die politische Wirklichkeit auf strategischen Reaktionen der politischen Führungsebene im EU-Mercosur-Abkommen, während die soziale Welt die Gesamtheit der Beziehungen und Strukturen darstellt, innerhalb derer diese politische Wirklichkeit stattfindet. Weiter wird untersucht, ob die soziale Welt nur aus individuellen Interaktionen besteht oder auch soziale Einheiten umfasst, welche die soziale Realität prägt oder gar konstruiert, wie beispielsweise supranationale und intergouvernementale Organisationen. *Epistemologisch* betrachtet wird angenommen, dass Wissen über diese Welt nicht unmittelbar zugänglich ist, sondern interpretiert werden muss (vgl. Prainsack/Pot 2021: 23f).

Die *methodische Ausrichtung* dieser Arbeit vereint qualitative Forschungsmethoden mit einer systematischen Untersuchung und Interpretation mittels eines *explorativen Experteninterviews* und einer *Policy-Analyse*. Die qualitative Forschung

„zielt darauf ab, die Bedeutung sozialer und politischer Praktiken, Entwicklungen und Phänomene zu verstehen. Sie beschäftigt sich damit, wie Menschen handeln,

welchen Sinn sie ihren Handlungen beimessen und was diese Handlungen im gesellschaftlichen Kontext bedeuten“ (ebd.: 14).

Hierbei spiegeln politische und soziale Praktiken einerseits die asymmetrischen Ausgangspositionen der Vertragspartner:innen im Ratifizierungsprozess wider und andererseits das Bestreben, ein faires und nachhaltiges Abkommen zu gestalten. Dabei sind vor allem die Diskrepanzen zwischen agrarhandels- und klimapolitischen Zielsetzungen und dessen Weg zur Durchsetzung für die Arbeit spannend. Die Forschung betrachtet, wie die politische Führungsebene handelt, mit welchen Mitteln und welche Bedeutung sie der Vereinbarkeit von Agrarhandelsinteressen und Umweltschutzziele beimessen.

Vor Beginn des Schreibprozesses wurde ein exploratives Experteninterview mit Franziskus Forster, politischer Referent der ÖBV-Via Campesina (dt.: der bäuerliche Weg) Austria geführt. Die Berg- und Kleinbauern Vereinigung ist eine überparteiliche Interessenvertretung, die sich für eine bäuerliche, umweltverträgliche Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und die Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen weltweit einsetzt (vgl. ÖBV-Via Campesina Austria 2021). Forster nimmt somit *„die spezifische Rolle des Interviewpartners als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte [ein]. Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen“* (Gläser/Laudel 2009: 12). Demnach gilt der Experte als *Zeuge* des für mich relevanten Prozesses (vgl. ebd.). Weiter zielt das explorative Interview darauf ab, innerhalb des Forschungsbereichs möglichst breite und latente Wissensbestände des Befragten zu erschließen. *„Das explorative Interview, eignet sich aufgrund seiner Komplexität eher als Instrument zur Erfassung subjektiv-typischer als zur Erzeugung objektiv-repräsentativer Daten und mithin eher zum Theorie-Aufbau als zur Hypothesen-Prüfung“* (Honer 2011: 43). Das explorative Experteninterview dient der Orientierung im Forschungsbereich und wurde vor Beginn des Forschungsprozesses durchgeführt, um erste Einblicke zu gewinnen. Doch während des Schreibprozesses diente das Interview nicht nur als Quelle für erste Einblicke, sondern griff zugleich zentrale Themen wie Machtstrukturen, Legitimationsmuster sowie agrarindustrielle Modelle auf unterschiedlichen Ebenen auf, welche Platz in der Masterarbeit gefunden haben.

Den Analyserahmen bildet die historisch-materialistische Policy-Analyse um politische Phänomene benennen und erklären zu können. Dabei schlagen Brand et al. (2021), basierend auf dem „Staatsprojekt Europa“, einen analytischen Dreischritt bestehend aus einer Kontext-, Akteurs-, sowie Prozessanalyse vor, wobei es je nach Forschungsinteresse gilt, sich auf einen Bereich zu fokussieren. Je nach dem liegt das Forschungsinteresse stärker auf den Prozessen, dem Kontext oder den Akteur:innen, kann aber auch in der Reihenfolge und der Analyse entsprechend variieren (vgl. Lenikus et al. 2022: 548). In der Arbeit werden in den inhaltlichen Kapiteln zum EU-Mercosur-Abkommen eine kleinere Kontext- sowie eine

Akteursanalyse durchgeführt, wie eine Prozessanalyse, die direkt an ein Policy-Prozess anschließt und in einer Policy-Analyse mündet. Somit ist die Masterarbeit eine kombinierte Policy-Analyse, in der alle drei Zugänge systematisch miteinander verschränkt werden. Präzisieren lässt sie sich in eine kontextualisierten Akteursanalyse mit prozessorientierter Vertiefung mit Fokus auf die Politikfelder der Umwelt-, Agrar- und Handelspolitik.

Die Hegemonieprojekte zeigen, warum die Verbindung der HMPA, mit den Theoriekapiteln I & II für die Beantwortung der Forschungsfrage zentral ist. Die HMPA ermöglicht es, politische Prozesse nicht als isolierte Entscheidungen, sondern als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, materieller Interessen und historischer Konflikte zu analysieren (vgl. Lenikus et al. 2022: 545ff; vgl. Brand et al. 2022: 279). Das zuvor entwickelte Verständnis von Staatlichkeit verdeutlicht, dass staatliche Institutionen keine neutralen Arenen sind, sondern strategisch selektive Verdichtungen sozialer Kämpfe, in denen Hegemonieprojekte in Zivilgesellschaften verankert, stabilisiert oder infrage gestellt werden (vgl. Jessop 1990: 198f; vgl. Scherrer 2007: 42; vgl. Poulantzas 2002; 1978: 15; vgl. Brand et al. 2022: 285). Die Einbeziehung ökologischer Konfliktlinien macht sichtbar, dass Umweltfragen integraler Bestandteil hegemonialer Auseinandersetzungen sind, da sie bestehende Akkumulationsweisen, Machtverhältnisse und gesellschaftliche Konsense herausfordern oder stabilisieren (vgl. Andreucci/Radhuber 2017: 281; vgl. Brand et al. 2022: 279). Hegemonieprojekte bilden damit den analytischen Rahmen, in dem sich zeigt, wie ökonomische, politische und ökologische Interessen zu kohärenten politischen Strategien verdichtet werden und wie diese zur Durchsetzung oder Reproduktion gesellschaftlicher Ordnung beitragen (vgl. Georgi/Kannankulam 2012: 6f; vgl. Buckel et al. 2014: 46). Diese Perspektiven eignen sich besonders gut, um die Kontext-, Akteurs, sowie Prozessanalyse miteinander zu verbinden und die Rolle von Macht im Wandel politischer und gesellschaftlicher Ordnungen sichtbar zu machen.

Daher kommt in Kapitel fünf eine zugespitzte Kontext- sowie Akteursanalyse zum Einsatz mit dem Fokus auf politökonomische Dynamiken. Dabei untersucht die Kontextanalyse Einheiten unterschiedlichster hierarchischer Ordnung auf Eigenschaften von Individuen und Kontexten in ihrer jeweiligen Umgebung (vgl. Alpheis 1988: 11). *„The term ‘contextual effect’ describes variation in political behavior that depends, systematically, on properties of the environmental within which that behavior is embedded”* (Sprague 1982: 99). Um die Eigenschaften zu erkennen, welche von der Umgebung abhängen, also welche die Situation oder der Status quo zulassen, werden relevante Merkmale analysiert von welchen auszugehen sind, dass sie in einem Zusammenhang mit dem politischen Phänomen stehen (vgl. Alpheis 1988: 12). *„Die Kontextanalyse hat zum Ziel, eine Konfliktsituation als spezifische historische Situation, in der soziale und politische Kräfte entgegengesetzt agieren, zu rekonstruieren“* (Lenikus et al. 2022:

548). Es wird aufgezeigt, wie die Konfliktsituation grundlegende Widersprüche und Krisentendenzen widerspiegelt oder sichtbar macht, wobei die relevanten Aspekte und Dynamiken der historischen Situation im Kontext strukturell-dynamischer Konstellationen, wie etwa der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse, betrachtet werden (vgl. ebd.). Kombiniert wird dies mit einer Akteursanalyse, welche relevante Akteur:innen identifiziert und dabei fragt, *„welche spezifischen Akteure wie und warum unterschiedlich in einer Konfliktsituation agieren, wie sie die Situation problematisieren und warum sie überhaupt aktiv werden“* (ebd.: 548). Im nächsten Schritt wird analysiert, wie sich Akteur:innen zu Bündnissen und größeren Kraftkonstellationen zusammenschließen, welche Strategien ihr Handeln bestimmen, welche politischen Initiativen sie verfolgen und auf welche Machtressourcen sie dabei zurückgreifen. Dabei kann ein Zusammenschluss sozialer Kräfte mit ähnlichen Interessen als Hegemonieprojekt benannt werden (vgl. ebd.). Folglich wird im Kapitel anhand der Kontext- sowie Akteursanalyse die Machtasymmetrien im EU-Mercosur-Abkommen dargelegt mit der Abbildung hierarchischer Ordnung im Wirtschaftsgefüge, sowie im globalen Kontext. Parallel werden agrarpolitische sowie umweltpolitische Konfliktlinien dargelegt und Akteur:innen skizziert, wie sie dabei reagieren, warum sie reagieren, wie sie das Problem prägen und welche Strategien Anwendung finden.

Daran schließt Kapitel sechs mit einer Prozessanalyse an, welche direkt an den Policy-Prozess ansetzt und zentrale Schlüsselereignisse sowie konkrete politische Entscheidungen in den Fokus rückt. Dabei positionieren sich Akteur:innen in publiquen Auseinandersetzungen und nehmen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung. In diesem Rahmen werden zentrale publike Äußerungen von Führungspersonlichkeiten aus der EU, Brasilien und Argentinien als Ausdruck ihrer Positionierungen im hegemonialen Konfliktfeld herangezogen. Diese werden interpretiert und historisch rückgekoppelt, um bestehende Machtverhältnisse sichtbar zu machen. Dieses Vorgehen ist an die Diskurs- und Rahmenanalyse angelehnt und zielt darauf ab, zu erfassen, wie gesprochene und geschriebene Sprache als hegemoniale Aushandlungsinstrumente wirken, ideologische Deutungen transportieren, Wirkungen entfalten und soziale Wirklichkeiten (re-)konstruieren (vgl. Prainsack/Pot 2021: 194; Blatter/Langer/Wagemann 2018: 124). Somit wird im Kapitel auf vielfältiges Datenmaterial aus politischen Reden, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen, Verträge, Medienberichte, Vereinbarungen und Protokolle zurückgegriffen. Dabei wird auf wichtige Wendepunkte geachtet, nämlich die Einigung über den Entwurf des Handelsteils, das Nachhaltigkeitskapitel und das Zusatzprotokoll, um darlegen zu können welche (asymmetrischen) Kompromisse entstehen und welchem Interesse Geltung verschafft wird. Durch die Analyse der Verträge als zentrale Wendepunkte werden die widersprüchlichen Interessen zwischen Handelsliberalisierung und Klimaschutz sowie deren Stabilisierung sichtbar. Dabei ringen die Akteur:innen auf politischem und strategischem Terrain um Hegemonie (vgl.

Brand/Görg/Wissen 2010: 157f). Strategische Diskurse dienen dabei der Legitimierung von Handlungsmacht, indem Entscheidungen häufig historisch eingebettet und über Narrative, Leitbilder und Rahmenkonzepte als logisch notwendig dargestellt werden. Ausgehend von einem kritischen Staatsverständnis (→ 2) lassen sich staatliche und nichtstaatliche Filtermechanismen erkennen, die dazu führen, dass Akteur:innen unterschiedlich starken Zugang zu politischen Prozessen haben und ihre Strategien, Interessen und Deutungen ungleich stark einbringen können (vgl. Blatter/Langer/Wagemann 2018: 129; Schneider/Janning 2006: 173f). So wird mit der HMPA untersucht, wie sich im EU-Mercosur-Abkommen ein Policy-Rahmen durchsetzen konnte, *„der primär auf marktbasierten Strategien aufbaut und anstrebt, Wirtschaftswachstum zu fördern anstatt Entkoppelungsannahmen, die sogenanntes grünes Wachstum ermöglichen sollen, zu hinterfragen“* (ebd.: 549).

Aufgrund der Auseinandersetzung und Analyse von öffentlichen Politiken (*public policy analysis*), geht es in Kapitel sechs darum, herauszufinden *„what governments choose to do or not to do“* (Schneider/Janning 2006: 16). Anschließend heißt es *„Policy Analysis is finding out what governments do, why they do it, and what difference it makes“* (Dye 1972: 2). In den Politikwissenschaften wird der Begriff Policy verkürzt dargestellt, und in Form eines Synonyms für Regierungshandeln genutzt. Doch die Begrifflichkeit Policy umfasst Handlungsentwürfe auf allen Ebenen, Individuen, Organisationen oder auch Regierungen (vgl. Schneider/Janning 2006: 18). Deshalb wird der Begriff Policy allgemeingehalten und *„[e]ine Policy umfasst die verbindliche Festlegung bewerteter Handlungsoperationen oder Strategien, um bestimmte Ziele zu erreichen bzw. Probleme zu lösen“* (ebd.: 18). Zudem gilt die Policy-Forschung als problemorientiert, multimethodisch und interdisziplinär (vgl. ebd.). In dieser Hinsicht lässt sich festhalten, dass sich Policy-Analysen dadurch auszeichnen, *„dass sie alle relevanten Elemente, Variablen und Prozessstadien einer bestimmten Politik in den Untersuchungsrahmen einbeziehen, um entweder über Ursachen und Gründe des Erfolgs oder Misserfolgs einer Politik Aussage treffen zu können [...]“* (ebd.), oder um lediglich neue Einblicke in die Funktions- und Wirkungsweise gegenwärtiger sozialer Mechanismen zu gewinnen (vgl. ebd.). Spannend hierbei ist der kulturalistische Ansatz, denn jener addiert neben dem Aspekt der Artikulierung und der Durchführung von Machtstrategien einen weiteren Aspekt (vgl. ebd.: 97). Dabei hängt individuelles und kollektives Handeln mit der Bestrebung *„programmatischer Grundorientierungen, dem Rückbezug auf moralische Wertvorstellungen und der Durchsetzung normativer Zielvorstellungen von einem guten Leben, einer wohlgeordneten Gesellschaft oder einem handlungsfähigen Staatswesen zusammen“* (ebd.). Somit bietet diese Analyseperspektive neue Erklärungsansätze für politisches Handeln in öffentlicher Politik und dient einem realeren und komplexeren Verständnis von Handlungen und Identitätskonzepten der Policy-Akteur:innen (vgl. ebd.).

Letztendlich lässt sich die Masterarbeit in das *kritische theoretische-Paradigma* einordnen, denn die kritische Theorie bezieht sich auf eine vielfältige Tradition intellektueller Untersuchungen, die sich durch ihre kritische Haltung gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen, Herrschaftsstrukturen und Ideologien auszeichnen (vgl. Bittlingmayer/Freytag 2019: 3ff) und verschiedene theoretische Ansätze und Methoden vereinen (vgl. ebd.: 13). Durch die Anwendung der kritischen Theorie in der Arbeit, ist es möglich, die sozialen und politischen Dynamiken in den Handlungsbeziehungen zwischen der EU, Argentinien und Brasilien zu beleuchten und aufzuzeigen, wie diese Dynamiken sowohl wirtschaftliche Interessen als auch Umweltschutzziele beeinflussen.

KAPITEL 5: ASYMMETRISCHE VERHANDLUNGSMACHT

Die Wirtschaftsräume EU mit Brasilien und Argentinien verbinden 2019 765 Millionen Menschen, doch die demografischen und ökonomischen Geltungen sind ungleich verteilt. Die 252 Millionen Einwohner:innen der großen Mercosur-Staaten Argentinien und Brasilien stehen einer Gesamtbevölkerung von 513 Millionen den 27 EU-Staaten gegenüber, das ist ein Verhältnis von 1:2,04 gemessen an der Einwohner:innenzahl (Abbildung 1) (vgl. World Bank Group 2025a; b; c; vgl. News ORF.at 2019). Doch im Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft ist das Ungleichgewicht zwischen den Wirtschaftsräumen deutlich ausgeprägter. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU betrug im Jahr 2019 mit 15,8 Milliarden US-Dollar, fast das Siebenfache der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von den 2,3 Milliarden US-Dollar der zwei Volkswirtschaften des Mercosur zusammen (Abbildung 2) (vgl. World Bank Group 2025d; e; f). 2019 war das Pro-Kopf-Einkommen in der EU mehr als dreieinhalbmal so hoch wie in Argentinien, dem wohlhabenden Staat gegenüber Brasilien, dessen per capita viermal so hoch ist (Abbildung 3) (vgl. World Bank Group 2025g). Ebenso war die Verhandlungsmacht innerhalb des Mercosur asymmetrisch verteilt. Gemessen an der Gesamtbevölkerung von Brasilien und Argentinien entfielen 2019 auf Brasilien fast 80 Prozent; demnach haben 207 Millionen Brasilianer:innen das fast Fünffache der Einwohner:innenzahl von Argentinien (Abbildung 1). Brasilien war somit, mit einem BIP in fünffacher Höhe der aggregierten gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung gegenüber Argentinien, für die EU der ökonomisch gewichtete Verhandlungspartner (Abbildung 2) (vgl. World Bank Group 2025a; b; c; d; e; f vgl. News ORF.at 2019). Brasilien spielt nicht nur aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe eine zentrale Rolle im Mercosur, sondern auch als „*strategischer Partner*“ (Sangmeister 2020: 6) der EU seit 2007. Diese Stellung verschaffte dem Land eine dominantere Position in den Verhandlungen gegenüber Argentinien. Ein entscheidender Vorteil war dabei die diplomatische Expertise des brasilianischen Außenministeriums (Itamaraty), das über

Einwohner:innen in Millionen 2019

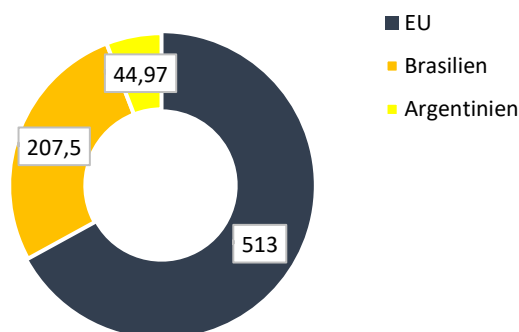


Abbildung 1: eigene Darstellung basierend auf Daten von World Bank Group 2025a; b; c & News ORF.at 2019

BIP pro Kopf in Milliarden USD 2019

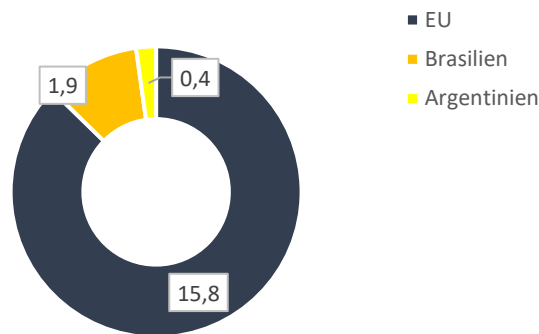


Abbildung 2: eigene Darstellung basierend auf Daten von World Bank Group 2025d; e; f

erfahrene Handelsdiplomaten wie José Alfredo Graça Lima verfügte, der als Botschafter in Brüssel von 2003 bis 2007 aktiv an den Verhandlungen beteiligt war (vgl. ebd.: 7). Die EU wiederum konnte auf umfangreiche Erfahrungen aus bi- und multilateralen Verhandlungen über Assoziierungs- und Handelsabkommen zurückgreifen (Tabelle 1) „*dass sich dabei der Handelsteil von Assoziierungsabkommen häufig als das schwierigste und zeitaufwändigste Detail erwiesen hatte, bestätigte sich in dem langen Verhandlungsprozess mit dem Mercosur-Staaten erneut*“ (ebd.).

Der Mercosur hingegen konzentrierte sich lange Zeit auf Zoll- und Assoziierungsabkommen mit lateinamerikanischen Nachbarstaaten wie Bolivien, Chile, Ecuador und Peru. Dies lag an der traditionell protektionistischen Außenwirtschaftspolitik seiner Mitgliedsländer, die eine stärkere Integration in die internationale Arbeitsteilung durch den Freihandel verfolgten. Zudem fehlte es an Erfahrung in der Verhandlung extraregionaler bi- und multilateraler

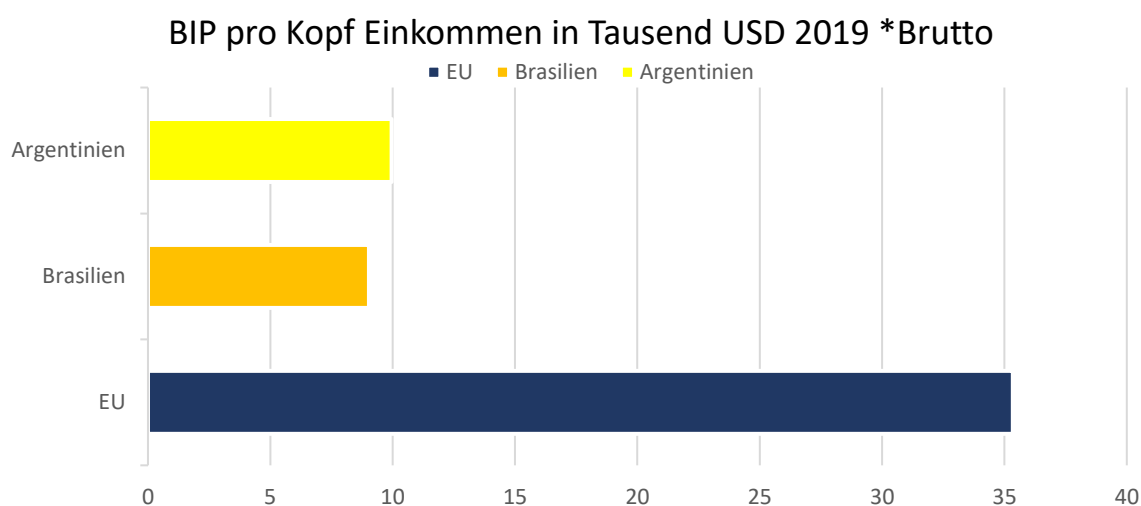


Abbildung 3: eigene Darstellung basierend auf Daten von World Bank Group 2025g

Tabelle 1: Assoziierungs- und Handelsabkommen der EU 1973-2019. Eigene Darstellung nach Sangmeister 2020: 7

- 
- .) Zollunion mit der Türkei (1995)
 - .) Globalabkommen mit Mexiko (2000)
 - .) Handels-, Entwicklungs- und Kooperationsabkommen mit Südafrika (2000)
 - .) Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit den westlichen Balkanstaaten (2004)
 - .) Europa-Mittelmeerassoziierungsabkommen (2005)
 - .) Assoziierungsabkommen mit Chile (2005)
 - .) Freihandelsabkommen mit Südkorea (2011)
 - .) Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika (2013)
 - .) Handelsübereinkommen mit der Comunidad Andina (2017)
 - .) Handelsabkommen mit Kanada (2017)
 - .) Freihandels- und Investitionsschutzabkommen mit Japan (2019)
 - .) Freihandelsabkommen mit Singapur (2019)

Handelsabkommen. Erst in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts änderte sich diese Haltung, und der Mercosur begann, seit 2018 Handelsabkommen mit Südkorea, Kanada und Singapur zu verhandeln (vgl. ebd.). 2019 wurde zudem eine Einigung mit der EFTA erzielt (vgl. Michalczewsky et al. 2019: 3).

5.1 A green transition that leaves no one behind

„We want our system to deliver more for the planet. The transition to a net zero world and the goals of the Paris agreement present an opportunity for this generation to unlock a new era of sustainable global economic growth. We believe that just ecological transitions that leave no one behind can be a powerful force for alleviating poverty and supporting inclusive and sustainable development“²²
(Europäische Kommission 2023b).

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Mercosur sind durch einen intensiven Zugriff auf natürliche Ressourcen geprägt. Seit Jahrzehnten importiert die EU große Mengen an Agrarprodukten und Rohstoffen, was Landkonflikte, den Verlust der Biodiversität und steigende Treibhausgasemissionen begünstigt (vgl. Fritz 2020: 10). Trotz wachsender Nachfrage aus China bleibt die EU der zweitgrößte Absatzmarkt für Exporte aus dem Mercosur vor den USA (vgl. Europäische Kommission 2024; European Commission 2024a).

²² Dieser Ausschnitt des offenen Briefes wurde von Weltpolitiker:innen anlässlich des Pariser Gipfels für einen neuen globalen Finanzpakt unterzeichnet (vgl. Europäische Kommission 2023b).

Die EU ist nach Brasilien und China Argentiniens dritt wichtigster Handelspartner und hatte im Jahr 2023 einen Anteil von 12,5 Prozent am gesamten argentinischen Außenhandel. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen beiden Partnern belief sich auf 16,8 Milliarden Euro. Argentinien exportierte überwiegend Agrarprodukte in die EU, die mit 75 Prozent den größten Anteil ausmachten, gefolgt von chemischen Erzeugnissen mit 15 Prozent sowie Rohstoffen aus Bergbau und Treibstoffproduktion mit sechs Prozent. Damit entfielen insgesamt 81 Prozent der Exporte auf Primärgüter (Abbildung 4). Die EU hingegen lieferte vorrangig verarbeitete Produkte nach Argentinien, insbesondere Maschinen und Transportmittel mit 38 Prozent sowie chemische Erzeugnisse mit 26 Prozent. Primärgüter spielten dabei eine untergeordnete Rolle: Agrarprodukte machten lediglich drei Prozent der EU-Exporte aus, während Rohstoffe aus Bergbau und Treibstoffproduktion zusammen 14 Prozent erreichten, sodass der Anteil an Primärgütern insgesamt bei 17 Prozent lag (Abbildung 5) (vgl. European Commission 2024b).

Argentiniens Exporte in die EU 2023 in Millionen

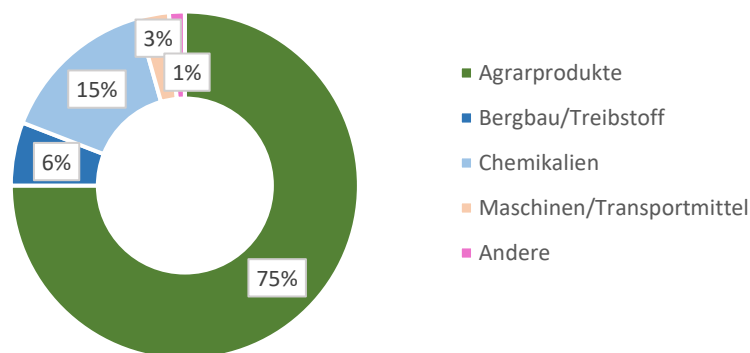


Abbildung 4: eigene Darstellung basierend auf Daten von European Commission 2024b

Argentiniens Importe aus der EU 2023 in Millionen

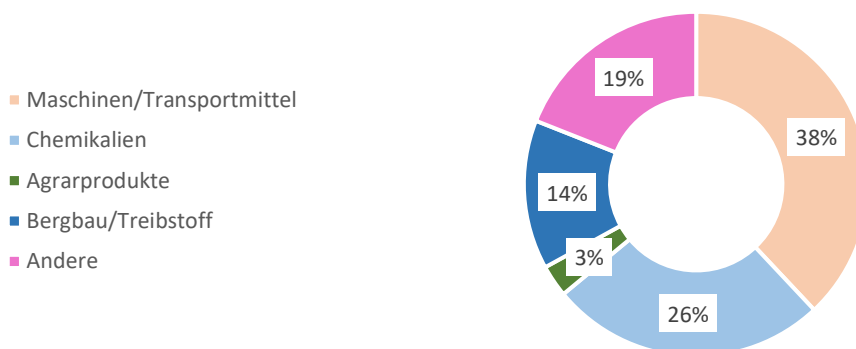


Abbildung 5: eigene Darstellung basierend auf Daten der European Commission 2024b

Die EU ist Brasiliens zweitgrößter Handelspartner und hatte im Jahr 2023 einen Anteil von 15,9 Prozent am gesamten brasilianischen Außenhandel. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich auf 87,5 Milliarden Euro. Umgekehrt ist Brasilien der elftgrößte Handelspartner der EU und war im selben Jahr für 1,7 Prozent des gesamten EU-Außenhandels verantwortlich. Die Importe der EU aus Brasilien wurden zu 80 Prozent von Primärgütern dominiert. Besonders hervorzuheben sind Rohstoffe aus Bergbau und Treibstoffproduktion mit 48 Prozent sowie Agrarprodukte mit 28 Prozent. Eisen und Stahl machten weitere sechs Prozent aus (Abbildung 6). Brasiliens Importe aus der EU bestanden hingegen überwiegend aus verarbeiteten Gütern. Maschinen und Transportmittel hatten einen Anteil von 39 Prozent, chemische Erzeugnisse machten 28 Prozent aus. Insgesamt entfielen somit über 68 Prozent der brasilianischen Einfuhren aus der EU auf industrielle Produkte (Abbildung 7) (vgl. European Commission 2024c).

Brasiliens Exporte in die EU 2023 in Millionen

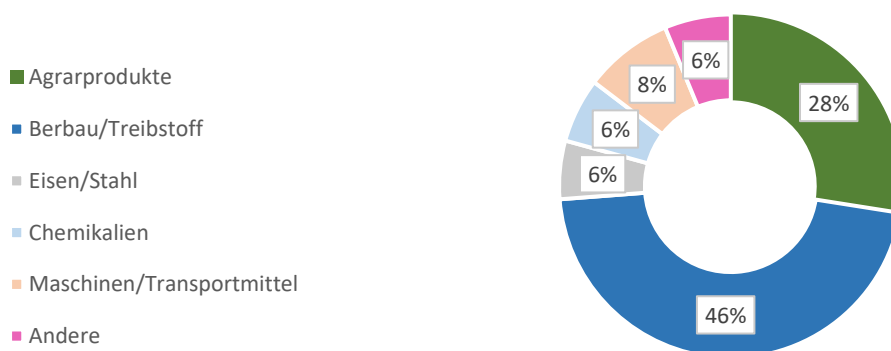


Abbildung 6: eigene Darstellung basierend auf Daten von European Commission 2024c

Brasiliens Importe aus der EU 2023 in Millionen

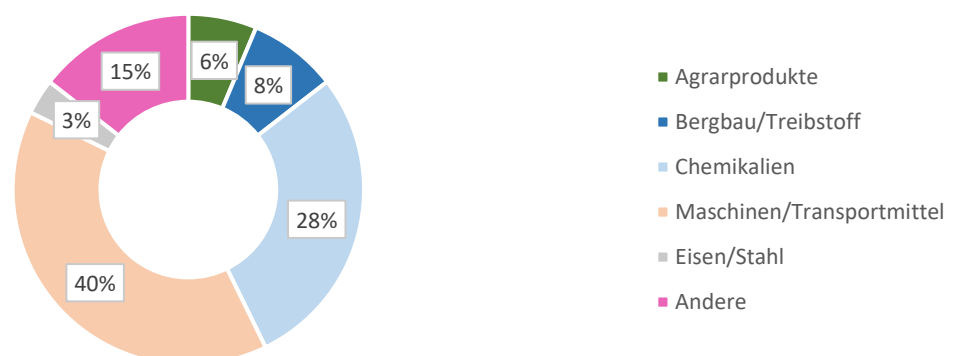


Abbildung 7: eigene Darstellung basierend auf Daten von European Commission 2024c

Diese asymmetrische Handelsstruktur zwischen der EU und dem Mercosur verdeutlicht den extraktivistischen Charakter dieser Beziehungen. Während die EU-Exporte nach Argentinien und Brasilien zu 64 beziehungsweise 68 Prozent aus verarbeiteten Produkten bestehen (Abbildung 5; 7), entfallen die Exporte aus beiden Mercosur-Staaten zu 96 beziehungsweise 80 Prozent auf Primärgüter. Besonders deutlich wird dies im Agrarsektor: In Argentinien macht dieser 75 Prozent der Gesamtausfuhren aus, in Brasilien 28 Prozent (Abbildung 4; 6) (vgl. European Commission 2024b; c). *„Aufgrund dieses überproportionalen Zugriffs auf die natürlichen Ressourcen des Mercosur trägt die EU eine große Mitverantwortung für Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen in der südamerikanischen Region“* (Fritz 2020: 10). Die im EU-Mercosur-Abkommen vorgesehenen Zollsenkungen könnten die Menge an gehandelten Rohstoffen zusätzlich noch verstärken (vgl. ebd.).

5.2 Der Agrarsektor & seine Aussagekraft

Die unten dargelegten Abbildungen 8 und 9 zeigen agrarwirtschaftliche Indikatoren Argentinien und Brasiliens im Vergleich zu globalen Durchschnittswerten auf Basis von Weltbankdaten aus dem Jahr 2021 zum EU-Agrarhandel. Dem zu entnehmen ist, dass die Landwirtschaft in Argentinien und Brasilien überdurchschnittlich stark zur Wirtschaftsleistung beiträgt. Im Jahr 2021 lag ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt in beiden Ländern bei jeweils 6,9 Prozent, gegenüber einem globalen Durchschnitt von 4,3 Prozent (vgl. European Commission 2024d; vgl. European Commission 2024e). Aktuelle Zahlen der Weltbank legen nahe, dass im Jahr 2024 der Agrarsektor in Brasilien 8,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachte, was einem Wert von rund 167 Milliarden Euro entspricht. Mit etwa 40 Prozent trug der Sektor zu den Gesamtexporten Brasiliens bei (vgl. World Bank Group 2025h). Im Jahr 2023 betrug der Anteil des Agrarsektors in Argentinien 5,9 Prozent des BIP, das entspricht rund 34,7 Milliarden Euro (vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025). Zum Vergleich: In der EU lag der Anteil des Agrarsektors am BIP 2024 bei 1,3 Prozent, ein Wert, der seit 15 Jahren nahezu stabil ist. Dennoch betrug die Wertschöpfung des Sektors etwa 228,3 Milliarden Euro (vgl. Eurostat 2025). Hier gilt hervorzuheben, dass die EU aufgrund ihrer deutlich ausgeprägten gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft (Abbildung 2) höhere Zahlen im Agrarsektor erzielt, trotz eines vergleichsweise niedrigen Anteiles am BIP. Im Gegensatz dazu ist der Agrarsektor in Brasilien und Argentinien wesentlich exportorientierter, sodass die entsprechenden Zahlen

Agricultural indicators

	Unit	Period	World	Partner
1 Agriculture, value added	(% of GDP)	2021	4.3	6.9
2 Employment in agriculture	(% of total employment)	2019	26.7	0.1
3 Arable land	(ha)	2018	n.a.	39 200 000
4 Crop production index	(2004 2006 = 100)	2014	0.2	93.7
5 Livestock production index	(2004 2006 = 100)	2014	0.2	98.3
6 Food production index	(2004 2006 = 100)	2014	0.2	95.2
7 Rural population	(% of total population)	2021	43.4	7.8

Source: World Bank

Abbildung 8: EU Agri-Food trade with Argentina. Darstellung nach European Commission 2024d: 2

Agricultural indicators

	Unit	Period	World	Partner
1 Agriculture, value added	(% of GDP)	2021	4.3	6.9
2 Employment in agriculture	(% of total employment)	2019	26.7	9.1
3 Arable land	(ha)	2018	n.a.	55 762 000
4 Crop production index	(2004 2006 = 100)	2014	0.2	98.7
5 Livestock production index	(2004 2006 = 100)	2014	0.2	99.9
6 Food production index	(2004 2006 = 100)	2014	0.2	99.1
7 Rural population	(% of total population)	2021	43.4	12.7

Source: World Bank

Abbildung 9: EU Agri-Food trade with Brazil. Darstellung nach European Commission 2024e: 2

aussagekräftiger für Wirtschaft, Beschäftigung und Handelsbilanz sind. Die EU hingegen ist stärker vom Industrie- und Dienstleistungssektor sowie einem breiten Binnenmarkt geprägt (vgl. World Bank Group 2025g; vgl. European Commission 2024b; c). Gleichzeitig ist der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter:innen vergleichsweise gering. Trotz der hohen Agrarexporte lag der Beschäftigtenanteil in Argentinien im Jahr 2019 bei 0,1 Prozent, während er in Brasilien 9,1 Prozent betrug, was deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 26,7 Prozent liegt (vgl. European Commission 2024d; vgl. European Commission 2024e). Dies lässt sich vor allem durch den hohen Mechanisierungsgrad und die Industrialisierung der Landwirtschaft in beiden Ländern erklären.

Brasilien und Argentinien verfügen über stark exportorientierte Agrarsektoren, die auf großflächige, kapitalintensive und technologiebasierte Produktionssysteme setzen, bei der mit weniger Arbeiter:innen eine höhere Wertschöpfung erzielt wird (vgl. Daum 2022: 8f). Näher betrachtet weisen Lateinamerika und die Karibik im Vergleich zu anderen Regionen des Globalen Südens den höchsten Mechanisierungsgrad in der Landwirtschaft auf, wenngleich die meisten Länder hinter dem Mechanisierungsniveau von Hoch- und oberen Mitteleinkommensländern zurückbleiben (vgl. Elverdin/Piñeiro/Robels 2018 zit. nach Daum 2022: 8). „In the 1960s, there were five tractors per 1 000 farm workers. In the 2010s, this share increased to around 65 tractors” (Daum 2022: 8). Dies entspricht im Durchschnitt einem jährlichen Anstieg der Traktorenanzahl um 4 Prozent zwischen 1950 und 2008, wobei das stärkste Wachstum in den 1950er- und 1960er-Jahren stattfand (vgl. ebd.). Die Mechanisierung in der lateinamerikanischen Landwirtschaft war besonders intensiv, wobei hohe Traktorbesätze Argentinien und Uruguay, gefolgt von Brasilien mit über 7 Prozent jährlich den stärksten Zuwachs beim Traktoreinsatz verzeichnete (vgl. Elverdin/Piñeiro/Robels 2018 zit. nach Daum 2022: 8; vgl. Martín-Retortillo et al. 2019: 592). Zwischen 1993 und 2000 stagnierte das Wachstum, was teils auf die Sättigung nach breiter Einführung, teils auf leistungsstärkere Traktormodelle zurückzuführen ist, die den Rückgang der Dynamik relativieren (vgl. Martín-Retortillo et al. 2019: 592). Die Region weist zudem ausgeprägte duale Agrarstrukturen auf; demnach stehen sich großflächige, hochmechanisierte Betriebe kleinbäuerlichen Strukturen in schwer zugänglichen, topografisch anspruchsvollen Lagen gegenüber, in denen Mechanisierung nur begrenzt möglich ist (vgl. FAO 22: 23; vgl. Forster

2024: Z.128-130). Parallel dazu verdrängt der Ausbau großindustrieller Verarbeitungsanlagen zunehmend kleinere, lokale Strukturen (vgl. Pingali 2007 zit. nach Daum 2022: 8).

„While there is much evidence of mechanized farmers cultivating more land [...], it is often unclear whether this land comes from reducing fallows, purchasing land from other farmers, or the conversion of pristine land“ (Daum 2022: 20). Doch im Fall des Cerrado in Brasilien lässt sich nachweisen, dass die großflächige landwirtschaftliche Expansion ohne den Einsatz leistungsstarker Traktoren nicht realisierbar gewesen wäre (vgl. Oliveira et al. 2017: 411). Hauptsächlich werden dort Sojabohnen, Baumwolle und Mais angebaut (vgl. Oliveira et al. 2014: 1172). Die Region eignet sich aufgrund der deutlichen Veränderungen der Landschaftsstrukturen besonders zur Analyse von Landschaftszerschneidung infolge agrarischer Expansion (vgl. Oliveira et al. 2017: 413). Diese Dynamik ist durch günstige Umweltbedingungen für die Mechanisierung, gleichmäßige Niederschläge und ausreichende Wasserverfügbarkeit für Bewässerungsprojekte begünstigt (vgl. Menke Brignol et al. 2009).

„Farms are usually large with over 1000 ha, where several properties exceed 5000 ha“ (Brannstrom 2009: 142). In vielen Ländern richten sich Dienstleister mit großen Maschinen vor allem an Betriebe, die ihre Flächen von Gehölzen befreit haben. In Kombination mit mechanisierten Anbaumustern sowie dem Einsatz großer und schwerer Maschinen kann dies Bodenerosion und -degradation fördern und Erträge mindern. Die großflächige Nutzung von Traktoren verändert ländliche Landschaften tiefgreifend, da Parzellen vergrößert und homogenisiert werden, was zu einem Rückgang agrarischer Vielfalt und Biodiversität führt. Biodiversitätsfördernde Praktiken wie konservierende Landwirtschaft, Mischkulturen oder Fruchtfolgen werden aufgrund ihres hohen Arbeitsaufwands nur selten umgesetzt. Insgesamt begünstigt Mechanisierung eine stärkere Spezialisierung und reduziert die Diversifizierung, was die Resilienz landwirtschaftlicher Systeme schwächen kann (vgl. FAO 2022: 53).

„However, agrifood systems are often not economically, socially or environmentally sustainable [...]. In the Global South [...], low land and labour productivity often cause hunger and poverty among farmers [...]. Moreover, the high drudgery of manual farming undermines health and well-being [...]. In the tropics, such effects will be exaggerated with climate change [...].“ (Daum 2022: 1).

Franziskus Forster, politischer Referent von Via Campesina Austria, äußert sich aus einer kleinbäuerlichen Perspektive entschieden gegen das EU-Mercosur-Abkommen. Aus Sicht seiner Organisation gibt es *„nur Dinge zu verlieren“* (Forster 2024: Z. 26). Weiter sagt er: *„Kleinbauern und Bäuerinnen in Argentinien, in Brasilien, in Paraguay, in Uruguay, die gehören nicht zu den Gewinnern“* (ebd.: Z. 37f). Aus sozialer und ökologischer Perspektive sind bereits heute problematische Entwicklungen erkennbar. Das vorherrschende Produktionsmodell setzt

kleinbäuerliche Strukturen massiv unter Druck, gefährdet deren Existenz und führt zunehmend zu deren Verdrängung (vgl. ebd.: Z. 27-30). Damit werden „*die Weichen [...] mit diesem Abkommen [...] in die falsche Richtung gestellt*“ (ebd.: Z. 31f). Im Zentrum des Abkommens steht der Handel, gemessen in Marktwerten, Geldwerten und Tonnen. Eine ganzheitliche Perspektive bleibt dabei aus (vgl. ebd.: Z. 150-153). Die Agrarindustrie erweist sich als besonders wettbewerbsfähig, weil sie auf kurzfristige Ertragsmaximierung ausgerichtet ist (vgl. ebd.: Z. 142f). Doch gerade angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise bedarf es eines grundlegenden Perspektivwechsels. Es gilt, Bedingungen zu schaffen, die kleinbäuerliche, vielfältige und agrarökologische Modelle stärken, denn diese bieten Antworten auf die Klima- und Biodiversitätskrise (vgl. ebd.: Z. 133-135).

Weiter verdeutlicht die Tabelle, dass sowohl Argentinien als auch Brasilien im Bereich der pflanzlichen Produktion signifikant höhere Produktivitätswerte aufweisen als der globale Durchschnitt. Argentinien erreicht im Pflanzenproduktionsindex das 496-Fache, Brasilien das 494-Fache des weltweiten Referenzwertes. Besonders absolut sind die Zahlen im Bereich der tierischen Produktion. Brasilien erzielt mit einem Indexwert von 99,9 nahezu das 500-Fache des globalen Vergleichswerts, während Argentinien mit einem Wert von 98,3 dem 492-Fachen entspricht. Auch in der gesamten Nahrungsmittelproduktion liegen beide Länder weit über dem globalen Mittel, Argentinien mit dem 476-Fachen, Brasilien mit dem 496-Fachen des weltweiten Durchschnittswertes (vgl. European Commission 2024d: 2; vgl. European Commission 2024e: 2).

Daraus ergibt sich eine signifikant höhere Produktivität und Effizienz im Agrarsektor Brasiliens und Argentiniens, trotz eines im Vergleich zum globalen Durchschnitt deutlich geringeren Anteils landwirtschaftlicher Arbeitskräfte. Die Daten verdeutlichen zudem die zentrale Rolle beider Länder als überdurchschnittlich produktive Akteur:innen in der globalen Agrarproduktion und ihren zentralen Stellenwert im internationalen Agrarhandel.

5.3 Exportschlager Soja(-schrot)

Agrarprodukte machen nahezu die Hälfte der gesamten Einfuhren der EU aus Brasilien und Argentinien aus. Die nachfolgende Grafik, basierend auf Daten der Europäischen Kommission, differenziert diese Agrarimporte in Millionen Euro nach einzelnen Sektoren.

Top EU Agri-food imports from Argentina in 2023

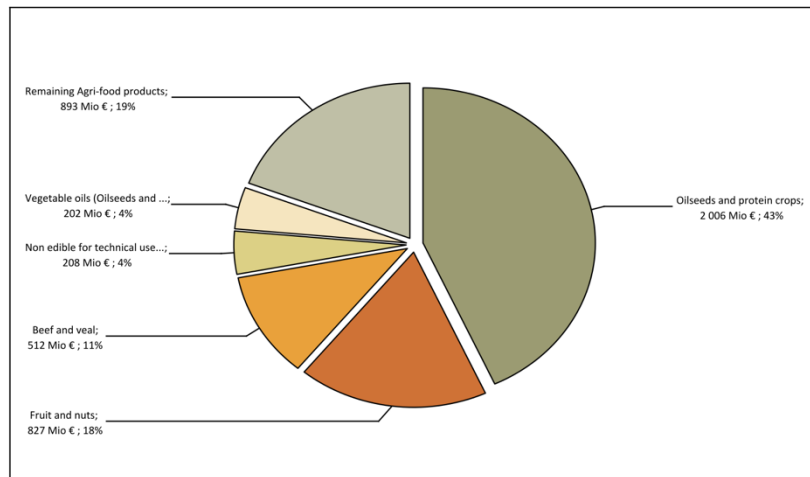


Abbildung 10: Darstellung nach European Commission 2024d: 6

Top EU Agri-food imports from Brazil in 2023

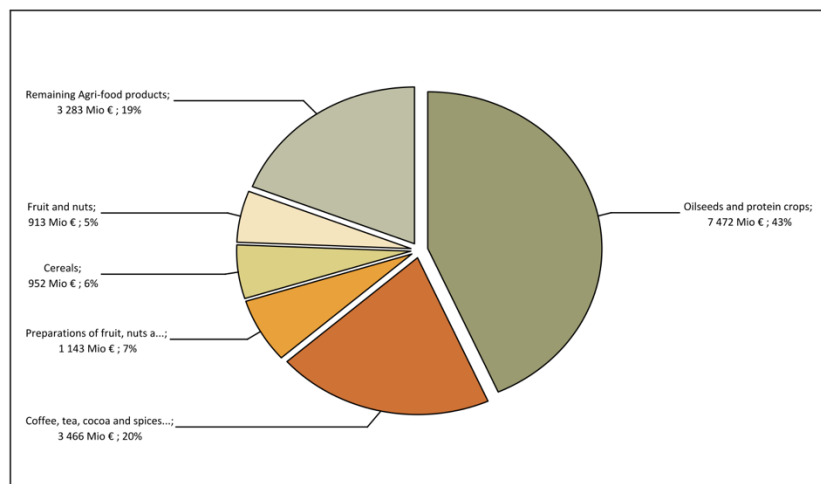


Abbildung 11: Darstellung nach European Commission 2024e: 6

Aus der Grafik geht hervor, dass sowohl Argentinien als auch Brasilien im Jahr 2023 jeweils 43 Prozent ihrer Agrarexporte aus dem Bereich der Ölsaaten und Eiweißpflanzen generieren und in die EU 27 Länder exportieren (vgl. European Commission 2024d: 6; vgl. European Commission 2024e: 6). Ölsaaten werden gepresst, um pflanzliche Öle für die Lebensmittelverarbeitung sowie für die Herstellung von Biokraftstoffen zu gewinnen. Die verbleibenden Pressrückstände dienen als proteinreiches Futtermittel. Eiweißpflanzen finden primär in der Tierernährung, aber auch in der Lebensmittelproduktion ihre Anwendung (vgl. European Commission 2025a).

Im Wirtschaftsjahr²³ 2023/24 produzierte Brasilien etwa 154 Millionen Tonnen Sojabohnen und deckte damit über ein Drittel der weltweiten Ernte ab. Dahinter folgen die USA mit einer Produktion von 113 Millionen Tonnen sowie Argentinien, das eine Erntemenge von 48 Millionen Tonnen verzeichnete. Für Argentinien bedeutet das, dass Soja knapp 50 Prozent der Gesamtanbaufläche einnimmt und die Wertschöpfungskette mit fast 75 Prozent der geernteten Sojabohnen den höchsten Anteil an inländischer Weiterverarbeitung aufweist (vgl. Word Bank Group 2023: 10). Auch beim Export liegt Brasilien mit 104 Millionen Tonnen an der Spitze, gefolgt von den USA, die 46 Millionen Tonnen ausführten, und Argentinien mit einem Exportvolumen von 8 Millionen Tonnen. Die wichtigsten Abnehmerländer sind China, das rund 112 Millionen Tonnen Sojabohnen importierte, sowie die EU, deren Einfuhren sich auf 13 Millionen Tonnen beliefen. Im Wirtschaftsjahr 2024/25 produzierte Brasilien 44 Millionen Tonnen und Argentinien 33 Millionen Tonnen Sojaschrot. In Bezug auf den Export steht Argentinien mit 30 Millionen Tonnen an erster Stelle, gefolgt von Brasilien mit 23 Millionen Tonnen. Die EU ist mit Importen von etwa 18 Millionen Tonnen der bedeutendste Absatzmarkt für Sojaschrot (vgl. USDA 2025). Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass die EU 49 Prozent ihres Sojaschrotbedarfs aus Brasilien und 39 Prozent aus Argentinien deckt, was zusammen einen Marktanteil von 88 Prozent ergibt. Damit stellen beide Länder die zentralen Sojaschrot Lieferanten der EU dar (vgl. European Commission 2025b).

Sojaschrot und Sojabohnen zählen somit, gemessen an der Einfuhrmenge, zu den wichtigsten Agrarprodukten im Handel zwischen der EU und den beiden Mercosur-Staaten Brasilien und Argentinien (vgl. USDA 2025; vgl. European Commission 2025b). Näher betrachtet, war im Wirtschaftsjahr 2023/24 die EU für rund acht Prozent der weltweiten Sojaimporte verantwortlich. Im darauffolgenden Jahr 2024/25 stieg ihr Anteil an den globalen Sojaschrotimporten auf etwa 23 Prozent, was die zentrale Rolle der EU als bedeutender Absatzmarkt für sojabasierte Futtermittel unterstreicht (vgl. USDA 2025). Sojaschrot stellt einen zentralen Eiweißlieferanten des Kraftfutters in der industriellen Viehwirtschaft dar, insbesondere in der Geflügel- und Schweinemast sowie in geringerem Umfang in der Rinderfütterung. Aufgrund der Abhängigkeit der EU von Futtermittel wird Soja seit Jahrzehnten zollfrei importiert (vgl. Fritz 2020: 12).

Die für den Export in die EU genutzte Sojaanbaufläche im Mercosur wird in den Jahren 2008 bis 2010 auf etwa 13 Millionen Hektar geschätzt (vgl. Witzke/Noleppa/Zhirkova 2014: 6), das entspricht einem Drittel der gesamten nutzbaren landwirtschaftlichen Fläche Argentinien (vgl. European Commission 2024d: 2). Da lediglich 13 Prozent der Sojaimporte in die EU als entwaldungsfrei gelten, trägt die europäische Nachfrage maßgeblich zur Entwaldung und zu erhöhten Treibhausgasemissionen in Südamerika bei (vgl. IDH/IUCN-NL 2019: 4f). Die

²³ Das *Wirtschaftsjahr* definiert einen Zeitraum zwischen zwei Bilanzstichtagen (vgl. Böcking 2018).

Sojaanbaufläche in den Mercosur-Staaten beträgt derzeit rund 58 Millionen Hektar, davon entfallen 35,8 Millionen Hektar auf Brasilien und 17,5 Millionen auf Argentinien (vgl. Fritz 2020: 12). Allein Brasiliens Sojaanbaufläche entspricht damit der Fläche Deutschlands (vgl. Statistisches Bundesamt 2024). Nach Schätzungen des brasilianischen Agrarministeriums könnte sie bis zur Ernte 2028/29 auf 45,3 Millionen Hektar anwachsen, ohne dass ein potenzieller Nachfrageimpuls durch das EU-Mercosur-Abkommen eingerechnet wäre (vgl. Ministério da Agricultura e Pecuária zit. nach Fritz 2020: 12). Auch Brasiliens Staatssekretär für Handel und internationale Beziehungen, Rua Luís, prognostiziert ein weiteres qualitatives und quantitatives Wachstum der brasilianischen Agrarexporte. Grundlage dieser Erwartung sind die fortlaufende Erschließung neuer Absatzmärkte und eine intensiviertere Exportförderung unter Einsatz innovativer handelspolitischer Instrumente (vgl. Ministério da Agricultura e Pecuária 2024).

Eine Folgeabschätzung des Gemeinsamen Forschungszentrums der EU zur Umweltwirkung der europäischen Nachfrage in Brasilien zeigt, dass die Ausweitung des Sojaanbaus im Amazonasgebiet (etwa 7 Prozent, ca. 0,9 Millionen Hektar) und im Cerrado (etwa 6 Prozent, ca. 0,7 Millionen Hektar), aufgrund direkter Entwaldung zu hohen Treibhausgasemissionen durch den Verlust von Biomasse führt. Bereits zwischen 1990 und 2020 wurden weltweit etwa 410 Millionen Hektar Waldfläche abgeholzt, eine Fläche, die größer ist als die gesamte EU (vgl. Eurostat 2020). Etwa zehn Prozent dieses Verlustes, rund 41 Millionen Hektar, sind auf den Konsum und Handel in und mit der EU zurückzuführen (vgl. Europäisches Parlament 2023), was etwa der Landfläche Schwedens entspricht (vgl. Statistics Sweden 2011). Doch mit dem seit 2023 geltenden EU-Waldschutzgesetz sind Unternehmen künftig verpflichtet, sicherzustellen, dass für Produkte, die auf dem EU-Markt vertrieben werden, weder Entwaldung noch Waldschädigung erfolgt ist. Die Verordnung umfasst Rohstoffe wie Holz, Kaffee, Kakao, Rinder, Soja, Palmöl und erfordert eine Sorgfaltserklärung, die belegt, dass die Produkte nicht von Flächen stammen, die nach dem 31. Dezember 2020 abgeholzt oder geschädigt wurden. Dabei gelten Menschenrechte und die Rechte indigener Völker als Prüfmaßstab (vgl. Europäisches Parlament 2023). Allerdings bleiben waldähnliche Ökosysteme wie der Cerrado ausgenommen, wodurch etwa 74 Prozent dieser brasilianischen Savannenlandschaft ungeschützt bleiben. Doch bereits heute die Cerrado-Region zur Hälfte durch industrielle Landwirtschaft zerstört. Die extensive Sojaproduktion und Rinderhaltung führen zu Abholzung, Brandrodung und Biodiversitätsverlust, wodurch ein direkter Zusammenhang zwischen Fleischkonsum in Europa und der Zerstörung des Cerrados besteht. Zudem beherbergt die Region nahezu 50 Prozent des brasilianischen Wasservorkommens, welches in großen Mengen zur Bewässerung von Agrarflächen entnommen wird (vgl. Panda Magazin 2024: 10). *„Damit wird der Cerrado, von einer Kohlenstoffs Senke zu einer Kohlenstoffquelle und befeuert dadurch die Klimakrise“* (Haslinger

zit. nach Panda Magazin 2024: 11). Da sich der Sojaanbau zunehmend aus dem Amazonasgebiet in den Cerrado verlagert, verschärfen sich die ökologischen Belastungen in der Region weiter (vgl. ebd.: 13). Durch die Umwandlung von Weideland in Sojaflächen, wird die Viehwirtschaft potenziell verdrängt, was zu neuen Waldrodungen in benachbarten Regionen und erheblichen Verlust an Bodenkohlenstoff führen kann (vgl. Follador et al. 2019: 4).

„Accounting for all land use changes [...], the country’s cumulative net GHG emission balance rises steeply between 2017 and 2030, putting the Brazilian contribution to the Paris Agreements at risk, whilst the difference between the country’s Nationally Determined Contribution (NDC) targets by 2030 (ca. 22 million CO₂ tonnes) and our results is approximately an additional 900 million CO₂ tonnes” (ebd.).

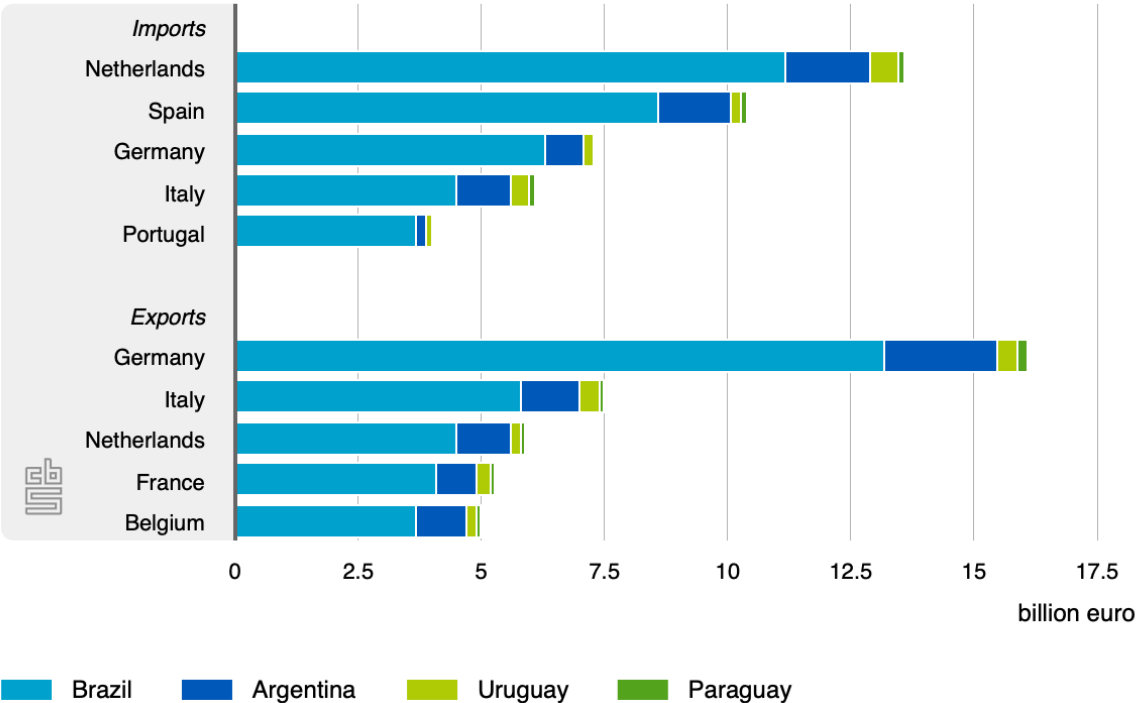
Das Gemeinsame Forschungszentrum der EU warnt, dass ein Abbau des brasilianischen Umweltschutzes zu einer zunehmenden Entwaldung in Brasilien führt und somit die Erreichung der nationalen und supranationalen Klimaziele massiv gefährdet. Um die prognostizierten zusätzlichen Emissionen auszugleichen, wären umfassende Minderungsmaßnahmen in anderen Wirtschaftssektoren notwendig. Das Zentrum empfiehlt daher, das geplante Handelsabkommen mit Brasilien an verbindliche Umweltauflagen für Agrargüter zu koppeln (vgl. ebd.). *„Genau das ist jedoch nicht der Fall“* (Fritz 2020: 13).

5.4 Die Big Player

Während Brasilien innerhalb des Mercosur als wichtigster handelspolitischer Akteur gilt, nimmt Deutschland diese Schlüsselrolle auf Seiten der EU ein. Zwar importierte die Niederlande im Jahr 2024 ein Warenwert von 13,6 Milliarden Euro aus dem Mercosur und führt damit mehr Güter aus der Wirtschaftszone Mercosur ein als jedes andere Land der EU, dennoch gilt zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil dieser eingeführten Waren nach Ankunft in den Niederlanden in andere EU-Staaten weiterexportiert oder weiterverarbeitet und dann weiterexportiert wird. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Verarbeitung von brasilianischen Sojabohnen zu Futtermittel, welches anschließend in Form von Sojaschrot nach Deutschland exportiert wird. Demnach gilt für das Jahr 2023, dass nur ein kleiner Anteil der Importe von den Niederlanden für den eigenen Markt bestimmt war. Somit liegt der Durchschnittswert bei den Einfuhren von *direkter Konsumation, Verarbeitet und Konsumiert* in den Niederlanden bei knapp 14 Prozent. Wird nun der Durchschnittswert von 2023 mit dem Importwert von 2024 für Einfuhren aus dem Mercosur kombiniert, ergibt sich ein Warenwert von lediglich 1,9 Milliarden Euro. Dadurch zählt die Niederlande nicht mehr zu den Top 5 der wichtigsten EU-Importländer für Güter aus dem Mercosur. Demnach rückt Spanien auf Platz eins mit einem Wareneinfuhrwert von 10,4 Milliarden Euro, gefolgt von der Bundesrepublik

Deutschland mit 7,3 Milliarden Euro. Auf Platz drei und vier folgen Italien und Portugal (siehe Abbildung 12) (vgl. Statistics Netherlands 2025).

Goods trade1) with Mercosur countries, top 5, 2024



Source: CBS, Eurostat
 1) including quasi-transit trade

Abbildung 12: Darstellung nach Statistics Netherlands 2025

Auf der Exportseite ist Deutschland der größte EU-Exporteur in den Mercosur mit einem Warenausfuhrwert von 16,1 Milliarden Euro, demnach lässt sich ein Handelsüberschuss von 8,8 Milliarden Euro erschließen. Auf Brasilien sowie Argentinien runtergebrochen, ergibt sich ein Handelsüberschuss von 8,4 Milliarden Euro. Folglich trägt die Bundesrepublik maßgeblich zum Handelsungleichgewicht zwischen der EU und dem Mercosur bei, denn es entfallen rund 40 Prozent der EU-Ausfuhren in die Mercosur-Staaten auf Deutschland. Weiter folgt Italien mit einem Warenausfuhrwert von 7,5 Milliarden Euro und die Niederlande mit 5,9 Milliarden Euro (vgl. ebd.).

12,561	72 %	244,000	855,000
The number of German companies that export to Argentina and Brazil.	The share of German companies exporting to Argentina and Brazil that are small and medium-sized enterprises.	The number of Jobs in Germany that EU exports to Brazil help support.	The number of jobs in the EU that EU exports to Brazil help support.

Abbildung 13: Unternehmen und Arbeitsplätze. Eigene Darstellung nach European Commission 2025c

Somit gilt Deutschland als einer der zentralen Befürworter des EU-Mercosur-Abkommens (Abbildung 13) (vgl. European Commission 2025c). Der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz, ehemaliger Wirtschaftsminister Robert Habeck sowie Landwirtschaftsminister Cem Özdemir sprachen sich für ein EU-Mercosur-Abkommen Mitte März 2023 auf den deutsch-brasilianischen Wirtschaftstagen aus, „*dabei gefährdet es in seiner bisherigen Fassung den Amazonas, das Klima, die biologische Vielfalt und die Menschenrechte massiv – sollte es nicht grundlegend neuverhandelt werden*“ (Paasch/Ramos Görne 2023). Dennoch wird es eine Neuverhandlung des Abkommens nicht geben (vgl. ebd.). Doch das Nachhaltigkeitskapitel und das Zusatzprotokoll, welche keine verbindliche Nachhaltigkeitsverpflichtungen sicherstellen, sondern lediglich als Pfad zur Umsetzung dient, waren nicht vereinbar mit dem deutschen Koalitionsvertrag von 2021-2025. Als Voraussetzung einer Ratifizierung des Abkommens dient eine Klausel im Koalitionsvertrag: „*umsetzbare und überprüfbare, rechtlich verbindliche Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz [...] und praktisch durchsetzbare Zusatzvereinbarungen zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen*“ (ebd.). Zusätzlich ist das EU-Mercosur-Abkommen ein *gemischtes Abkommen*, das heißt, dass alle Mitgliedsstaaten der EU zustimmen müssen, um qualifiziert zu werden. Folglich wird in den europäischen Verträgen bei Assoziierungsabkommen ein Einstimmigkeitsprinzip angeordnet (siehe Art. 218 Abs. 8 AEUV) (vgl. Stodulka 2011: 42ff). Hinzukommt, dass die EU-Kommission sowie Scholz mit einem möglichen *Splitting* des Abkommens liebäugeln, um das Abkommen durchzusetzen, ohne die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zu benötigen. Durch die geplante Aufteilung, also das sogenannte Splitting, soll der Handelsteil des Vertrages abgesondert und in Form eines einfachen Handelsabkommens mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden können (vgl. derstandard.at 2023). Auf diese Weise würde ein wesentlicher Teil der Mitbestimmungsrechte nationaler Parlamente umgangen werden, ein Vorgehen, das erhebliche demokratische Bedenken hervorgerufen hat, die insbesondere durch die Intransparenz der Verhandlungen zusätzlich genährt werden (vgl. Paasch/Ramos Görne 2023; vgl. Brand/Eyselein 2023). „*Das Ziel eines solchen Splittings ist, die Verabschiedung des Abkommens zu beschleunigen, da die Veto-Haltungen im EU-Rat zum Beispiel von Österreich oder Frankreich übergangen werden könnten*“ (Brand/Eyselein 2023). Allerdings fehlen im Handelsteil die geforderten Menschenrechtsbestimmungen, welche aber im deutschen Koalitionsvertrag gefordert wurden (vgl. Paasch/Ramos Görne 2023).

Mit Blick auf das EU-Mercosur-Abkommen, das vorsieht, die Importzölle auf 91 Prozent der EU-Waren schrittweise abzubauen, verspricht sich die EU-Kommission für deutsche Exporteure zusätzliche Absatzgewinne im Mercosur-Raum. Besonders profitieren dürften der Maschinenbau, die Automobil- sowie die Chemiebranche, welche ihre Güter in 15 Jahren zollfrei in den Mercosur exportierten könnten (vgl. Fritz 2020: 11; vgl. Paasch/Ramos Görne

2023). Für die Automobilindustrie sind die vorgesehenen Zollsenkungen besonders bedeutend. Die aktuell geltenden Zölle auf Kraftfahrzeuge in Höhe von 35 Prozent und auf Autoteile zwischen 14 und 18 Prozent sollen weitgehend abgeschafft werden (vgl. Fritz 2020: 11). „Während die EU Verbrennungsmotoren voraussichtlich ab 2035 nicht mehr zulassen wird, würde das Abkommen deren Absatz im Mercosur absichern und damit die Mobilitätswende international ausbremsen“ (Paasch/Ramos Görne 2023). Darüber hinaus eröffnet das Abkommen europäischen Betrieben einen erleichterten Zugang zu Futtermitteln, die auf gentechnisch veränderten und pestizidbelasteten Sojaerzeugnissen basieren. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zu den Zielen der europäischen Agrarwende und (vgl. ebd.) und wirft Fragen nach der Kohärenz zwischen Handels- und Nachhaltigkeitspolitik auf.

Der Mercosur hingegen *profitiert* maßgeblich vom Abbau und dem Export von Primärgütern. Dazu zählen vor allem landwirtschaftliche Güter wie Soja- und Zuckererzeugnisse, mineralische Rohstoffe aus dem Bergbau sowie Treibstoffe (vgl. ebd.). Als wichtigstes Exportgut gilt die Sojabohne, welche ein zentraler Bestandteil der industriellen Viehwirtschaft darstellt und seit Jahrzehnten zollfrei in die EU exportiert wird. Somit würde auch der brasilianische Fleischproduzent JBS vom Abkommen profitieren, denn durch Rindfleisch- und Geflügelquoten fördert das Abkommen die stückweite Ausweitung der industriellen Viehzucht. Rijk und Kuepper (2025) recherchierten zu dem größten Fleischproduzenten der Welt (vgl. JBS 2025a) und fanden heraus, dass sie bis 2040 zusätzliche Gewinne von rund 1,2 Milliarden Euro erzielen würden. Bereits jetzt gilt JBS als wichtiger Exporteur von Geflügel und Rindfleisch, denn im Jahr 2023 entstammen rund 58 Prozent Rindfleisch und 65 Prozent Geflügel, das in der EU vorhanden ist von JBS (vgl. Rijk/Kuepper 2025: 2). Dennoch werden die Lieferketten von JBS mit Abholzung in Verbindung gebracht, denn, *„recent conservative estimates finding the company to be linked to as much as 200,000 hectares of deforestation in its direct supply chain and 1.5 million hectares in its indirect chain in Brazil between 2008 and 2020“* (Amnesty International 2020 zit. nach Greenpeace Netherlands 2025: 2). Damit einhergehend ist das illegale Weiden von Kühen auf indigenem Land, die Zerstörung wichtiger Ökosysteme, Menschenrechtsverletzungen und Verwicklungen in politische Korruptionsskandale (vgl. Greenpeace Netherlands 2025: 2). *„It [JBS] would rank 5th in a list of the 100 most methane-emitting corporations in the fossil fuel sector. According to our estimates, JBS is responsible for more methane emissions than those attributed to major oil companies ExxonMobil and Shell combined [...]“* (Greenpeace Nordic 2024: 22).

In der Praxis lässt sich das so verstehen²⁴: Zwischen 2013 und 2018 erhielt JBS finanzielle Unterstützung von mehreren europäischen Finanzinstituten in Form von

²⁴ Zu den Finanziers und Investoren von Soja-, Rindfleisch-, Leder-, Holz- und Zuckerproduzenten in Brasilien: <https://amazonwatch.org/assets/files/2019-complicity-in-destruction-2.pdf>, S. 20-36; 40-49.

Unternehmensanleihen und Leasingfinanzierungen. Die spanische Bank *Santander* unterstütze JBS mit 589 Millionen US-Dollar und die britische *Barclays* Bank mit 202 Millionen US-Dollar und JBS erhielt somit Zugang zu internationalen Kapitalmärkten. Auch deutsche Finanzdienstleister wie *Volkswagen Financial Services* mit 18,2 Millionen US-Dollar und *Daimler Financial Services* mit 0,2 Millionen US-Dollar trugen per Leasingverträge zur Finanzierung bei. Ebenso sind europäische Finanzakteur:innen maßgebend am Aktienbesitz des JBS Konzerns beteiligt. So besitzt die niederländische *APG Group* 15,1 Millionen Aktien, was 0,6 Prozent der Unternehmensanteile und einem Marktwert von 36 Millionen US-Dollar entspricht. Auch sind die französische *Crédit Agricole* und die *Deutsche Bank* mit jeweils einem Aktienwert von 37 Millionen US-Dollar und Zehn Millionen US-Dollar am an JBS beteiligt (vgl. Amazon Watch 2019b: 40). Die Zahlen zeigen: Europäische Banken und Investmentfirmen finanzieren JBS mit, einem Konzern, der mit Korruption, Umweltvergehen und Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht wird.

Dieses Beispiel macht deutlich, wie Konsument:innen durch (Kauf-)Entscheidungen, basierend auf problematischen Leitbildern eines vermeintlich guten Lebens, in kapitalistische (Re-)Produktionssysteme eingebunden werden, etwa durch den Besitz eines VW oder Daimler, oder durch die Führung eines Kontos bei der Deutschen Bank. Entsprechend der imperialen Lebensweise nach Brand und Wissen (2017) geht dies mit einer Verflechtung alltäglicher Praxis sowie einer ideologischen Zustimmung einher, die die bestehende Ordnung stabilisiert (vgl. Noever 2019: 142). Gramsci beschreibt dabei Herrschaft als Wechselspiel zwischen Konsens und Zwang (vgl. ebd.; vgl. Scherrer 2007: 42), ergo je passiver Herrschaft geduldet und aktiv unterstützt wird, desto gesicherter ist Hegemonie (vgl. Scherrer 2007: 73). Das kann man auch als einen strukturellen Zwang, oder einen Zwang zur Teilhabe verstehen, welcher auf globalen Macht- sowie Dominanzverhältnissen und tief verankerte Strukturen zurückzuführen ist. So wird Extraktivismus auf Kosten von Mensch und Natur fortgeschrieben und die Problemexternalisierung begünstigt (vgl. Noever 2019: 142; vgl. Segata et al. 2021: 400; Scherrer 2007: 78; Brand/Wissen 2017: 67).

5.5 *It's real, it's bad, it's us?*

Das britische Mineralölunternehmen BP p.l.c. hat im Jahr 2006 das Konzept des CO²-Fußabdruckes entwickelt und propagiert, ganz nach dem Motto: „*Since 2006, the bp Carbon Connect service has helped bp's customers understand, reduce and compensate for their emissions*” (bp 2025). Heute liegt der Fokus auf Maßnahmen wie der Kraftstoffeinsparungen durch effizientes Fahren, gezielten Kompensationszahlungen oder der Unterstützung von Projekten zur CO₂-Reduktion (vgl. ebd.). Doch ursprünglich konnte mit diesem Modell berechnet werden, wie die eigene, individuelle Lebensweise die Umwelt belastet. Es wird

angeführt, was gegessen, getrunken, wie gewohnt, eingekauft und welcher Abfall produziert wird (vgl. Kirchschräger 2022: 6).

„Schlechtes Gewissen bei anderen erzeugen, um von eigener Umweltzerstörung abzulenken. [...] Deswegen hat BP den [...] [CO₂-Fußabdruck] entwickelt, [...] damit wir uns damit beschäftigen und nicht darauf konzentrieren, was unsere Umwelt in viel grösseren und entscheidenderem Ausmass zerstört, nämlich fossile Brennstoffe, mit denen BP bis heute das meiste Geld verdient“ (ebd.²⁵).

Der fossile Industriekapitalismus verzehnfachte sich jährlich im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter. Trotz verlangsamtem Wachstums der Industrieländer seit den 1970er Jahren, bleibt der Wachstumsdruck bestehen, allerdings auf Kosten der Natur. Der ökologische Fußabdruck im Globalen Norden ist pro Kopf weit größer als jener im Globalen Süden, denn Wachstum impliziert neben Wohlstand auch Armut (vgl. Hirschel 2023: 41; Jahn 2011: 27). Beispielsweise zeigt der Carbon Majors Report aus dem Jahr 2023, dass etwa 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen und der Zementproduktion stammen, wobei nur 36 Unternehmen für mehr als die Hälfte dieser Emissionen verantwortlich sind. Zu den fünf emissionsstärksten staatlichen Unternehmen zählen *Saudi Aramco* (SA), *Coal India* (IN), *CHN Energy* (CN) und *National Iranian Oil Co* (IR), welche für rund 18 Prozent der globalen fossilen CO₂-Emissionen zuständig sind. Im Vergleich dazu entfallen auf die fünf größten Unternehmen, die im Besitz von Investoren sind, nämlich *ExxonMobil* (US), *Chevron* (US), *Shell* (GB), *TotalEnergies* (FR) und *BP* (GB) etwa 5 Prozent. Ebenso gilt hervorzuheben, dass staatlich geführte Unternehmen für mehr als die Hälfte der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich sind und mit nur 68 Akteur:innen diesen Ausstoß verursachen. Im Vergleich dazu entfallen auf 99 privatwirtschaftlich geführte Unternehmen lediglich 24 Prozent der Emissionen in diesen Sektoren (vgl. Carbon Majors 2025).

Auf individueller Ebene zeigt sich ein ähnliches Bild. Schöngart et al. (2025) zeigen, dass Treibhausgasemissionen, welche durch Konsum und Investitionen von der wohlhabendsten Bevölkerungsgruppe verursacht werden, das Klima maßgeblich beeinflussen. In Zahlen lässt sich dies wie folgt ausdrücken: Das reichste Prozent ist für ein Fünftel der globalen Erwärmung verantwortlich. Somit liegen ihre individuellen Beiträge beim 20-Fachen des durchschnittlichen pro Kopf-Ausstoßes. Zudem ist das reichste Prozent für die Zunahme monatlicher Hitzerekorde verantwortlich, welche statistisch gesehen nur alle 100 Jahre auftreten und hat somit die Häufigkeit solcher Extremereignisse um das 26-Fache erhöht. Außerdem war ihr Einfluss auf Dürren im Amazonasgebiet 17-mal stärker als im Durchschnitt. In besonders

²⁵ Da die zitierte Quelle aus der Schweiz stammt, wurde auf den Hinweis *[sic!]* verzichtet. Die Verwendung von „ss“ statt „ß“ entspricht lediglich den schweizerischen Rechtschreibstandards.

gefährdeten Regionen haben die Emissionen des reichsten Zehntels in den USA und China dazu geführt, dass extreme Hitzeereignisse zwei- bis dreimal häufiger auftreten als üblich (vgl. Schöngart et al. 2025: 627). Auch zeigt die Studie von Oxfam und dem Stockholm Environment Institute (2020), dass das reichste Prozent der Welt mehr Emissionen verursacht als die ärmeren 50 Prozent der gesamten Bevölkerung zusammen. Des Weiteren hat Oxfam (2022) analysiert, dass ein:e Milliardär:in eine Millionen Mal mehr CO₂ emittiert als eine Durchschnittsperson. Dies ist vor allem an ihrer Beteiligung an Großkonzernen zurückzuführen, zumal sie mit doppelter Häufigkeit in emissionsintensive Branchen wie Öl oder Zement investieren (vgl. Oxfam 2023: 31). „*Their lavish lifestyles and investments in a fossil-fuel-dominated economy are putting humanity at risk of climate catastrophe, leaving billions of ordinary people, who are the least responsible for climate breakdown, to face its worst consequences*“ (ebd.).

Demnach gibt es nicht nur Unterschiede zwischen dem Globalen Norden und Süden, staatlich und privat sowie sozialen Klassen, sondern auch zwischen Mann und Frau: Eine französische Studie (2025) der London School of Economics and Political Science hat herausgefunden, dass Männer 74 Prozent mehr Emissionen, vorrangig in den Bereichen Ernährung und Verkehr verursachen als Frauen. Spannend ist hierbei, dass die beiden Sektoren 50 Prozent des CO₂-Fußabdrucks in Haushalten ausmachen. Ebenso zeigen die beiden Bereiche eine Bandbreite an Wahlmöglichkeiten mit diversen CO₂-Intensitäten an. Grund für die Emissionsunterschiede zwischen französischen Männern und französischen Frauen sind sozioökonomische Faktoren und differente Reiseweiten. So konsumieren Männer mehr rotes Fleisch und nutzen häufiger das Auto, denn (vgl. Berland/Leroutier 2025: 1f) „*high-emission goods often associated with male identity [...], highlighting the role of gender differences in preferences in shaping disparities in carbon footprints*“ (ebd.: Abstract).

Infolgedessen argumentieren die Autorinnen, dass ein solches Verständnis von der Verteilung des CO₂-Fußabdrucks zwischen Bevölkerungsgruppen zentral ist, um eine faire und gesellschaftlich tragfähige Klimapolitik anzustoßen (vgl. ebd.). Dennoch argumentieren Kirchschräger (2022), zahlreiche NGOs sowie Konzerne, dass es wichtig ist, dass *wir* versuchen nachhaltig zu leben, da sich das Klima erwärmt und diese Entwicklung maßgeblich durch menschliches Handeln verursacht wurde (vgl. Kirchschräger 2022). Dies äußert sich vor allem in weniger Fleischkonsum, keine Kurzstreckenflüge, das Auto stehen lassen und eine volle, statt leerer Waschmaschine einzuschalten (vgl. Greenpeace Deutschland 2025; vgl. Panda Magazin 2024: 1; 13; vgl. bp 2025). Doch diese Dynamik lässt sich mit der Perspektive der imperialen Lebensweise nach Brand und Wissen (2017) erklären, da Klimaveränderungen und strukturelle Ungleichheiten primär im Konsum des Globalen Nordens verankert sind (vgl. Brand/Wissen 2017: 43). Doch die *do-it-yourself* (vgl. Cox 1969.: 223) Klimapolitik übersieht

dabei die strukturellen Zwänge der imperialen Lebensweise im Globalen Norden, sowie das Alltagspraxen auf der globalen Externalisierung von Ressourcen und Emissionen basieren (vgl. Brand/Wissen 2017: 43; vgl. Noever 2019: 142). Vor allem im Kontext des EU-Mercosur-Abkommens und der Zunahme an Agrarexporten reproduziert sich die imperiale Lebensweise. Somit zeigen Brand und Wissen auf, dass eine tragfähige Klimapolitik globale Macht- und Dominanzverhältnisse dekonstruieren muss, um strukturelle Zwänge aufbrechen zu können, welche die bestehende Ordnung stabilisiert (vgl. ebd.), die nicht im individuellen Klimaschutz zu finden ist.

Um sich einer tragfähigen Klimapolitik zu nähern, wurde im Nachhaltigkeitskapitel aus dem Jahr 2019 verankert, dass sich die Vertragspartner:innen bemühen durch ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nachhaltige Entwicklung zu fördern, insbesondere in Bezug auf Arbeits- und Umweltstandards (vgl. European Commission 2022: 2, Article 1.4(a), Objectives and Scope). Ebenso wird der Erhalt der Waldflächen, nachhaltige Forstwirtschaft (vgl. ebd.: 7, Article 8.3(b), Trade and Sustainable Management of Forests), Meeresökosysteme und die nachhaltige Aquakultur klar mit den Zielen der SDGs in Einklang gebracht (vgl. ebd. Article, Trade and Sustainable Management of Fisheries and Aquaculture).

In der aktuellen Fassung des Nachhaltigkeitskapitels wird bereits in der Präambel betont, dass sich die Vertragspartner:innen trotz globaler Krisen zur Umsetzung der Agenda 2030²⁶ bekennen:

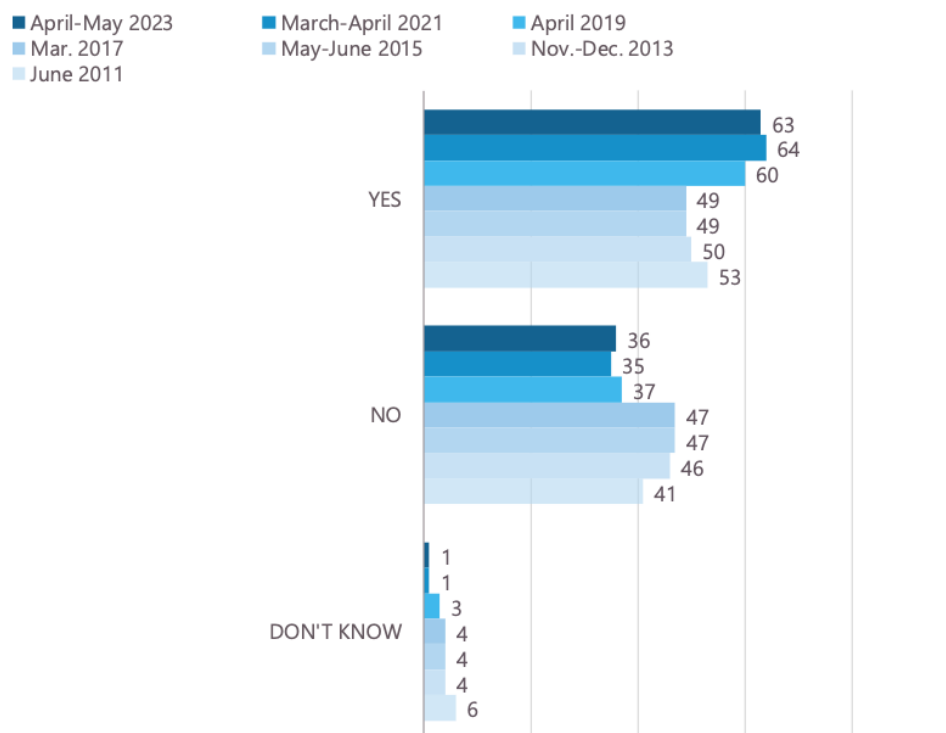
„THE PARTIES, SHARING the view that this Agreement is being signed amidst an unprecedented combination of crises and challenges; NOTING that: [...] (e) successive years of cascading challenges and crises have reversed gains in the 2030 Agenda and its Sustainable Development Goals (SDGs); [...] STRESSING the imperative of urgently accelerating our actions to achieve the sustainable development goals, to tackle climate change, and to obtain the means thereof; [...] HIGHLIGHTING that: [...] (f) [...] commit to reinforcing cooperation on international trade and investment to avoid unnecessary disruptions and to achieve Sustainable Development Goals (SDGs); and that they further recall that the Agenda 2030 and the SDGs and targets, including the means of implementation, are universal, indivisible and interlinked;“ (European Commission 2024f: 1f, Preamble).

²⁶ Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sind zentraler Bestandteil der Agenda 2030, die 2015 von allen UN-Mitgliedsstaaten als globaler Rahmenplan für nachhaltige Entwicklung verabschiedet wurde. Die SDGs sind darin als konkreter Zielkatalog festgelegt und geben die inhaltliche Ausgestaltung dieses globalen Entwicklungsprogramms vor (vgl. Bundeskanzleramt 2025).

Auch im Zusatzprotokoll finden die SDGs Erwähnung. Hier wird besonders das Ziel SDG 15.2 hervorgehoben, also die nachhaltige Bewirtschaftung, der Schutz und die Wiederherstellung von Wäldern sowie die Aufforstung, gestützt durch die Rolle naturbasierter und nachhaltiger Landnutzung, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen (vgl. Friends of the Earth Europe 2023: 2, Preamble).

„Klimaschutz ist eine große Herausforderung. Aber wenn alle zusammenhelfen, wird's einfacher als gedacht [...]“ (medianet 2020). Das impliziert die Klimaschutz-Kampagne der Stadt Wien aus dem Jahr 2020 unter dem Motto „Wenn's jede:r tut, wird's Klima gut“ (ebd.) und fordert die Menschen mit Sprüchen wie „Radpedal statt Gaspedal“ (ebd.) auf, einen kleinen großen Teil zum Klimaschutz beizutragen (vgl. ebd.). Eine Studie der Europäische Kommission (2023) zum Thema Klimaschutz zeigt, dass acht von zehn Europäer:innen²⁷ den Klimawandel als ein sehr ernstes Problem halten (vgl. European Commission 2023: 10) und sechs von zehn Befragten, in den vergangenen sechs Monaten aktiv etwas gegen den Klimawandel unternommen haben. Drei bis vier Befragte haben hingegen keine Maßnahme ergriffen oder sind sich darüber nicht im Klaren. Somit ist der Anteil der Personen, die aktiv geworden sind, seit April 2019 relativ stabil geblieben und liegt deutlich über dem Niveau der Jahre 2011 bis 2017 (Abbildung 14) (vgl. ebd.: 13).

Abbildung 14: Have you personally taken any action to fight climate change over the past six months? (% - EU 27). Darstellung nach European Commission 2023: 13



²⁷ Umfrageergebnisse basieren auf den Daten aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Besonders häufig nannten die Befragten Maßnahmen wie Abfallvermeidung und Mülltrennung, den Verzicht auf Einwegartikel, die bewusste Auswahl energieeffizienter Haushaltsgeräte sowie einen geringeren Fleischkonsum. Viele geben außerdem an, öfter auf das Auto zu verzichten und stattdessen zu Fuß, mit dem Rad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder per Carsharing unterwegs zu sein. Auch der Kauf und Konsum von Bioprodukten wird als aktive Klimaschutzmaßnahme genannt (vgl. ebd.: 14). Fünf bis sechs Befragte sehen die EU, die nationalen Regierungen sowie Unternehmen und die Industrie in der Hauptverantwortung für den Klimaschutz, deutlich mehr als noch in den Jahren 2013 bis 2017. Auch Umweltorganisationen werden heute häufiger als zuständig wahrgenommen, denn drei von zehn Befragte sehen ihre Verantwortung darin, verglichen mit deutlich weniger Zustimmung im Zeitraum von 2013 bis 2017. Zu sehen in Abbildung 15 ist, dass inzwischen drei bis vier von zehn Bürger:innen empfinden, dass sie persönlich Verantwortung für den Klimaschutz tragen, ein Anstieg gegenüber den Jahren 2011 bis 2017, als nur etwa zwei von zehn Personen diese Ansicht vertraten (vgl. ebd.: 12).

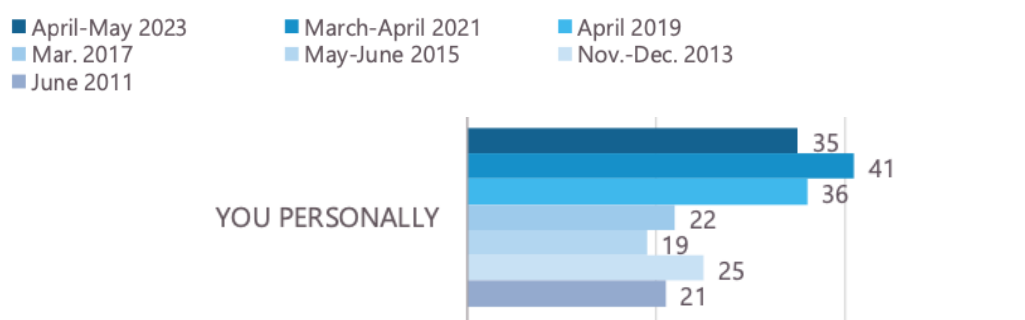


Abbildung 15: In your opinion, who within the EU is responsible for tackling climate change? (% - EU27).
Darstellung nach European Commission 2023: 12

Zudem sind im Jahr 2023 acht von zehn Europäer:innen der Ansicht, dass die Eindämmung des Klimawandels und die Bewältigung ökologischer Probleme zu einer Verbesserung der öffentlichen Gesundheit beitragen werden. Sie sehen zudem, dass Klimaschutzmaßnahmen Innovationen fördern und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der EU stärken können. Sieben von zehn Befragten sprechen sich für eine verstärkte öffentliche finanzielle Unterstützung des Übergangs zu sauberer Energie aus (vgl. ebd.: 17). Gleichzeitig halten es neun von zehn Personen für wichtig, dass ihre nationalen Regierungen und die EU ehrgeizige Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie bis 2023 festlegen (vgl. ebd.: 20). Ebenso waren neun von zehn Befragten der Meinung, dass Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, etwa durch Gebäudedämmung, Solarpanels oder den Kauf von Elektroautos, umgesetzt werden sollten (vgl. ebd.: 21). Zusätzlich stimmen neun von zehn darin überein, dass der CO₂-Ausstoß auf ein Minimum reduziert oder ausgeglichen werden muss, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen (vgl. ebd.: 22).

Eine Studie von Frick und Gossen (2022) untersucht, wie junge Menschen zwischen 14 und 22 Jahren die Klimakrise emotional erleben, welche psychischen Belastungen daraus entstehen und welche Bewältigungsstrategien sowie Unterstützungsangebote sie in diesem Zusammenhang nutzen. Sie betonen, *„dass Kinder und Jugendliche speziell in den Ländern des Globalen Nordens, [...], im Kontext der Klimakrise und anderer Umweltbelastungen nicht nur die Rolle der Betroffenen ein[nehmen], sondern (in begrenztem Umfang) auch die der Mit-Verursachenden“* (Frick/Gossen 2022: 24). Betroffene leiden unter den Folgen des Klimawandels und der damit einhergehenden Umweltzerstörung. Diese Auswirkungen beeinträchtigen nicht nur ihre künftigen Lebensumstände, sondern führen auch zu psychischen Belastungen (Clemens et al. 2020 zit. nach Frick/Glossen 2022: 24). Obwohl ihr Anteil an der Verursachung des Klimawandels begrenzt ist, tragen sie wie alle Bürger:innen eine Mitverantwortung für die Bewältigung der Klimakrise (vgl. Frick/Glossen 2022: 24). Aktive gesellschaftliche und politische Teilhabe stärkt nicht nur das persönliche Wohlbefinden, *„sondern auch [...] ihr eigenes Denken und Handeln in Bezug auf klimarelevante Fragen als zukünftige Führungskräfte, Bürgerinnen und Bürger sowie Verbraucherinnen und Verbraucher und damit für den Klimaschutz“* (Burke et al. 2018 zit. nach Frick/Glossen 2022: 24).

In einer Studie des SOS-Kinderdorfs (2021) wurden Kinder und Jugendliche in Österreich im Alter von elf bis 18 Jahren zu ihren Sorgen bezüglich des Klimawandels befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Mehrheit der Befragten positive Veränderungen in ihrem direkten Umfeld und mehr Unterstützung für ihr klimaengagiertes Handeln wünscht. Umgehend gehandelt werden sollte aus Sicht von 88 Prozent der Befragten, da sie befürchten, dass es sonst zu spät ist. Der Wunsch nach mehr Grün- und Freiflächen anstelle von Parkplätzen wird von 70 Prozent geäußert, während 71 Prozent den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs für notwendig halten. 74 Prozent empfinden die Zahl der Autos als zu hoch. Mit ihren Ängsten und Wünschen fühlen sich über 80 Prozent von Politik und Wirtschaft nicht ernst genommen und fordern mehr Engagement für Klima- und Umweltschutz. Zudem sind 62 Prozent der Meinung, dass Klima- und Umweltschutz im schulischen Kontext bislang zu wenig Beachtung finden, und 56 Prozent kritisieren, dass auch im familiären Umfeld zu wenig für den Klimaschutz getan wird (vgl. SOS-Kinderdorf 2021).

Vor dem Hintergrund globaler Emissionsverteilungen erscheint die Ernährungswende von Fleisch zu pflanzenbasierter Ernährung, sowie den Umstieg von Auto zu Rad für den durchschnittlichen Menschen in Europa wenig plausibel. Angesichts der Handlungsspielräume von Konzernen und der EU, wirkt der Appell an den individuellen Klimaschutz beinahe ironisch: Letztlich liegen die effektivsten Möglichkeiten zur Emissionsminderung weit stärker bei diesen Akteur:innen als bei dem Querschnitt an Europas Bürger:innen. Zeigen doch die Studien der Europäischen Kommission (2023), des SOS-Kinderdorfs (2021) und von Frick und Gossen

(2022), dass Klimaschutz als ein dringliches und wichtiges Anliegen wahrgenommen wird und demzufolge auch auf individueller Ebene aktiv Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden, um beispielsweise Verbesserungen in der öffentlichen Gesundheit zu erreichen, sowie die EU-Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Außerdem ist den Befragten sowohl die Handlungsmacht von Politik und Wirtschaft im Kontext des Klimaschutzes bewusst als auch die Dringlichkeit einer grünen Energiewende und Klimaneutralität. Gleichzeitig erkennen junge Bürger:innen des Globalen Nordens ihre eigene Verantwortung als Mitverursacher:innen der Klimakrise und wachsen zu einer neuen Generation von Konsument:innen und Verbraucher:innen heran. Dies unterstreicht, dass Nachhaltigkeit und ein bewusster Lebensstil zunehmend in der Gesellschaft verankert sind und sowohl dem Gemeinwohl als auch globalen Umweltzielen dienen, auf persönlicher Ebene ebenso wie auf der Ebene der Nationalstaaten und der Europäischen Union. Dieses individuelle Streben nach Nachhaltigkeit führt dazu, dass Akteur:innen diese Praktik als erstrebenswertes Allgemeinwohl darstellen und somit als Allgemeininteresse sichern wollen. Diese Praktik wird als Hegemonieprojekt definiert (vgl. Buckel et al. 2014: 50). Es stellt eine Antwort auf die Herausforderungen einer Gesellschaft dar, deren alltägliche Praxis es ist oder werden sollte, aktiv zum Klimaschutz beizutragen (vgl. Brand/Wissen 2011: 81) ohne an der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung zu rütteln (vgl. Adloss 2005: 42). Aufgrund dessen lässt sich argumentieren, dass Klimaschutz in der EU zu einem Hegemonieprojekt geworden ist: Durch die Übernahme individueller Verantwortung des sogenannten *do-it-yourself* Klimaschutzes wird zwar ein bedeutsamer Beitrag zum Umweltschutz geleistet, dennoch sichert jene Praxis politische Stabilität, ohne die *grüne* kapitalistische Weltwirtschaftsordnung zu hinterfragen. Vor allem durch die im Alltag verankerte Zustimmung zum individuellen Klimaschutz durch die Zivilgesellschaft, gelingt eine Stabilisierung ihrer hegemonialen Stellung sowie der asymmetrischen Machtverhältnisse. Dies erweckt den Eindruck, dass in der öffentlichen Diskussion schön formulierte Klimaziele völlig ausreichen und gesetzliche Maßnahmen, um sie zu erreichen, gar nicht notwendig sind.

5.6 Paradoxon des Reichtums

Nach Gudynas zeigen Untersuchungen und Erfahrungen, dass Reichtum an natürlichen Ressourcen paradoxerweise häufig mit Armut in vielen Ländern zusammenhängt (vgl. Acosta 2012: 83). Länder, deren Wirtschaft stark von der Extraktion und dem Export von Primärressourcen abhängt, sehen sich oft mit langsamer Entwicklung konfrontiert. Besonders problematisch ist diese Abhängigkeit für Länder, die sich auf wenige Primärprodukte stützen und deren Wirtschaft maßgeblich durch Einnahmen aus dem Rohstoffsektor finanziert wird.

Dieses Phänomen wird in der Fachliteratur als *Paradoxon des Reichtums* oder *Fluch der natürlichen Ressourcen* bezeichnet. In diesem Zusammenhang argumentieren einige

Stimmen, dass es sich hierbei um eine Art unvermeidliches Schicksal handelt (vgl. ebd.). So konstatiert die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID):

„Die ressourcenreicheren Länder und diejenigen, die dem Äquator am nächsten liegen, sind dazu verdammt, rückständiger und ärmer zu sein. [...] Es zeichnet sich ein tropischer Fatalismus ab, bei dem die äquatorialen Nationen zur Armut bestimmt erscheinen. [...] Nach Einschätzung der BID gilt: Je reicher ein Land an natürlichen Ressourcen ist, desto langsamer verläuft seine Entwicklung und desto größer sind seine internen Ungleichheiten“ (Gudynas 2009 zit. nach Acosta 2012: 84, übersetzt aus dem span.²⁸).

Für die durch den Extraktivismus bedingten Probleme, betrachtet die BID Marktmechanismen und eine Intensivierung neoliberaler Reformen als zentrale Lösungsansätze. Dabei ließen sich Konflikte in der Verwaltung natürlicher Ressourcen durch eine verbesserte Governance bewältigen. Dazu gehören wirtschaftspolitische Maßnahmen orthodoxer und konservativer Ideologien, eine stärkere zivilgesellschaftliche Überwachung extraktiver Projekte, erhöhte Sozialinvestitionen in betroffene Regionen zur Eindämmung von sozialen Protesten sowie eine Transparenz der Einnahmen von extraktiven Unternehmen und Regierungen auf differenten Ebenen. Dabei gilt Umweltzerstörung als unvermeidbarer Entwicklungspreis. Dennoch gilt zu kritisieren, dass diese Ansätze zu kurz greifen, da sie weder historische Ursachen berücksichtigen noch strukturelle Probleme adressieren (vgl. Acosta: 84f).

Lander (2012) sieht in der *lateinamerikanischen Paradoxie* die progressiven Regierungen in der Verantwortung. Lander beschreibt ihre Machterlangung durch soziale Mobilisierung als eine Politik, die gegen die Interessen ihrer Wähler:innen-Basis operiert, nämlich einer intensiven Inwertsetzung der Natur für den Weltmarkt (vgl. Lander 2012 zit. nach Brand/Dietz 2015: 78). Nach Dumont und Mottin (1982) führt der Extraktivismus zu einem *schlechten Entwicklungspfad*, welches Lateinamerika mit einem Paradoxon wie folgt zusammenfassen lässt: *„a subcontinent that demonstrated considerable growth in terms of productive forces and the wealth produced, important industry, gigantic cities, and with more contamination and gridlock than developed countries, in short, a misuse of natural resources and labor power“* (Dumont/Mottin 1982 nach Svampa 2015a: 71). Dies äußert sich in Ungleichheit, Verschwendung und Plünderung, ohne sich mit dem vermeintlichen Idealmodell des Globalen Nordens entgegenzustellen (vgl. Svampa 2015a: 71). Die Begrifflichkeit des schlechten Entwicklungspfad bezieht sich auf das System als Ganzes, welches eine Einschränkung von

²⁸ *„los países más ricos en recursos naturales y más cercanos al Ecuador [...] están condenados a ser más atrasados y pobres. (...) Asoma un fatalismo tropical, donde las naciones ecuatoriales parecen destinadas a la pobreza. (...) A juicio del BID, cuanto más rico sea un país en recursos naturales, más lento será su desarrollo y mayores sus desigualdades internas.“*

Bedürfnissen und Chancen der Menschen abbildet und zudem ein Konzept darstellt (vgl. Unceta Satrústegui 2009: 14 zit. nach Svampa 2015a: 71), welches empirisch beobachtbar ist, aber dennoch auch eine kritische Leseart impliziert.

„In the context of asymmetrical globalization, where the dynamic of dispossession is central, the concept of bad development becomes relevant again to illuminate both the failure of development programs (as an ideal, a promise), that is, their unsustainable character, and the different dimensions of “bad living” (Tortosa 2011: 41), which can be observed in Latin American societies as resulting from the advancing frontiers of extractivism” (Svampa 2015a: 71f).

Der dreiteilige Tweet des ehemaligen argentinischen Präsidenten Alberto Fernández aus dem Sommer 2023 verdeutlicht den Spagat zwischen dem Anspruch auf eine faire Neupositionierung des Mercosur im Welthandel durch ein Handelsabkommen mit der EU und dem Festhalten an einem ressourcenextraktivistischen Wirtschaftsmodell, das die bestehende *Business as usual* Logik fortschreibt und somit auch Abhängigkeiten (→ 2.2; 3.1).

„Wir wollen das beste Abkommen zwischen dem @mercosur und der Europäischen Union, das gerecht und zum gegenseitigen Nutzen ist. Deshalb legen wir der #EU unsere Forderungen vor, um ein Abkommen zu konkretisieren, das die Asymmetrien zwischen beiden Volkswirtschaften beendet und unsere Entwicklung bewahrt. [1/3]

Europa ist ein außergewöhnlicher Partner und der größte ausländische Investor im Land. In diesem Sinne unterzeichnen wir heute ein Memorandum of Understanding für eine strategische Partnerschaft über nachhaltige Wertschöpfungsketten bei Rohstoffen: Es kommt der Industrie und der argentinischen Arbeitswelt zugute. [2/3]

Wir diskutieren auch die Möglichkeit, dass Europa den Wert der Lithiumproduktion, der Kupfergewinnung und der grünen Wasserstoffproduktion sowie der Implementierung von Gasverflüssigungsanlagen steigert, Energiefragen, die Argentinien und der @mercosur liefern können“ [3/3] ([Tweet] @alferdez 13.06.2023, übers. aus dem span.²⁹).

²⁹ „Queremos leerar al mejor acuerdo entre el @mercosur y la Unión Europea, que sea justo y en beneficio mutuo. Por eso, presentamos a la #UE nuestros requerimientos para concreter un acuerdo que termine con las aasimetrías entre ambas economías y preserve nuestro desarrollo. [1/3] Europa es un extraordinario socio, el mayor inversor extranjero en el país. En este sentido, hoy firmamos un Memorándum de Entendimiento de Asociación Estratégica

Fazit: Wohlstand für alle!?

Im Rahmen der Verhandlungen zum EU-Mercosur-Abkommen wird oft über Wohlstand und Verbesserungen von Lebensweisen gesprochen. Doch der erstrebte Wohlstand für alle beruht auf völlig anderen Auffassungen von Lebensweisen. Für die EU wird der bereits erlangte Wohlstand durch Investitionen in den Mercosur und mit dem Zugriff auf Ressourcen und Arbeit andernorts fortgeschrieben (vgl. FDCL & RLS 2012: 7; vgl. Costilla/Pimmer 2015: 47; Brand/Wissen 2017: 43), hingegen der Mercosur ein solchen Zugriff auf wenige Primärprodukte erlaubt, um von den Rohstoffeinnahmen die Wirtschaft zu finanzieren und weiterhin bessere Lebensbedingungen schaffen zu können (vgl. Matthes 2012: 4). Dabei scheint der Mercosur verdammt zu sein, dass sein Reichtum an natürlichen Ressourcen mit Armut zusammenhängt und mit einer langsamen Entwicklung einhergeht (vgl. Acosta 2012: 83). Ebenso scheint paradox, dass diese Ausbeutung von Rohstoffen *„für die industrielle Entwicklung und den Wohlstand des globalen Nordens unverzichtbar sind“* (ebd.: 86). Gleichwohl implizieren die angestrebte Ausweitung von Im- und Exporten sowie die damit verbundenen Transport-, Abbau- und Anbauprozesse eine Intensivierung ökologischer Belastungen. Insbesondere im Kontext einer möglichen Ratifizierung und des verstärkten Handels mit Agrarerzeugnissen birgt dies das Potenzial, die Klimakrise weiter zu verschärfen (vgl. Ghiotto/Echaide 2019: 6; vgl. Follador et al. 2019: 4).

„Der ‚Wohlstand für alle‘ ist die Parole einer Wirtschaftspolitik, die die Vermögensverteilung immer ungleicher werden lässt; [...] die Pflege karitativer Motive gegenüber den Ländern der Dritten Welt [sic!] liefert den Legitimationshintergrund für die weitsichtige Erschließung von Kapital- und Absatzmärkten [...]“ (Offe 1972: 96f).

Wie das Kapitel zeigt, verschärft das Abkommen bestehende Klimaungerechtigkeiten, da jene Bevölkerungsgruppen am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, die am wenigsten dazu beigetragen haben, sowohl zwischen als auch innerhalb von Ländern (vgl. Schöngart et al. 2025: 627). Die Auswirkungen des Klimawandels sind dabei nicht nur zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden asymmetrisch verteilt, sondern treffen auch innerhalb der Gesellschaften, die zu den weltweit ungleichsten zählen, unterschiedliche sozioökonomische Schichten in sehr unterschiedlichem Ausmaß (vgl. Rasmussen/Pinho 2016: 10). Auch kann schlussgefolgert werden, dass individuelle Verhaltensänderungen den Planeten nicht retten können. *„Die Nachhaltigkeitsdebatte,*

sobre Cadenas de Valor Sostenibles en Materias Primas: beneficia a la industria y al empleo argentino. [2/3] También tratamos la posibilidad de que Europa agregue valor a la producción de litio, la explotación de cobre e hidrógeno verde y la implementación de plantas de licuefacción de gas, cuestiones energéticas que Argentina y el @mercosur pueden proveer.” [3/3]

inklusive der Metapher des ökologischen Fußabdrucks, [...] ist eine Falle“ (Brand zit. nach Vetter 2025). Doch die Delegation der Verantwortung an zivilgesellschaftliche Akteur:innen sowie Konsument:innen erscheint angesichts der Hauptverursacher:innen wie fossile Unternehmen in staatlicher sowie privater Hand und der reichsten Bevölkerungsschicht paradox. Dennoch entlastet eine solche politische Erzählung die politische Ebene weitgehend (vgl. Brand/Wissen 2011: 81; vgl. Adloss 2005: 42; vgl. Buckel et al. 2014: 46) und die Grenzen von *being a part of it* und *taking part in it*, verschwimmen drastisch.

Ganz im Sinne der imperialen Lebensweise nach Brand und Wissen (2017) wird deutlich, dass alltägliche Praktiken von Konsum und Arbeit nicht losgelöst von globalen kapitalistischen (Re-)Produktionssystemen betrachtet werden können, die auf Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen basieren. Strukturelle Zwänge und ideologische Zustimmung stabilisieren die bestehende Ordnung, während neue Formen des Extraktivismus sowie Problemexternalisierung fortbestehen (vgl. Noever 2019: 142). Gramscis Hegemonietheorie verdeutlicht dabei, wie Herrschaft auf dem Wechselspiel von Zwang und Konsens gesellschaftlicher Gruppen beruht (vgl. Scherrer 2007: 42; vgl. Becker 2008: 10), indem die Verallgemeinerung partikularer Interessen als Gemeinwohl organisiert wird (vgl. Jessop 1990: 198f). Legitimiert wird dies durch kulturelle Praktiken, welche die bestehende Ordnung als vernünftig und alternativlos erscheinen lassen (vgl. Scherrer 2007: 78). Obwohl Investitionen in erneuerbare Energien 2019 um 55 Prozent gestiegen sind (vgl. IEA 2019 zit. nach Hirschel 2024: 43), hält der grüne Kapitalismus weiterhin am Ressourcenverbrauch fest und bleibt von fossilen Produktionsmustern abhängig (vgl. Hirschel 2024: 44).

„Hierzu ein Beispiel aus der Automobilindustrie: Die Autobauer senkten durch die Entwicklung effizienter Verbrennungsmotoren den Spritverbrauch. Mit mehr sparsameren Autos wurden aber anschließend mehr Kilometer zurückgelegt. Die Fahrzeugausstattung pro Haushalt stieg. Zudem wurden die Autos immer größer und schwerer – und zusätzlich packten die Hersteller immer mehr PS unter die Haube, was den Benzinverbrauch wieder erhöhte“ (ebd.: 43).

Dies stellt in gewisser Weise einen Rebound-Effekt dar. Dennoch macht er ersichtlich, dass politische Eingriffe nötig sind, um strukturelle Veränderungen zu bewirken. Zudem hat sich der Kapitalismus zwar dem grünen Kapitalismus hingewandt, sich jedoch noch immer nicht von fossilen Produktionsmustern getrennt, während fossile Unternehmen weiterhin an ihren fossilen Energieträgern festhalten (vgl. ebd.: 44). *„Nur wenn der Klimawandel mehr kostet als der Klimaschutz, rechnet es sich für die Unternehmen Umwelt und Klima zu schützen“* (ebd.: 43).

KAPITEL 6: DAS EU-MERCOSUR-ABKOMMEN – QUADRATUR EINES KREISES

Seit mehr als zwei Jahrzehnten verhandeln die EU und der Mercosur über ein Assoziierungsabkommen. Im Juni 2019 erzielten beide Seiten eine Einigung über den Entwurf des Handelsteils, welcher über 700 Millionen Menschen verbindet. Ob und wann das Abkommen in Kraft tritt, bleibt jedoch ungewiss, da es nach Veröffentlichung des Entwurfs erheblichen Widerstand gab. Die Verhandlungsparteien bestehen aus der EU-Kommission, welche 27 EU-Mitgliedstaaten³⁰ vertritt, sowie den vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay (vgl. Sangmeister 2020: 3). *„Verhandlungsstrategisch bedeutete dies eine multilaterale ‘1+4-Konstellation’, mit fünf Akteuren, die in dem Rahmenabkommen von 1999 nur vage Verpflichtungen für das angestrebte Assoziierungsabkommen eingegangen waren“* (ebd.). Diese Konstellation führte durch die politische sowie ökonomische Verhandlungsmacht zwischen der EU und dem Mercosur, sowie innerhalb des Mercosurs zu einer asymmetrischen Verhandlungsstruktur (vgl. ebd.).

„Aus der Verhandlungstheorie ist bekannt, dass es der Quadratur des Kreises gleicht, zwischen Partnern asymmetrischer bargaining power einen für alle Beteiligten zufriedenstellenden Interessenausgleich zu erzielen (Baron/Ferejohn 1989). Bei dieser Verhandlungskonstellation von EU und Mercosur musste a priori von der Möglichkeit des Scheiterns ausgegangen werden, oder zumindest von einem offenen Verhandlungsergebnis. Denn je länger sich die Verhandlungen hinziehen, und je öfter sie für ausgedehnte Zeiträume unterbrochen werden, umso schwieriger wird es, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen“ (ebd.: 3f).

Die Verhandlungen waren von Unterbrechungen und mehrfach drohendem Scheitern geprägt. Ein zentraler Faktor war die politische Instabilität innerhalb des Mercosur, insbesondere in den beiden größten Mercosur-Staaten Argentinien und Brasilien, wo häufige Regierungswechsel mit divergierenden politischen Positionen und Prioritäten eine Einigung erschwerten. Allein Argentinien hatte während des Verhandlungszeitraums acht verschiedene Präsident:innen mit konträren Positionen. Während Paraguay und Uruguay konstant für einen Vertragsabschluss eintraten, zeigten sich Brasilien und Argentinien erst ab 2015/16 verhandlungsbereiter, eine Entwicklung, die mit der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage und veränderten globalen Rahmenbedingungen zusammenhing. Die politische Instabilität gilt als

³⁰ Geordnet nach Beitrittsdatum: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland, Griechenland, Spanien, Portugal, Österreich, Finnland, Schweden, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Zypern, Bulgarien, Rumänien und Kroatien. Am 1. Februar 2020 ist das Vereinigte Königreich aus der EU-28 ausgetreten (vgl. European Union 2025).

Herausforderung für den Ratifizierungsprozess und wirft Fragen nach einer langfristigen Umsetzung des Abkommens auf (vgl. ebd.: 4).

Die Verhandlungen wurden zusätzlich durch die differenten institutionellen Kompetenzzuteilungen zwischen der EU und dem Mercosur erschwert. In der EU haben die Mitgliedstaaten im Rahmen des Gemeinsamen Marktes Teile ihrer außenwirtschaftlichen Kompetenzen an die EU-Kommission übertragen, die somit das Mandat für Assoziierungsabkommen und Handelsverträge erhält. Eine vergleichbare supranationale Verhandlungsvollmacht fehlt dem Mercosur, deshalb vertraten die vier Mercosur-Staaten in den Verhandlungen weitgehend ihre nationalen Interessen, insbesondere im Kontext ihrer protektionistischen Wirtschaftspolitik (vgl. ebd.: 4f).

6.1 Freihandels- oder Präferenzhandelsbekommen

Ricardo begründete 1817 die theoretischen Vorteile des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung damit, dass Länder sich auf die Produktion jener Güter spezialisieren sollten, bei denen sie die geringsten relativen Arbeitskosten haben. Selbst Staaten ohne absolute Kostenvorteile profitieren vom Handel, wenn sie komparative Vorteile aufweisen. Dieses Konzept bildet die Grundlage der anhaltenden Debatte zwischen Freihandel und Protektionismus (vgl. Sangmeister/Schönstedt 2009: 26). Doch Befürworter:innen als auch Kritiker:innen bewerten das EU-Mercosur-Abkommen eindeutig, entweder als bedeutenden Schritt hin zum Freihandel oder als problematische Marktöffnung. Dennoch sieht der Handelsteil des EU-Mercosur-Abkommens keinen vollständigen Freihandel vor, sondern etabliert eine Präferenzhandelszone mit schrittweisem Zollabbau. Demnach wird es keinen völlig freien Außenhandel geben (vgl. Sangmeister 2020: 10f): *„[...] those who are used to sound bites and cannot think of more than two words at the same time will read free trade area as free trade. [...] FTAs are two faced: they free trade and they retreat into protection[...] eeconomists [should] call FTAs by the phrase PTAs [...]“* (Bhagwati 2002: 107).

Aus der Perspektive der (neo-)klassischen Außenhandelstheorie wird das Abkommen *„allenfalls als zweitbeste Lösung [betrachtet], da sie Drittländer diskriminieren und zu einer Umlenkung von internationalen Handelsströmen führen könne“* (Sangmeister 2019: 207). Das EU-Mercosur-Abkommen definiert sich nicht als Freihandelsabkommen (FTA) per se, sondern als ein Präferenzhandelsabkommen (PTA). Dies bedeutet, dass es keinen vollständigen Abbau von Handelshemmnissen vorsieht, sondern einen selektiven Zollabbau mit branchenspezifischen Ausnahmen und Übergangsfristen. Diese Regelungen sollen eine schrittweise Anpassung an die Marktöffnung ermöglichen. Ein vollständiger Freihandel wurde zwischen der EU und dem Mercosur nicht vereinbart, jedoch sind die geplanten Handelserleichterungen signifikant (Tabelle 1). Rund 91 Prozent der EU-Exporte in den Mercosur sollen langfristig von Zöllen befreit werden, welche mit hohen Abgaben belegt sind,

teils mit Übergangsfristen von bis zu 15 Jahren (vgl. ebd.: 11f; vgl. Europäische Kommission 2024). Ein wesentlicher Erfolg der EU-Kommission (Fritz 2023: 23), denn durch die geplanten Zollsenkungen können europäische Unternehmen jährlich Ersparnisse im Wert von etwa vier Milliarden Euro erzielen (vgl. WKO 2024). Im Gegenzug liberalisiert die EU 92 Prozent ihrer Importe aus dem Mercosur (vgl. Sangmeister 2020: 12), wobei sensible Agrarprodukte³¹ durch Quoten und Schutzklauseln reguliert bleiben, „*in case increased imports from Mercosur cause – or even only threaten to cause – serious injury to the relevant EU sectors*“ (European Union 2024a). Neben den Niederlassungen transnationaler Konzerne gibt es in Argentinien und Brasilien auch zahlreiche lokale Industriebetriebe, die durch das EU-Mercosur-Abkommen einem erhöhten Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Sie müssen mit preisgünstigeren Importen aus der EU konkurrieren. Laut einer offiziellen Folgenabschätzung des Abkommens, die von LSE Consulting im Auftrag der Europäischen Kommission publiziert wurde, profitieren die EU-Industrien im liberalisierten Handel deutlich mehr als die Industrien der Mercosur-Staaten. Für den Mercosur drohen infolgedessen Arbeitsplatzverluste und eine Schrumpfung der verarbeitenden Industrie (vgl. Fritz 2023: 25).

Neben der Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs legte die EU großen Wert darauf, dass Unternehmen beider Regionen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen erhalten (Government Procurement) (vgl. Sangmeister 2020: 12). Doch trotz bestehender Barrieren war die EU im Jahr 2021 der größte ausländische Handels- und Investitionspartner des Mercosur mit einem Investitionsbestand von 340 Milliarden Euro. Im Jahr 2023 exportierte die EU Waren im Wert von 56 Milliarden Euro, während 2022 Dienstleistungen im Umfang von 28 Milliarden Euro ausgeführt wurden. Sowohl Exporteur:innen als auch potenzielle Investor:innen sehen sich in den Mercosur-Märkten mit Handelsbarrieren konfrontiert, deren Abbau im Zentrum des Abkommens steht (vgl. European Commission 2024g).

Vereinbarer Zollsatz Null für Mercosur-Importe aus der EU	Vereinbarte Mengenkontingente für EU-Importe aus dem Mercosur
Autos – derzeitiger Zoll 35%	Rindfleisch: Pro Jahr 99.000 Tonnen (55 % „ <i>frisches</i> “ hochwertiges und 45% „ <i>gefrorenes</i> “) mit einem Zollsatz von 7,5% (1,2% des gesamten jährlichen Rindfleischverbrauchs in der EU).
Autoteile – derzeitiger Zoll 14% bis 18%	
Maschinen – derzeitiger Zoll 14% bis 20%	

³¹ „The EU will grant very limited access to its market to imports of agri-food products. For sensitive products like beef, [ethanol, honey,] poultry or sugar, in particular, access to the EU market will be permanently limited through gradually implemented quotas“ (European Union 2024a; European Commission 2024h).

Chemikalien – derzeitiger Zoll bis zu 18%	Geflügel: zollfreie Einfuhren für ein Kontingent von jährlich 180.000 Tonnen (1,2% des aktuellen jährlichen EU-Konsums).
Kleidung – derzeitiger Zoll bis zu 35%	
Pharmazeutika – derzeitiger Zoll bis zu 14%	Schweinefleisch: 25.000 Tonnen pro Jahr mit einem Zollsatz von 83 Euro je Tonne.
Lederschuhe – derzeitiger Zoll bis zu 35%	
Textilien – derzeitiger Zoll 35%	Ethanol: Ein zollfreies Kontingent von jährlich 450.000 Tonnen ist für die Verwendung in der chemischen Industrie vereinbart. Ein weiteres Kontingent in Höhe von 200.000 Tonnen pro Jahr mit einem Kontingentzollsatz von einem Drittel des derzeitigen Satzes ist für alle anderen Verwendungsmöglichkeiten (u.a. zur Beimischung in Biodiesel) vorgesehen.
Wein – derzeitiger Zoll 27%	
Schokolade – derzeitiger Zoll 20%	
Whiskey und andere Spirituosen – derzeitiger Zoll 20 bis 35%	
Kekse – derzeitiger Zoll 16% bis 18%	Zucker: Brasilien kann bereits jetzt jährlich 180.000 Tonnen Zucker zollfrei in die EU exportieren. Ein neues Kontingent ist für Brasilien nicht vorgesehen. Ein neues zollfreies Kontingent von 10.000 Tonnen pro Jahr wurde nur für Paraguay vereinbart. Die vereinbarten Kontingente belaufen sich auf 1% des jährlichen Zuckerverbrauchs in der EU.
Pfirsiche in Dosen – derzeitiger Zoll 55%	
Softdrinks – derzeitiger Zoll 20% bis 35%	
Milcherzeugnisse – derzeitiger Zoll 28%	
Quelle: Europäische Kommission 2019a	Quelle: Sangmeister 2020: 11; Europäische Kommission 2019a

Tabelle 2: Beispiele für vereinbarte Zollsenkungen und Mengenkontingente

6.2 Ein großer (Miss-) Erfolg

Nach der überraschenden Einigung im Juni 2019 waren die Verlautbarungen auf allen Seiten euphorisch. Allerdings blieb in jenen öffentlichen Verlautbarungen unerwähnt, dass nur eine Einigung über den Entwurf des Handelsteils zum Abkommen *agreement in principle* erreicht worden war. Dieser Entwurf enthielt nicht nur Regelungen für den Handel mit Waren und Dienstleistungen, sondern auch „*Vereinbarungen zum Schutz geistigen Eigentums sowie zur Berücksichtigung von Arbeits- und Umweltstandards nachhaltiger Entwicklung in den Handels- und Investitionsbeziehungen*“ (Sangmeister 2020: 9). Eine finale Fassung des Abkommens kann erst nach Abschluss der technischen Detailregelungen und des *legal scrubbing*s, der juristischen Überarbeitung des über 1.500 Seiten langen Entwurfs vorliegen. Nach der Übersetzung in alle EU-Amtssprachen muss der Text von den EU-Mitgliedstaaten und dem

Europäischen Parlament genehmigt sowie von den nationalen Regierungen und Parlamenten der EU-Staaten ratifiziert werden. Auch in den Mercosur-Staaten ist eine Ratifizierung erforderlich. Dieser Prozess kann mehrere Jahre dauern, und der Zeitpunkt des Inkrafttretens bleibt ungewiss (vgl. ebd.).

Widerstand mobilisierte sich auf beiden Seiten des Atlantiks. Beispielsweise sehen sich die Vertragspartner aus dem Mercosur durch das Abkommen benachteiligt und als dauerhafte Verlierer „*los perdedores de siempre*“ (Frenkel/Ghiotto 2019 zit. nach Sangmeister 2020: 19). Bedenken beziehen sich auch auf die Umweltauswirkungen, die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Industrie und die Möglichkeit einer Deindustrialisierung, insbesondere in Argentinien (vgl. Sangmeister 2020: 20). Mit dem argentinischen Präsidenten Fernández erwies sich eine Ratifizierung als unwahrscheinlich – da er sich für eine strikte Abschottungspolitik aussprach. Auch für Brasiliens damaligen Präsidenten Bolsonaro stand das favorisierte Freihandelsabkommen mit den USA vorrangig gegenüber dem Mercosur-Abkommen mit der EU. Vor dem Hintergrund der starken Waldbrände in Brasilien 2019, sprach sich Bolsonaro entschieden gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Brasiliens aus und betonte die Notwendigkeit, die nationale Souveränität sowie den Schutz der eigenen natürlichen Ressourcen zu gewährleisten (vgl. dpa 2019). Diese Positionierung entfaltet ihre Wirkung insbesondere auf der diskursiven Ebene der internationalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Dabei macht Bolsonaro im untenstehenden Tweet asymmetrische Machtverhältnisse sichtbar, indem er zugleich ein eurozentristisches, kolonial und hegemonial geprägtes Bild aufgreift und reproduziert (→ 6.4):

„– Wir können nicht akzeptieren, dass ein Präsident wie Macron unbegründete und ungerechtfertigte Angriffe auf den Amazonas startet und seine Absichten hinter der Idee einer „Allianz“ der G-7-Länder zum „Retten“ des Amazonas versteckt, als wären wir eine Kolonie oder ein Niemandsland [2/3]“ ([Tweet] @jairbolsonaro 26.08.2019, übers. aus dem portug.³²).

„Während einige kritisieren, arbeiten andere! Auf Anordnung des Präsidenten @jairbolsonaro, die Sicherheitskräfte unter dem Kommando des @DefesaGovBr bekämpfen die Brände im #Amazonas [...]“ ([Tweet] @casacivilbr 26.08.2019, übers. aus dem portug.³³).

³² „– Não podemos aceitar que um presidente, Macron, dispare ataques descabidos e gratuitos à Amazônia, nem que disfarce suas intenções atrás da ideia de uma "aliança" dos países do G-7 para "salvar" a Amazônia, como se fôssemos uma colônia ou uma terra de ninguém.“

³³ „Enquanto alguns criticam, outros trabalham! Por determinação do president @jairbolsonaro, as forças de segurança, sob o commando da @DefesaGovBr, atuam no combate a incêndios na #Amazônia [...]“

Die damit verbundene Konfliktlinie beschränkt sich jedoch nicht nur auf Gesprochenes oder Geschriebenes, sondern setzt sich auch innerhalb der EU in institutionellen und politischen Auseinandersetzungen um das Abkommen fort. Im European Report aus den Jahren 1998/99 hegt man Zweifel an den Auswirkungen des Handelsabkommen seitens der Europäischen Kommission, welche glaubt, dass „*cheap agricultural imports could flood EU markets*“ (Agra Europe Ltd. 1998: 1). Zudem argumentierte der damalige EU-Kommissar für Landwirtschaft, Franz Fischler gegen das Abkommen, denn es würde ganze Teile der europäischen Landwirtschaft gefährden (vgl. ebd.). Auch zwanzig Jahre später formierte sich Widerstand innerhalb der EU gegen das Abkommen, insbesondere von den Regierungen Frankreichs, Irlands und Luxemburgs sowie dem österreichischen Parlament, die aufgrund der Brände im Amazonasgebiet und der Politik Bolsonaros eine Ratifizierung infrage stellten. Das Europäische Parlament äußerte sich entschieden gegen die Markttöffnung für Agrarprodukte aus dem Mercosur (vgl. Sangmeister 2020: 10). Besonders für Frankreich, Irland und Spanien war dies besonders wichtig, da neben Deutschland und Italien insbesondere diese zu den *Big Player* der EU zählen und gemeinsam mehr als die Hälfte des geschätzten Gesamtproduktionswerts der europäischen Agrarindustrie erwirtschaften (vgl. Eurostat 2025).

Auch die österreichischen und deutschen Bauernverbände lehnten das Abkommen ab, aus Angst von einer Billigflut von Produkten (vgl. OÖ Bauernbund 2023; vgl. Deutscher Bauernverband 2019). In Belgien, Deutschland und Frankreich führte der Protest von Landwirt:innen zu Straßenblockaden und erheblichen Verkehrsbehinderungen (vgl. Zeit Online 2019; vgl. Marques da Silva 2019). Forster (2024) ordnet die europaweiten Bauernproteste in einen globalen Zusammenhang ein, der stark von handelspolitischen Entscheidungen geprägt ist. Insbesondere weist Forster darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Weltbevölkerung kleinbäuerlich lebt und wirtschaftet, vor allem außerhalb Europas. Wenn diese Menschen durch agrarindustrielle Modelle strukturell überflüssig gemacht werden, stellt sich die Frage, was mit ihnen geschieht. Diese grundlegenden sozialen Fragen, etwa nach Perspektiven, Migrationsbewegungen oder menschenwürdigen Lebensverhältnissen, bleiben in der aktuellen Handelspolitik unbeantwortet. Forster warnt, dass die Missachtung der Rechte und Bedürfnisse kleinbäuerlicher Gemeinschaften nicht nur soziale Spannungen verschärft, sondern sich auch geopolitisch auswirken kann. Menschen werden sich organisieren, um für ihre Existenzgrundlagen zu kämpfen, Widerstand sei daher nicht nur wahrscheinlich, sondern bereits Realität (vgl. Forster 2024: Z. 267-289).

6.3 Der (Auf-)Schrei nach Klimaschutz: Nachhaltigkeitskapitel & Zusatzprotokoll als Legitimationsstrategie

Unter den 17 Kapiteln des EU-Mercosur-Abkommens befindet sich das *Trade and Sustainable Development Chapter (TSD)* (vgl. Monteiro et al. 2021: 1; vgl. European Commission 2024i),

zu Deutsch das *Nachhaltigkeitskapitel*. Jenes verweist auf die Verpflichtung zur „*effektiven Umsetzung*“ (European Union 2024b) internationaler Umweltabkommen wie der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), des Pariser Klimaabkommens (vgl. European Commission 2022: 5, Art. 6.2(a)) und der Biodiversitätskonvention (vgl. Fritz 2020: 13).

„Pursuant to paragraph 1, each Party shall: 2 (a) effectively implement the UNFCCC and the Paris Agreement established thereunder [...]” (European Commission 2022: 5, Art. 6.2(a), Trade and Climate Change).

Allerdings bleibt dessen umweltpolitischer Gehalt weitgehend symbolisch (vgl. Fritz 2020: 13), da das Nachhaltigkeitskapitel nicht in den Streitschlichtungsmechanismus des Handelsabkommens integriert ist:

„No Party shall have recourse to dispute settlement under Title VIII (Dispute Settlement) for any matter arising under this Chapter” (ebd.: 12, Art. 15.5, Dispute Resolution).

Somit verpflichtet das Nachhaltigkeitskapitel die Mercosur-Staaten nicht über die Vorgaben hinaus, die ohnehin schon durch das internationale Umweltrecht festgelegt sind (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 405). Der Artikel 14. im Nachhaltigkeitskapitel legt hingegen fest:

„The functions of the TSD Sub-Committee are to: (a) facilitate and monitor the effective implementation of this Chapter, including cooperation activities undertaken under this Chapter [...]” (European Commission 2022: 11, Art.14.3(a), Sub-Committee on Trade and Sustainable Development and Contact Points).

Die *effektive* Umsetzung des Nachhaltigkeitskapitels wird durch einen Unterausschuss begleitet und überwacht, der jedoch keine rechtlich verbindliche Streitbeilegung mit Sanktionsmechanismen vorsieht, sondern auf einen politischen beziehungsweise technischen Dialog zwischen den Vertragspartner:innen setzt. Diese strukturelle Schwäche führt dazu, dass umwelt- und klimapolitische Bestimmungen de facto nicht durchsetzbar und politisch unverbindlich sind (vgl. Fritz 2020: 13). Obwohl es wissenschaftlich als unabdingbar gilt, dass der großflächige Sojaanbau im Mercosur sowie dessen Importe durch die EU signifikant die Artenvielfalt, sowie das Klima gefährden, fehlen im Vertrag handelsbeschränkende Maßnahmen, sowie rechtliche Instrumente zur Sanktionierung entsprechender Verstöße. Zudem fehlt dem Abkommen in seiner derzeitigen Fassung ein verbindlicher Rahmen, der den schrittweisen Ausstieg aus umweltschädlichen Handelspraktiken und -beziehungen ermöglicht (vgl. Fritz 2020: 13; vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 404ff).

„Ein modernes Handelsabkommen dagegen müsste einen klar definierten Beitrag zur notwendigen Dekarbonisierung der Wirtschaft leisten. Dazu könnte es beispielsweise verbindliche Zeitpläne enthalten, die eine progressive Ökologisierung des Anbaus von Soja und anderen Kulturen oder eine Reduktion des Handels mit diesen Gütern vorsehen. Doch nichts dergleichen findet sich in den bisher vorliegenden Vertragstexten. Ganz im Gegenteil enthalten sie Klauseln, die den Sojaabsatz in der EU noch stimulieren“ (Fritz 2020: 13f).

Die handelspolitischen Texte des EU-Mercosur-Abkommens nach der politischen Einigung vom 28. Juni 2019 sind bis dato (Ende 2024) nicht rechtsverbindlich und können bis zur Unterzeichnung weitgehend überarbeitet werden (vgl. European Commission 2022: 1), wie etwa im Zuge der im Dezember 2024 angekündigten neuen Vereinbarungen und der rechtlichen Finalisierung. Verbindlich werden die Texte erst mit ihrer offiziellen Unterzeichnung (vgl. European Commission 2024f: 1). Doch wie eingangs skizziert, lösten die großflächigen Brände im Amazonasgebiet im Sommer 2019 erhebliche öffentliche und politische Kritik am Abkommen aus, nicht zuletzt aufgrund seiner potenziell klimaschädlichen Auswirkungen. Viele europäische Staaten halten die vorgesehenen Durchsetzungsmechanismen für ineffektiv und zweifeln an der Bereitschaft des Mercosur, Umwelt- und Klimaschutzstandards einzuhalten. Die Ablehnung von EU-Umwelt- und Lebensmittelstandards durch Brasilien verstärkt dieses Bedenken (vgl. Sangmeister 2020: 17f). Hinzu kommt die Kritik, dass das Nachhaltigkeitskapitel keine rechtlich bindende Streitbeilegung mit sanktionsbewehrter Durchsetzung vorsieht, sondern lediglich auf einen politischen Dialog setzt und so keine verbindlichen Nachhaltigkeitsverpflichtungen sicherstellt. Seither formiert sich breiter Widerstand seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen, Wissenschaft, Landwirtschaft und einzelner Regierungen, der bis heute anhält (vgl. PowerShift e.V. 2025; vgl. Attac 2025). Bereits 2019 wurde ein offener Brief formuliert, in dem hunderte Wissenschaftler:innen aus EU-Staaten sowie Vertreter:innen zweier Dachorganisationen brasilianischer Ureinwohner:innen, die rund 300 indigene Völker repräsentieren, ihre zentralen Forderungen gegenüber dem EU-Mercosur-Abkommen formulierten:

„Brazil's forests, wetlands, and savannas are crucial to a great diversity of Indigenous peoples, the stability of our global climate, and biodiversity conservation. [...] The EU thus urgently needs to strengthen efforts on sustainable trade and uphold its commitments on human rights, environmental protection, and climate change mitigation“ (Kehoe et al. 2019: 341).

Daran anknüpfend haben sich zahlreiche NGOs weltweit zusammengeschlossen und in einem offenen Brief an das Europäische Parlament sowie den Europäischen Rat konkrete Forderungen erhoben:

„We, the undersigned organisations, are deeply concerned about the prospect of the EU Regulation on deforestation-free products (EUDR) being used as an excuse to ratify the Association Agreement between the European Union (EU) and Mercosur (Brazil, Paraguay, Argentina and Uruguay)” (Alianza Cero Deforestación 2023: 1).

So können das Nachhaltigkeitskapitel und dessen Überarbeitungen von der EU vor dem Hintergrund der öffentlichen Kritik als Reaktion auf die entflammte Debatte um die ökologischen Auswirkungen des Abkommens sowie als Versuch der politischen Legitimierung verstanden werden. Forster betont im Interview, dass die EU durchaus Interesse daran habe, das Abkommen über Nachhaltigkeitsregelungen glaubwürdiger zu machen. Das sei zugleich Teil einer strategischen Einbindung bestehender Regulierungen wie des EU-Lieferkettengesetzes und der EU-Entwaldungsverordnung (vgl. Forster 2024: Z. 200-205). Dies wirft Fragen nach den politischen und wirtschaftlichen Motiven hinter dem Nachhaltigkeitskapitel auf und beleuchtet die Spannungen zwischen Umweltschutzzielen und Handelsinteressen.

„Of course, the agreement is also a landmark in the context of our shared climate and sustainability ambitions. All signatories have signed up to the Paris climate targets. Our citizens expect us to follow through on these commitments. [...] In short: the economic and sustainability parts of this agreement cannot be viewed in isolation. They are two sides of the same coin.” Vladis Dombrovskis, ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission, Rede beim BusinessEurope Arbeitstreff in o. O. am 30.04.2021 (Dombrovskis zit. nach Europäische Kommission 2021a).

„Wir werden die Bedingungen des EU-Mercosur-Abkommens verbessern. Wir wollen keine lateinamerikanische Region, die sich ausschließlich auf Agrarwirtschaft und Bergbau konzentriert. [...] Unsere Nahrungsmittelproduktion muss nicht die Amazonas-Region abholzen, um Soja zu exportieren oder Vieh zu züchten. Die kriminellen Aktivitäten derjenigen, die die Umwelt zerstören, müssen bestraft werden und dürfen nicht die gesamte brasilianische Wirtschaft schädigen. [...] Das brasilianische Volk will, dass diese Zerstörung [Abholzung, Brandrodung, Bergbau] aufhört. Die Brasilianer wollen, dass der Amazonas lebendig und intakt bleibt.“ Luiz Inácio Lula da Silva, Präsident Brasiliens, Rede „Gemeinsam in der

Krise für eine neue fortschrittliche Agenda“ im Europäischen Parlament in Brüssel am 15.11.2021 (Lula zit. nach LULA 2021, übers. aus dem span.³⁴).

„Wie Sie [Präsident Fernández, Anwesende] vielleicht wissen, hat es sich Europa zum Ziel gesetzt, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Aber um auf diesem Weg erfolgreich zu sein, wird Europa eine Versorgung mit erneuerbarer Energie in erheblichem Umfang benötigen. Ihr Land [Argentinien] hat alles, was es braucht, um ein echtes „Powerhouse“ für erneuerbare Energien zu werden.“ Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Grundsatzrede beim Wirtschaftsforum EU-Argentinien in Buenos Aires am 13.06.2023 (Von der Leyen zit. nach Europäische Kommission 2023a).

Verheyen und Winter (2024) haben sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit das EU-Mercosur-Abkommen mit geltendem EU- und Völkerrecht vereinbar ist, insbesondere im Hinblick auf Klimaschutzverpflichtungen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das Abkommen durch steigende Handelsanreize sowie einen erhöhten See- und Luftverkehr zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen in beiden Regionen führen würde (vgl. Verheyen/Winter 2024: 4f). Der im Pariser Klimaabkommen verankerte Zielpfad einer maximalen Erderwärmung von 1,5°C liegt derzeit auf einem Kurs, der auf eine Erwärmung von etwa 3°C hinausläuft *„that it is clear that any relevant new international agreement must support the reduction of greenhouse gas emissions, and at the very least be neutral to that aim.“* (ebd.: 7). Verheyen und Winter leiten daraus ab, dass das Abkommen rechtlich durch den EU-Rat und die EU-Kommission angefochten werden könnte, da es gegen das EU-Völkerrecht insbesondere gegen das UN-Klimaregime verstößt und weder mit dem EU-Primär- noch mit dem EU-Sekundärrecht sowie dem EU-Klimagesetz vereinbar ist (vgl. ebd.: 8).

Daraus resultiert, dass sich die Kritik am Abkommen hauptsächlich auf das Fehlen verbindlicher Kontrollmechanismen, die eine tatsächliche Verpflichtung zum Klimaschutz und zur Emissionsminderung gewährleisten würden, konzentriert (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 390). Um diese Ratifizierungsschwierigkeiten zu überwinden, verfolgt die EU-Kommission zunehmend die Strategie des *treaty-making by afterthought*. *„The Commission, jointly with the other party or parties to a trade and/or investment agreement, draws up “Joint*

³⁴ *„Vamos aperfeiçoar os termos do acordo Mercosul-União Europeia. Não queremos uma América Latina voltada exclusivamente para o agronegócio e a mineração. [...] Nossa produção de alimentos não precisa desmatar a Amazônia para exportar soja ou criar gado. As atividades criminosas dos que destroem o meio ambiente devem ser punidas, e não podem prejudicar toda a economia brasileira. [...] O povo brasileiro não quer que essa destruição [desmatamento, queimadas, garimpo] continue. Os brasileiros querem a Amazônia viva e de pé. E para isso, é necessário construir alternativas sociais e de desenvolvimento, com ciência, tecnologia e o protagonismo e respeito aos povos que vivem na floresta, seus saberes e sua cultura.“*

(Interpretative) Instruments” to support agreements that encounter public criticism” (ebd.: 391). Solche Erklärungen können Monate oder Jahre nach Abschluss der Verhandlungen entstehen, stellen aber keine substantielle Lösung dar, sondern sind *„dressed up as more than they are”* (ebd.: 392). Am eigentlichen Vertragstext wird nichts geändert und haben rechtlich lediglich Auslegungsscharakter, werden jedoch als Antwort auf die Kritik präsentiert. Zugleich werfen sie Fragen zum Verhältnis zwischen der EU und den Mitgliedstaaten auf (vgl. ebd.).

Ein konkretes Beispiel für ein solches *treaty-making by afterthought* stellt das *Zusatzprotokoll* (engl. side letter/joint instrument, span. instrumento adicional) zum EU-Mercosur-Abkommen dar. Im Februar 2023 wurde ein geleaktes Protokoll zum EU-Mercosur-Abkommen bekannt, das später durch die EU-Kommission publik und im September öffentlich zugänglich gemacht worden ist (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 397). Ziel dieses Protokolls war es, die im Abkommen enthaltenen Nachhaltigkeitsverpflichtungen über das bestehende Nachhaltigkeitskapitel hinaus zu stärken, einschließlich der Durchsetzung (vgl. ebd.: 406). Laut dem Onlinemedium TABLECLIMATE (2023) sollte das vorab geleakte Protokoll in einer gemeinsamen Sitzung zwischen den Vertragspartner:innen Mitte April diskutiert werden, die jedoch verschoben wurde (vgl. TABLECLIMATE 2023). Der für diese Arbeit vorliegende Leak von Friends of the Earth Europe, der meiner Person Anfang 2024 auf Anfrage von Greenpeace zugespielt wurde, trägt den Titel *„EU-Mercosur Joint Instrument DRAFT – SENSITIVE Version of February 2023 Preamble“* und umfasst neun Seiten.

Das Zusatzprotokoll zielt in erster Linie darauf ab, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu konkretisieren und zu stärken:

„Recalling the need to take urgent action to tackle the triple planetary crisis of climate change, biodiversity loss and pollution, as clearly pointed out by the most recent scientific evidence, including the Sixth Assessment Report of the IPCC published in August 2021, the 2019 IPBES global assessment report on biodiversity and ecosystem services, the 2022 Global Land Outlook and the IRP Global Resources Outlook 2019;” (Friends of the Earth Europe 2023: 1, Preamble).

Die Zielsetzung lässt sich wie folgt skizzieren:

„This joint instrument, provides, in the sense of Article 31 of the Vienna Convention on the Law of Treaties, a statement of what Mercosur and the European Union agreed in a number of provisions under the EU-Mercosur Agreement that have been the object of public debate and concerns and an agreed interpretation thereof” (ebd.: 3).

Das Zusatzprotokoll verpflichtet die Vertragspartner:innen dazu, konkrete und messbare Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, die über bloße Absichtserklärungen hinausgehen. Jede:r Vertragspartner:in soll ihre *national festgelegten Klimabeiträge* regelmäßig übermitteln, fortlaufend weiterentwickeln und dabei ein höchstmögliches Ambitionsniveau anstreben und sicherstellen. Fortschritte werden an die *globale Bestandsaufnahme (global stocktake)* kommuniziert. Auch die Informationen, die jede:r Vertragspartner:in im Rahmen ihrer Berichtspflichten an das UNFCCC-Sekretariat übermittelt, sollen in die Fortschrittsüberwachung einfließen. Diese Monitoring- und Umsetzungsverpflichtungen sind eng mit den Zielen des Nachhaltigkeitskapitels verknüpft und sollen in dessen Evaluierung ausdrücklich berücksichtigt werden (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 407).

„Timely communication and implementation of successive and progressive Nationally Determined Contributions (NDCs) reflecting the highest possible ambition, in accordance with Art. 4.2 and 4.3 of the Paris Agreement , and that therefore there will be no reduction in the level of ambition of each Party's NDC, including with respect to deforestation targets existing on 28 June 2019, i.e. the date of the political agreement on the EU-Mercosur text, and as reflected in each Party's national laws;” (Friends of the Earth Europe 2023: 4, 2. Climate Change).

„Updating and enhancing actions and support to the Paris Agreement objectives and goals by taking into account the outcome of the periodical global stocktake, in accordance with Articles 4.9 and 14 of the Paris Agreement;“ (ebd.).

„[...] information submitted by each Party to the UNFCCC Secretariat under Art. 13 of the Paris Agreement will be taken into account in the monitoring of progress [...]“ (ebd.).

„Recalling the objective in Article 1 of the TSD Chapter [...], information submitted by each Party [...] will be taken into account in the monitoring of progress [...] in Article 6 of the Trade and Sustainable Development Chapter of the EU - Mercosur Agreement“ (ebd.: 4f).

Insgesamt wird mit dem Zusatzprotokoll ein verbindlicher Rahmen angestrebt, der sicherstellen soll, dass die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens durch die Handelsliberalisierung nicht unterlaufen werden, sondern durch klare Kommunikations-, Aktualisierungs- und Überprüfungsmechanismen abgesichert bleiben. Zugleich zeigt sich jedoch eine strukturelle Schwäche, denn solange das Zusatzprotokoll nicht rechtlich verbindlich in das Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur-Abkommens integriert wird, bleiben die neuen Verpflichtungen politisch unverbindlich und damit nicht einklagbar (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 408). Die Kommission selbst erkennt damit an, dass die

bisherigen Bestimmungen im Nachhaltigkeitskapitel nicht ausreichen, um ihre Klimaschutzziele zu erfüllen (vgl. ebd.). Zwar erweitert das Zusatzprotokoll die inhaltlichen Anforderungen besonders im Klimaschutz erheblich, doch ohne rechtlich gesicherten Status verstärkt sich die Asymmetrie: Handelsbestimmungen sind durchsetzbar, Nachhaltigkeitszusagen sind es nicht. *„Overall, the Joint Instrument does not change the asymmetry between trade and sustainability considerations. However, it adds new obligations that are even more precisely related to trade”* (ebd.: 409).

Argentinien's Präsident Fernández äußerte sich auf der Plenarsitzung des Mercosur-Gipfels zum Zusatzprotokoll im Juli desselben Jahres wie folgt:

„Die Einführung neuer Umweltforderungen durch die EU stellt eine unvollständige Sichtweise der nachhaltigen Entwicklung dar, die zu sehr auf die Umwelt ausgerichtet ist und die drei Dimensionen – Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft – sowie deren Wechselwirkungen nicht berücksichtigt.“ [...] Dennoch könne das Zusatzprotokoll eine Gelegenheit sein *„um die Ungleichgewichte des Abkommens neu zu justieren, um Mechanismen einzuführen, die uns vor Umweltmaßnahmen schützen, die mit oder ohne Abkommen stattfinden werden.“* Alberto Fernández, ehemaliger argentinischer Präsident, Eröffnungsrede der LXII. Plenarsitzung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Mercosur und der assoziierten Staaten am 04.07.2023 in Puerto Iguazú (Fernández zit. nach la diaria 2023, übers. aus dem span.³⁵).

Zugleich Brasiliens Präsident Lula:

„Ich verpflichte mich, das Abkommen mit der EU abzuschließen, es muss jedoch ausgewogen sein“ Luiz Inácio Lula da Silva, brasilianischer Präsident, Rede auf der LXII. Plenarsitzung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Mercosur und der assoziierten Staaten am 04.07.2023 in Puerto Iguazú (Lula zit. nach la diaria 2023). Er betonte, dass das im März von der EU vorgelegte Zusatzprotokoll *„inakzeptabel ist; strategische Partner verhandeln nicht auf der Grundlage von Misstrauen und der Androhung von Sanktionen“* (ebd.), und fügt hinzu: *„Es ist*

³⁵ *„La presentación de nuevas demandas en materia ambiental por parte de la UE presenta una vision parcial del desarrollo sostenible, excesivamente centrada en lo ambiental y con nulo registro de las tres dimensiones, la ambiental la económica y la social, y la interacción entre ellas.“* [...] En ese sentido, afirmó que la propuesta adicional europea *„puede ser una oportunidad para reajustar los desbalances del acuerdo, para introducir mecanismos, que nos protejan de medidas ambientales que tendrán lugar con o sin acuerdo.“*

zwingend erforderlich, dass der Mercosur eine schnelle und deutliche Antwort gibt“
(ebd., übers. aus dem span.³⁶).

Auch der argentinische Außenminister Felipe Solá reagierte auf die Verhängung von möglichen Sanktionen von seitens der EU:

„If there were to be sanctions between two big regions it would have to be reciprocal“ Felipe Solá, ehemaliger argentinischer Außenminister, virtuelles Treffen der Außenminister:innen aus EU, Lateinamerika und Karibik im Rahmen des EU-CELAC³⁷ Ministerdialogs am 14.12.2020 (Solá zit. nach Jordans 2020).

Das Zusatzprotokoll formuliert eine Vielzahl verbindlicher Bekenntnisse zu Klima-, Umwelt- und Arbeitsstandards. Beispiele dafür sind Passagen wie:

„This joint instrument [...] provides [...] an agreed interpretation [...]. Given the high level of public interest, particularly in the fields of environment, labour and human rights, the EU and Mercosur have agreed to the following shared interpretation“
(Friends of the Earth Europe 2023: 3, Preamble).

Und konkret etwa:

„In addition, the EU and Mercosur commit [...] not to lower their environmental or labour standards with the intention of attracting foreign trade or investment“ (ebd., Preamble).

Die im Zusatzprotokoll verankerte *non-regression-Klausel*, die ein Absenken von Umwelt- oder Sozialstandards zum Zweck der Handels- oder Investitionsförderung untersagt (vgl. ebd.: 3; vgl. Mitchell/Munro 2023: 35) impliziert eine Überwachung und mögliche Sanktionierung bei Verstößen. Daran anknüpfend zeigt sich in der Praxis auf Seiten der EU, dass ein Gremium unabhängiger Schiedsrichter zwar prüft, ob ein Staat gegen eine solche Klausel verstößt, hat, diese Feststellungen jedoch keine bindende Wirkung hat, sondern vielmehr den Dialog zwischen den Streitparteien fördern soll (vgl. ebd.: 56). Gleichwohl deutet sich mit Blick auf

³⁶ „Me comprometo a concluir el acuerdo con la UE, que debe ser equilibrado“. Manifestó que el instrumento adicional que presentó la UE en marzo „es inaceptable; los socios estratégicos no negocian basados en la desconfianza y la amenaza de sanciones“, y añadió: „Es imperativo que el Mercosur presente una respuesta rápida y contundente.“

³⁷ EU-CELAC ist eine Partner:innenschaft Lateinamerikas mit der Karibik und der EU. Sie beruht auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Klimaschutz mit dem Ziel den Wohlstand aller zu verbessern – etwa im Rahmen der Global Gateway Strategie. Der Zusammenschluss der beiden Regionen verbinden mehr als ein Drittel der Vereinten Nationen (vgl. Delegation of the European Union to Argentina 2023).

aktuelle Entwicklungen ein Kurswechsel an: „*That said, recent developments indicate that the EU's practice is set to become more sanction-oriented*“ (ebd.).

Nach Charnovitz (2002) ist eine solche non-regression-Klausel ein Überbleibsel aus den Nullerjahren „*in which the regulation of PPMs through environmental standards was posited as a tool of 'eco-imperialism' imposed by wealthier countries on developing countries*“ (vgl. Charnovitz 2002 zit. nach Mitchell/Munro 2023: 54). Im Zentrum steht dabei der Gedanke, dass umweltschädliche *Process and Production Methods PPMs* als strategisches Wettbewerbsinstrument in Handelsbeziehungen eingesetzt werden könnten (vgl. Mitchell/Munro 2023: 36). Dies berührt eine der vielschichtigsten Kontroversen in der Diskussion um *Handel und Umwelt*, nämlich um die Frage, ob und inwieweit es legitim ist, Handelsmaßnahmen an die Art und Weise der Produktion zu koppeln (vgl. Charnovitz 2022: 59f).

„*The use of environmental PPMs is controversial for two main reasons. First, a PPM can restrict trade or make it harder and costlier for an exporter to supply a foreign market. Second, PPMs are a signal from importing countries to exporting countries about the environmental practices and laws that the importing country thinks the exporting country should have*“ (ebd.: 62).

Die Weitergabe von Werten durch den Handel ist historisch nicht neu, doch PPMs hebt sich dadurch ab, dass sie staatlich festgelegte Handelsrestriktionen gezielt als Mittel zur Durchsetzung solcher Werte nutzt. Allein diese Verbindung von normativer Zielsetzung und handelspolitischer Steuerung macht PPMs kontrovers. Zusätzlich wird diese Debatte dadurch verschärft, dass die Initiative zur Anwendung solcher Maßnahmen meist von Ländern des Globalen Nordens ausgeht, während die Vorgaben in der Regel Länder des Globalen Südens treffen (vgl. ebd.). Daraus ergibt sich der oft erhobene Vorwurf, Umwelt-PPMs sei ein Instrument des Öko-Imperialismus: „*the rich country may be viewed as trying to coerce the poor country into placing a higher value on the environment than the poor country considers appropriate*“ (ebd.: 62f).

Dies wird durch die mehrfach betonten Durchsetzungs- und Monitoringmechanismen im Protokoll weiter gestützt:

„*The Parties will meet to monitor and assess implementation of the Agreement and to oversee the fulfilment of its objectives*“ (Friends of the Earth Europe 2023: 9, 9. Monitoring and Review).

Zusätzlich wird in der Präambel beschrieben, dass sich beide Vertragspartner:innen dazu verpflichten:

„[to] avoid a *“race to the bottom”* with regard to environmental and labour protection” (ebd.: 3, Preamble).

Diese Art von Verpflichtungen die eingegangen werden *„to protect and attract investment, and to liberalise market access for goods, services and capital”* (Mitchell/Munro 2023: 70) können das Risiko eines *race to the bottom* bergen, wenn Umweltauflagen vernachlässigt werden, um Kosten zu minimieren. Non-regression-Klauseln fungieren dabei als Schutz- und Risikosteuerungsinstrument, um negative externe Effekte einer wirtschaftlichen Öffnung zu begrenzen. Auch wenn sie vorrangig nationale Umweltschutzstandards absichern, liegt ihre eigentliche Funktion darin, offene Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten auf internationaler Ebene zu stabilisieren und zu lenken (vgl. ebd.).

Im Gegensatz dazu argumentiert Bhagwati (2002), dass es zur gängigen Praxis geworden ist, Ländern mit niedrigen Umwelt- und Arbeitsstandards unfairen Handel vorzuwerfen, da dies einerseits als Sozialdumping interpretiert wird, das durch Zölle ausgeglichen werden muss und andererseits befürchtet wird, solche Unterschiede könnten ein *race to the bottom* auslösen, das eigene *hohe* Standards (→ 6.4) untergräbt. Infolgedessen wird von den Staaten des Mercosurs verlangt, ihre Standards an jene des Globalen Nordens anzugleichen. Nach Bhagwati ist dieses Argument jedoch nicht stichhaltig (vgl. Bhagwati 2002: 57). Empirische Befunde zeigen, dass multinationale Unternehmen weder gezielt umweltschädliche Technologien noch Standorte mit schwachen Umweltauflagen bevorzugen. Der eigentliche Standortwettbewerb findet überwiegend über steuerliche Anreize statt, die gerade in föderalen Staaten und auch von lokalen und regionalen Regierungen eingesetzt werden. *„Few governments, [...] are likely to say instead to multinationals: come and make profits by polluting our waters and air“* (ebd.: 59f).

Zusammenfassend zeigt sich, dass der Vorwurf eines rückschrittlichen oder gar unfairen Handels, der ein *race to the bottom* vermeiden soll, empirisch kaum haltbar ist und damit die Legitimation für restriktive Kontrollmechanismen, wie sie im Zusatzprotokoll verankert sind, schwächt (vgl. Bhagwati 2022: 57; vgl. Friends of the Earth Europe 2023: 3, Preamble; vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 408). Das produzierte Narrativ der EU verweist dabei auf eine hegemoniale Definitionsmacht, die Umweltstandards moralisch auflädt, um politischen Druck auszuüben. Bhagwati (2002) hebt hervor, dass es Regierungen sind, die durch Steuervergünstigungen Anreize setzen, um Investitionen anzulocken. Solche Standortvorteile sind Ergebnis aktiver nationaler Wirtschaftspolitik, nicht Ausdruck mangelnder Regulierung oder Umweltauflagen (vgl. Bhagwati 2002: 57ff). Dies stellt infrage, ob restriktive Handelsbedingungen oder Sanktionen im Umweltbereich tatsächlich im Kern ansetzen. Die Annahme, höhere Umweltstandards allein könnten Handelsbeziehungen *gerecht* machen,

blendet zentrale Wettbewerbsfaktoren wie Steuerpolitik, Marktzugang und Rohstoffverfügbarkeit weitgehend aus.

Die non-regression-Klausel im Nachhaltigkeitskapitel sowie im Zusatzprotokoll, wirkt wie eine indirekte Regulierung von PPMs, wodurch sie den Vorwurf eines öko-imperialistischen Machtgefälles nicht entkräftet, sondern im Gegenteil strukturell stützen kann (vgl. Charnovitz 2022: 62f). Aus der Perspektive der EU dient die Klausel dazu, Wettbewerbsvorteil durch Umweltschutz sicherzustellen (vgl. Mitchell/Munro 2023: 36ff). Hingegen aus brasilianischer Perspektive, wie sie Präsident Lula hervorhebt, als Ausdruck von Misstrauen und als einseitig definierte Normsetzung wahrgenommen wird (vgl. la diaria 2023), was den Vorwurf eines öko-imperialistischen Vorgehens stützt. Diese Verflechtung von Handelsliberalisierung und normativer Standardsetzung stabilisiert asymmetrische Machtverhältnisse (vgl. Charnovitz 2022: 59ff). Aus Lulas Sicht entsteht dadurch eine implizite Drohkulisse, da Vertragsverletzungen in der handelspolitischen Praxis zivilgesellschaftlichen oder institutionellen Druck bis hin zu handelspolitischen Gegenmaßnahmen nach sich ziehen können. Dieses Vorgehen wird durch Durchsetzungs- und Monitoringmechanismen gefestigt, die eine kontinuierliche Kontrolle der Einhaltung der vereinbarten Standards sicherstellen und den Mercosur strukturell an einseitig definierte Vorgaben binden (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 407; vgl. Friends of the Earth Europe 2023: 9, 9 Monitoring and Review).

6.4 Status quo

Die handelspolitische Einigung von 2019, die auf einem „*regelbasierten internationalen Handel*“ (Europäische Kommission 2019b) beruht, verpflichtet beide Seiten formal dazu, diesen Grundsatz zu wahren. Einen Verzicht auf wechselseitige Positionsbekundungen und damit verbundene strategisch politische Erzählungen haben weder die EU noch Argentinien oder Brasilien zugesagt. Anhand ausgewählter chronologisch dargestellter Beispiele wird deutlich, wie Problemdefinitionen, Situationsanalysen und Lösungsvorschläge eingesetzt werden, um Deutungsmacht zu sichern, hegemoniale Ansprüche zu stabilisieren, ein politisches Phänomen diskursiv zu konstruieren während gleichzeitig problematische Narrative und Ideologien den Diskurs prägen.

In einer Pressemitteilung der Europäische Kommission (2019b) heißt es, dass das Abkommen einen Wettbewerbsvorteil europäischer Unternehmen schafft, demnach ein enormes wirtschaftliches Potenzial darstellt aber zugleich wechselseitige Vorteile auf beiden Seiten bringt (vgl. Juncker zit. nach Europäische Kommission 2019b). Weiter heißt es, dass

„Wirtschaftsreformen und die Modernisierung, die in den Mercosur-Ländern derzeit im Gange sind, [...] durch das Abkommen gestärkt [werden]“ (ebd.).

Jene *Modernisierung*, welche durch das Zutun der EU *gestärkt* wird, ist eine problematische Formulierung. Sie ruft eine *„Wissensperspektive und eine Art und Weise der Wissensproduktion hervor, die den Charakter des globalen Machtmusters ganz deutlich machen: kolonial/modern, kapitalistisch und eurozentriert“*, wie der dekoloniale Theoretiker Quijano schreibt (Quijano 2016: 63). Kurzum lässt sich dieses Phänomen auf den Begriff des Eurozentrismus zuschneiden. Denn jener *„setzt eine spezifische gesellschaftliche Entwicklung voraus und definiert deren Inhalte“* (Melber 1992: 11). Folglich wird ein spezifisches Evolutionskonzept mit Werten und Normen affirmativ übernommen, welches selbst immanent kritisierbar ist und *„zumindest zutiefst ambivalent einen Fortschrittsbegriff transportiert, der zugleich auch »Entwicklung zur Unterentwicklung« für einen Teil der davon betroffenen Menschen zur Folge hat“* (ebd.: 12). Somit hat die europäische Kultur eine universelle Theorie der Fremdheit und ihre notwendige Aufhebung konzipiert und Mittel und Möglichkeiten verschafft, diese universelle Theorie weltgeschichtlich durchzusetzen (vgl. Stockhammer 1985: 15). Dieses Bewertungsmuster beruht auf der Annahme, dass nichteuropäische Kulturen nicht nur unterlegen, sondern auch historisch rückständig seien und daher einer Zivilisierung bedürften (vgl. Melber 1992: 12).

Die Handelskommissarin Malmström hob die wirtschaftliche Bedeutung für Unternehmen und Arbeitnehmer:innen aus der EU hervor, vor allem

„in Ländern, mit denen wir enge historische Beziehungen unterhalten und deren Märkte bislang relativ abgeschottet sind“ Cecilia Malmström, ehemalige EU-Handelskommissarin, Statement Pressemitteilung vom 28.06.2019 (Malmström 2019 zit. nach Europäische Kommission 2019b).

Doch die von Malmström genannten *engen historischen Beziehungen* sind ambivalent. Zwar wurde im Jahr 1999 ein interregionales Rahmenabkommen aus dem Jahr 1995 geschlossen, jedoch sind die Verhandlungen über das EU-Mercosur-Abkommen seit eben jenem Jahr erfolglos (vgl. WKO 2025). Fraglich ist daher, ob Malmström auf eine tiefere kolonialgeschichtliche Verflechtung anspielt, bei der Europa durch die Ausbeutung Amerikas nicht nur neue ökonomische Realitäten, sondern auch neue historische Identitäten konstituierte (vgl. Quijano 2016: 68f). *„Die Konstitution Europas als neuer historischer Einheit/Identität wurde erst mit der unbezahlten Arbeit der Indios, der Schwarzen und Mestiziden in Amerika möglich [...]“* (ebd.: 69). Die Aneignung von Gütern wie Gold, Silber, Kartoffeln oder Tomaten trug dazu bei, eine Region als Knotenpunkt atlantischer Handelsrouten zu etablieren, die sich zu zentralen Routen des Welthandels entwickelten. *„Diese Region brauchte nicht lange, um zu Europa zu werden.“* (ebd.) Demnach handelt es sich um eine verzerrte Verschiebung, in der alles Nicht-Europäische, als vergangen und das Europäische als Zukunftsbild konstruiert wird (vgl. ebd.: 70).

Der ehemalige EU-Kommissar Hogan für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung erklärt weiter, dass

„[u]nsere unverwechselbaren, hochwertigen Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse aus der EU [...] nun in den Mercosur-Ländern den Schutz erhalten, den sie verdienen, und so unsere Marktposition stützen und unsere Exportchancen steigern“ Phil Hogan, damaliger EU-Kommissar, Statement Pressemitteilung vom 28.06.2019 (Hogan zit. nach Europäische Kommission 2019b).

Demnach sieht das Abkommen rechtliche Schutzmechanismen in den Mercosur-Staaten für 357 *hochwertige* europäische Lebensmittel- und Getränkeerzeugnisse mit geschützten geografischen Angaben vor, darunter befinden sich der Tiroler Speck (Österreich), das Münchner Bier (Deutschland) und der Polska Wódka (Polen). Weiter verpflichtet sich das Abkommen zur Einhaltung *hoher* Standards in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz und Umwelt, einschließlich des Vorsorgeprinzips dieser Bereiche. Es enthält zudem verbindliche Regelungen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens mitsamt entsprechender Kontrollmechanismen (vgl. Europäische Kommission 2019b).

„Die EU-Standards im Bereich der Lebensmittelsicherheit bleiben unverändert, und alle Einfuhren müssen den strengen Normen der EU entsprechen [...] Durch die vereinbarten Bestimmungen zur Lebensmittelsicherheit sowie zur Tier- und Pflanzengesundheit wird die Zusammenarbeit mit den Behörden der Partnerländer intensiviert und der Informationsfluss über potenzielle Risiken durch ein direkteres und effizienteres Informations- und Notifizierungssystem beschleunigt. Dank dem Abkommen können wir so wirksamer gewährleisten, dass die zwischen der EU und dem Mercosur gehandelten Erzeugnisse sicher sind“ (ebd.).

Die Pressemitteilung der EU-Kommission deutet daraufhin, dass der Mercosur sich den als *streng und hochwertig* wahrgenommenen Regulierungen der EU unterordnen muss und derzeit nicht über vergleichbare Standards im Bereich der Lebensmittelsicherheit, Produktion sowie Umwelt- und Tierschutz verfügt. Diese ausformulierten Problemdefinitionen und Bewertungen spiegeln sich im ideologiekritischen Begriff des Geostereotyps von Wolfgang Wippermann wider. Wippermann untersuchte die Entwicklung und Merkmale antiosteuropäischer Diskurse in Deutschland und prägte den Begriff des *Geostereotyps*, insbesondere mit Blick auf die Konstruktion des *Ostens* mit Osteuropa-Stereotypen. Dabei zeigt er, wie solche Stereotypen als Legitimationsinstrumente imperialistischer Politik fungieren (vgl. Wippermann 2007: 126). Diese Logik lässt sich auch auf die asymmetrische Bewertung im EU-Mercosur-Kontext übertragen. Aiginger (2017) spricht in diesem Zusammenhang von politischen Debatten, in welchen Industrieländer die Kostenvorteile im

Globalen Süden durch vernachlässigte ökologische Kosten nennt, besonders dann, wenn Exportüberschüsse die Exporte noch wettbewerbsfähiger machen (vgl. Aiginger 2017: 7). Spannend ist hierbei, dass die EU strukturelle Vorteile wie Technologietransfer, Kapital, Regelmacht und Wertschöpfungsketten nutzt, um Handelsbeziehungen zu dominieren, während sie dem Mercosur unfairer Handel aufgrund von *niedrigen Standards* vorwirft. Der Mercosur wird einerseits in Abhängigkeit gehalten, andererseits wird er vom Norden genau dann kritisiert, wenn er seine Kosten- und Wettbewerbsvorteile durch billigere Arbeitskraft, Subventionen und schwächere Regelwerke bei Umwelt- sowie Sozialauflagen nutzt. Diese Spannung zwischen hegemonialer Machtstruktur der EU und den Vorteilen des Mercosur prägen Konflikte um Nachhaltigkeitsauflagen, Handelszugang und die Verhandlungen im EU-Mercosur-Abkommen.

Darüber hinwegsehen konnte der ehemalige argentinische Präsident Macri im Juni 2019 zum G20-Gipfel in Osaka, im Beisein des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro, der deutschen Präsidentin Merkel, dem französischen Präsidenten Macron, sowie weiteren europäischen Premierminister:innen:

„On behalf of the countries that make up Mercosur, this is a historic day. It is the most important agreement we have signed in our history. It took 20 years, but we reached a point in time where the good will existed ... to make this a reality [...]”

Mauricio Macri, ehemaliger Präsident Argentiniens, Rede beim G20-Gipfel, Tag 2, in Osaka am 29.06.2019 (Macri zit. nach Casa Rosada Presidencia 2019a).

An Tag vier stellte Macri das riesige Erdöl- und Erdgasfeld Vaca Muerta als Symbol für Argentinien als Rohstoffnation und zukünftigen globalen Energieproduzenten vor. *„He reminded fellow leaders“* (ebd.), dass dank der vorhandenen Ressourcen das Land in vier bis fünf Jahren zum Nettoexporteur von Gas werde und große Mengen Öl exportieren könne (vgl. ebd.).

Bei der 54. Gipfelkonferenz in Anwesenheit aller Mercosur Präsidenten, betonte Macri, dass eine stärkere Konsolidierung und *Modernisierung* des Mercosur-Blocks nötig seien, damit dieser im 21. Jahrhundert wettbewerbsfähig bleibt und nachhaltig von den Reformen profitieren kann (vgl. Casa Rosada Presidencia 2019b). Ebenso hebt er die Wichtigkeit der EU als Handelspartnerin hervor und dessen Vorteile für den Mercosur:

„It [EU-Mercosur agreement] will allow us to strengthen trade and investment with the most important economic bloc in the world, one that is also a leading partner for all Mercosur member countries. Above all, the agreement will have a positive impact on the quality of life of our people [...] The agreement we reached with the European Union is not the finishing line, it is the starting point [...]” Mauricio Macri,

ehemaliger Präsident Argentiniens, Rede bei der 54. Gipfelkonferenz der Präsidenten des Mercosur in Santa Fe am 17.07.2019 (Macri zit. nach Casa Rosada Presidencia 2019b).

Präsident Macri setzt auf ein konsumorientiertes Entwicklungsmodell, das Ressourcen als Exportgüter nutzt und den komparativen Vorteil in der Rohstoffausfuhr betont. Dies entspricht der Logik des Neo-Extraktivismus, bei dem extraktiven Praktiken fortgeschrieben werden und Rohstoffeinnahmen sowohl der Verbesserung der Lebensbedingungen als auch der Stabilisierung prekärer Staatshaushalte dienen. Problematisch ist dabei die zunehmende Abhängigkeit der Armutsbekämpfung von Rohstoffexporten (vgl. Matthes 2012: 4; vgl. Gudynas 2012: 46f; vgl. Acosta 2012: 86f; vgl. Svampa 2012: 14f). Der Commodities Consensus wird dadurch sichtbar, dass staatliches Handeln und wirtschaftliches Wachstum den Machterhalt sichern und die imperiale Lebensweise des Globalen Nordens reproduziert, indem sie die vorherrschenden Vorstellungen von Fortschritt und Lebensqualität bedienen (vgl. Svampa 2015a: 66ff). Außerdem positionierte Macri Ressourcen als nationale Exportware und setzte auf Wirtschaftswachstum als Motor für Entwicklung.

In einem virtuellen Treffen der Außenminister:innen aus Europa, Lateinamerika und der Karibik Ende des Jahres 2020 reagierte der ehemalige argentinische Außenminister Felipe Solá auf die Vorwürfe der anhaltenden Abholzung des Amazonas und des angeblichen Mangels an Respekt vor europäischen Standards, die von der EU geäußert wurden. Ebenso sprach er von Sanktionen, welche dem Mercosur verhängt werden, wenn Standards nicht eingehalten werden. Zudem sprach der damalige Außenminister Heiko Maas von noch offenen Fragen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit durch die Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Auch Solá war bereit darüber zu einer Einigung zu gelangen und ist demnach der Kritik der EU nachgekommen und hat stellungbezogen (vgl. Jordans 2020):

„We do understand that there is an environmental concern that runs through Europe and that it is valid because we have made it also our own [...] And we are willing to talk and talk about it and see what agreement we can reach, obviously”
Felipe Solá, ehemaliger argentinischer Außenminister, virtuelles Treffen der Außenminister:innen aus EU, Lateinamerika und Karibik im Rahmen des EU-CELAC Ministerdialogs am 14.12.2020 (Solá zit. nach Jordans 2020).

Lula betont bei seiner Rede zur gewonnenen Wahl Ende 2022 die Wiederaufnahme von *alten* Partner:innenschaften zu neuen Konditionen sowie eine neue und faire Rolle im Wirtschaftssystem, welche nicht nur auf die Rolle des Rohstoffexporteurs zugeschnitten ist, sowie dass Brasilien seine Führungsrolle im Klimaschutz wieder aufnehmen und den Schutz aller Ökosysteme, insbesondere des Amazonas verstärken werde:

„We want fairer international trade. We want to resume our partnerships with the United States and the European Union on new terms. We are not interested in trade agreements that condemn our country to the eternal role of exporter of commodities and raw materials. [...] Brazil is ready to resume its protagonism in the fight against the climate crisis, protecting all of our ecosystems, especially the Amazon forest. Under our government, we were able to reduce deforestation in the Amazon by 80%, considerably reducing the emission of greenhouse gases. Now, let's fight for zero deforestation of the Amazon. Brazil and the planet need a living Amazon. A standing tree is worth more than tons of wood illegally extracted by those who think only of easy profit, at the expense of the deterioration of life on Earth” Lula da Silva, Rede nach seinem Wahlsieg am 30.10.2022 in São Paulo (Lula zit. nach Brasilwire 2022).

Zudem hat Lula im Rahmen der Glasgow Leaders' Declaration on Forests and Land Use auf der COP26 offiziell zugesagt, Entwaldung und Degradierung bis 2030 zu beenden. Lula bekräftigte dieses Ziel auf der COP27 in Sharm El Sheikh in Ägypten und versprach zudem *„zero deforestation and degradation of biomes“* (Lula zit. nach Luhn 2022) bis 2030 sowie die Etablierung eines Ministeriums für indigene Völker und das Vorgehen gegen illegale Nutzung indigener Gebiete. Damit sendete Brasilien ein klares Zeichen verstärkten Waldschutzes im internationalen Klimaprozess (vgl. ebd.).

Nach seinem Amtsantritt 2023 hat Präsident Lula mit einer Reihe von Dekreten die brasilianische Umweltpolitik neu ausgerichtet:

„Among his first acts, Lula signed decrees and provisional measures that reinstated environmental funding programs [...]; revoked Bolsonaro's decree that facilitated illicit “artisanal” Amazon mining; put an end to an “environmental amnesty” that fostered impunity among those who committed environmental crimes; and revoked the relaxation of limits on the possession and carrying of firearms” Amazon Watch, Pressemitteilung vom 05.01.2023 (Amazon Watch 2023).

Ebenso setzt er auf eine Reindustrialisierung Brasiliens, ergo eine Wirtschaft, die wissensintensive Produkte exportiert und nicht nur auf Rohstoffexport beruht. Bei der Lateinamerika-Reise vom ehemaligen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz betonte neben Lula auch Fernández den Schaden, den das Abkommen auf die brasilianische sowie argentinische Automobilindustrie haben könne. Die heimischen Hersteller:innen seien der Konkurrenz Europas ausgesetzt (vgl. Fritz 2023: 6f). Scholz hingegen formuliert sein Interesse am Abkommen folgendermaßen:

„Ich bin heute hier nach Brasilien gekommen, um ein neues Kapitel in unseren Beziehungen aufzuschlagen [...] Es gibt viele Themen, bei denen wir eng zusammenarbeiten wollen: der Kampf gegen den Klimawandel, der Schutz des Amazonas-Regenwaldes, der Ausbau der erneuerbaren Energien, von Windkraft und Solarenergie, die Herstellung grünen Wasserstoffs, eine sozial gerechte Transformation unserer Wirtschaft und Fortschritte beim EU-MERCOSUR-Abkommen“ Olaf Scholz, ehemaliger deutscher Bundeskanzler, Pressekonferenz mit Luiz Inácio Lula da Silva, Brasiliens Präsident am 30.01.2023 in Brasilia (Lula zit. nach Bundesregierung Deutschland 2023).

„Das Einzige, das nicht passieren darf: Deutschland kann Brasilien nicht wieder 7:1 im Fußball besiegen! 0:0 wäre schon recht anständig“ Luiz Inácio Lula da Silva, Brasiliens Präsident, Pressekonferenz mit Olaf Scholz am 30.01.2023 in Brasilia (ebd.).

Während Lula Brasilien klima- sowie wirtschaftspolitisch neu ordnen möchte, stellt Scholz Europas grüne Transformation in den Vordergrund. Das Sichern von strategischen und kritischen Ressourcen, welches den Wohlstand des Globalen Nordens bewahrt, beruht auf dem Zugriff auf Arbeit und Ressourcen andernorts, ergo das Fortbestehen einer Imperialen Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017: 43). Es ist eine neoimperiale Ressourcenpolitik die Ungleichheiten und Abhängigkeiten verschärft unter dem Deckmantel des EU-Mercosur-Abkommens, welches asymmetrische Verhältnisse reproduziert.

Vier Monate später kam das geleakte Zusatzprotokoll der EU an die Öffentlichkeit. Beim Treffen in Belém der Amazon Cooperation Treaty Organization (ACTO)³⁸ im August 2023, wurde als Antwort auf die Geschehnisse eine regionale Policy zur Bewahrung des Amazonasraumes unterschrieben. Damit signalisierte Lula der EU, dass die Amazonasländer, vorrangig Brasilien betreffend, auf nationaler Ebene Umweltverantwortung übernehmen kann und wird (vgl. Le Monde 2023).

Doch aufgrund bestehender Machtasymmetrien und hegemonialer Ansprüche, welche sich durch die anhaltende Fokussierung auf Rohstoffextraktion beschränkt, ist ein Gleichgewicht im EU-Mercosur-Abkommen in weiter Ferne:

³⁸ „We [Bolivia, Brazil, Colombia, Ecuador, Guyana, Peru, Suriname, Venezuela] promote cooperation, the sustainable development of the Amazon Region and the well-being of its inhabitants with the aim of reducing existing the asymmetries among the Member Countries as well as within the countries“ (Amazon Cooperation Treaty Organization 2025).

„[...] damit das Abkommen für beide Seiten gute Ergebnisse liefert [durch Investitionen], müssen die Texte von 2019 überarbeitet und aktualisiert werden. Das EU-MERCOSUR-Abkommen, wie es 2019 geschlossen wurde, spiegelt ein ungleiches Bemühen zwischen asymmetrischen Blöcken wider und wird dem aktuellen internationalen Szenario nicht gerecht“ Santiago Cafiero, ehemaliger Außenminister Argentiniens, Rede auf der LXII. Plenarsitzung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Mercosur und der assoziierten Staaten am 04.07.2023 in Puerto Iguazú (Cafiero zit. nach Ministerio de Relaciones Exteriores, Comercio International y Culto. República Argentina 2023a, übers. aus dem span.³⁹)

„[...] wir haben keinerlei Interesse an einem Abkommen, das uns auf ewig auf die Rolle von Rohstoffexporteuren festlegt“ Luiz Inácio Lula da Silva, brasilianischer Präsident, Rede auf der LXII. Plenarsitzung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Mercosur und der assoziierten Staaten am 04.07.2023 in Puerto Iguazú (Lula zit. nach la diaria 2023, übers. aus dem span.⁴⁰).

Ein Abkommen, das Südamerika zu einem *„ewigen Rohstofflieferanten degradiert“* Alberto Fernández, ehemaliger argentinischer Präsident, o. O., o. D 2023 (Fernández 2023 zit. nach Brand/Eyselein 2023).

Die zitierten Aussagen weisen auf eine hierarchisch und hegemonial empfundene Beziehung hin, in welcher die EU die dominierende Rolle einnimmt. Die Kritik richtet sich auf die aufgezwungene Rolle des ewigen Rohstofflieferanten im Abkommen, welche postkoloniale Abhängigkeiten fortschreibt und eine Fortführung kolonialer Wirtschaftspraxis voraussagt. Galeano (1997) bricht diese persistente Rolle Lateinamerikas als Rohstoffquelle für die Metropolen seit der Kolonialzeit wie folgt runter: *„[...] we Latin Americans are poor because the ground we tread is rich, and that places privileged by nature have been cursed by history“* (Galeano 1997: 267). Theoretisch lässt sich das wie folgt beantworten: Das Alltagsdenken in Europa ist geprägt von kolonialem Blick auf Kulturen und Ökonomien anderer Kontinente. *„Erst durch die Abwertung des Fremden gelingt es, weiße Herrschaft und Überlegenheit zu legitimieren und in Köpfe und Herzen festzusetzen“* (Melber 1992: Klappentext).

³⁹ *„[...] que el Acuerdo tenga Buenos resultados para ambas partes, es necesario trabajar y actualizar los textos del 2019. El Acuerdo MERCOSUR-UE, tal como fue cerrado en 2019, refleja un esfuerzo desigual entre bloques asimétricos y no responde al escenario internacional actual.“*

⁴⁰ *„no temenos ningún interés en un acuerdo que nos condene al eterno papel de exportadores de materias primas.“*

Drei Jahre später und trotz aller Kritik am Abkommen betont EU-Kommissionspräsidentin die Rolle Argentiniens bei der Versorgung Europas mit erneuerbarer Energie und hält demnach weiterhin am EU-Mercosur-Abkommen fest:

„[...] Ich werde mich dafür einsetzen, dieses Abkommen so bald wie möglich zum Abschluss zu bringen. Und ich meine, lassen Sie uns das vor Ende des Jahres erledigen. [...] Was Investitionen angeht, lassen Sie mich zwei Beispiele nennen [...] Wie Sie vielleicht wissen, hat es sich Europa zum Ziel gesetzt, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Aber um auf diesem Weg erfolgreich zu sein, wird Europa eine Versorgung mit erneuerbarer Energie in erheblichem Umfang benötigen. Ihr Land [Argentinien] hat alles, was es braucht [...] In weiten Teilen Ihres schönen Landes, in der großen südlichen Hochebene, ist nur ein Geräusch zu hören: Das ist das Geräusch von ungestört wehendem Wind. [...] Die außergewöhnlichen Winde Patagoniens sind ein Segen der Natur. Wenn die richtige Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff geschaffen wird, können sie Argentinien und der Welt Energie liefern. Und Europa ist bereit zu investieren. [...] Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. [...] Lassen Sie mich Ihnen ein weiteres Beispiel geben, zu Lithium, von manchen das weiße Gold der Elektrifizierung unserer Volkswirtschaften genannt. [...] auch hier kann Argentinien ein wichtiger Partner für Europa werden. [...] Gemeinsam werden wir Wertschöpfungsketten entwickeln, die über die reine Extraktion hinausgehen. [...] Aber wenn wir weitergehen, schafft dies Arbeitsplätze und Chancen entlang der gesamten Wertschöpfungskette in Argentinien“ Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Rede beim Wirtschaftsforum EU-Argentinien am 13.06.2023 in Buenos Aires (Von der Leyen zit. nach Europäische Kommission 2023a).

Das Zitat von Präsidentin von der Leyen ist ein deutliches Beispiel für die Interessenslage der EU im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens Mitte 2023. Die argentinische Natur und dessen Ressourcen werden als fehlende Komponente für Europas erfolgreiche grüne Energiewende dargestellt, dies soll einen Lösungsvorschlag zur Klimakrise abbilden. Somit stehen nicht mehr nur klassische Primärgüter wie Soja im Fokus des europäischen Interesses, sondern zunehmend auch strategische Rohstoffe und nachhaltige Energieressourcen aus dem Mercosur. Diese Güter rücken im Kontext des EU-Mercosur-Abkommens verstärkt in den Vordergrund und sollen zur Sicherung der europäischen Versorgung, insbesondere im Zuge der Energiewende, beitragen. Diese verfolgte grüne Ressourcenpolitik, dient der Sicherung des europäischen Wohlstands und dem Fortbestand der Imperialen Lebensweise, sowie dem Neo-Extraktivismus, ohne dabei verbindliche menschen- und naturrechtliche Klauseln im

Abkommen zu verankern. Eine fortgesetzte Rohstoffausbeutung, die als Investition für das Wohl aller gebrandmarkt wird, ist in der Praxis jedoch eine einseitige Wohlstandssicherung ohne nachhaltigen Klimaschutz.

Auch der Mercosur bemüht sich um gewinnbringende Investitionen. So hebt Todesca Bocco, ehemalige argentinische Sekretärin für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, hervor, dass ein starker und wirtschaftlich erfolgreicher Mercosur nur von innen heraus gelingen kann. Sie sieht gezielte Investitionen als Schlüssel, damit der Mercosur der EU auf Augenhöhe begegnen kann, nicht durch bestehende und sich verstärkende Asymmetrien, sondern durch eigene Stärke und regionale Zusammenarbeit:

„Wir brauchen eine Industriepolitik innerhalb des Blocks sowie eine wissenschaftlich-technologische Politik, denn das tun alle Länder, und nur so können wir den Binnenmarkt für uns selbst nutzen; sonst werden andere ihre Produkte verkaufen. Wir müssen MERCOSUR schützen und stärken, weil es sehr wichtig ist. [...] Wir befinden uns heute in einer Situation, in der sowohl die Europäer als auch wir im MERCOSUR die Vorstellung teilen, dass wir zusammen [im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens] an Schlüsselbereichen wie Bergbau, Energie, Lebensmittel, Gesundheit, wissensbasierten Dienstleistungen und vielen anderen Sektoren arbeiten sollten, um unsere Märkte zu erweitern und zu verbinden. Es sind zwei völlig asymmetrische Regionen. [...] Dies ist nicht nur Freihandel; wir brauchen produktive Investitionen, sonst besteht die Gefahr, dass die bestehenden Unterschiede weiter wachsen anstatt schrumpfen“ Cecilia Todesca Bocco, damalige Sekretärin für Internationale Wirtschaftsbeziehungen Argentiniens, Radiogespräch im Rahmen der LXII. Plenarsitzung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Mercosur und der assoziierten Staaten am vom 04.07.2023 in Puerto Iguazú, Argentinien (Todesca Bocco zit. nach Ministerio de Relaciones Exteriores, Comercio Internacional y Culto. República Argentina 2023b, übersetzt aus dem span.⁴¹).

⁴¹ „Tenemos que tener una política industrial dentro del bloque y científico tecnológica, porque es lo que todos los países hacen y es la manera de poder aprovechar el mercado interno para nosotros mismos; si no vendrán otros a vender sus productos. Hay que proteger y potenciar el MERCOSUR porque es muy importante. [...] hoy estamos en una circunstancia en donde, tanto los europeos como los que vivimos en el MERCOSUR, tenemos la idea de que, si trabajamos juntos en torno a ejes como la minería, la energía, los alimentos, la salud, los servicios basados en el conocimiento y muchos otros sectores, podríamos ampliar nuestros mercados conectándolos. Son dos regiones completamente asimétricas. [...] Esto no es libre comercio y nada más; necesitamos inversión productiva si no el riesgo es que las brechas que tenemos en lugar de achicarse se agranden.“

Investitionen sichern, für das Wohl aller: *Global Gateway* ist eine Initiative der EU-Kommission, ihrer Mitgliedstaaten und deren Privatsektoren, welche darauf abzielt, globale Investitionslücken durch den Ausbau großflächiger Infrastrukturprojekte in Afrika, Asien und Pazifik sowie in Lateinamerika und der Karibik zu schließen. Dies soll im Zeitraum von 2021-2027 mit rund 300 Milliarden Euro investiert werden und soll im Einklang mit der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen passieren, welches beides Teilbestrebungen des EU-Mercosur-Abkommens sind (vgl. ebd.; vgl. Europäische Kommission 2025).

„Wir wollen die höchsten Umweltstandards garantieren. Wir wollen, dass lokale Gemeinschaften davon profitieren. Und wir wollen finanzielle Transparenz sicherstellen, was für die Vorhersehbarkeit, die Investoren benötigen, so unerlässlich ist“ Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Grundsatzrede beim Wirtschaftsforum EU-Argentinien am 13.06.2023 (Von der Leyen zit. nach Europäische Kommission 2023a).

Doch *„, dass die erneuerbare Energie überwiegend nach Europa exportiert werden soll und daher kaum zur klimaneutralen Stromversorgung in den Produktionsländern selbst bei[ge]tragen wird, bleibt in den offiziellen Verlautbarungen meist unerwähnt“* (Bohne 2023). Bohne (2023) argumentiert, dass die Auswahl sowie die Entscheidung für *Leuchtturmprojekte* intransparent bleiben und nach keinen erkennbaren Kriterien erfolgen, zudem bereits laufende oder geplante Projekte das Label *Global Gateway* bekommen, ohne einen neuen Ansatz für nachhaltige Entwicklung zu etablieren. Nicht nur Projekte werden umetikettiert, sondern auch Gelder. Hier stammen der Großteil aus bereits bestehenden Töpfen, tatsächliche Konditionen der Finanzierungen und mögliche Verschuldungsrisiken werden nicht offengelegt. Kurz gesagt, ein kolonialistischer Raubzug gekoppelt an eurozentristische Zivilisationsprozesse. Die Initiative fokussiert sich auf die Ausrichtung von Rohstoffen, fehlende Einbindung von lokalen Bedürfnissen und mangelnder Transparenz. Die Sicherung kritischer und strategischer Rohstoffe sowie energiebezogener Infrastrukturprojekte steht klar im Vordergrund ganz zum Nutzen europäischer Unternehmen. Anstatt wirtschaftliche Eigenständigkeit und lokale Wertschöpfung zu fördern, werden ähnliche Risiken von Rohstoffabhängigkeiten fortgeschrieben. Bohne schlussfolgert, dass durch den Fokus auf Rohstoffe, Häfen und Transportrouten vor allem Lieferketten für Europas grüne Transformation gesichert werden, welche asymmetrische Verhältnisse reproduzieren. Die EU verfolgt eine Strategie, die sich hinter Floskeln wie *Partner:innenschaft auf Augenhöhe*, *Win-Win*, *Fairness* oder der Begrifflichkeit *Beziehungen*, seien sie *historischer* oder *neuer* Art, verbirgt und dabei ihre einseitigen Interessen verschleiern (vgl. ebd.; vgl. European Commission 2024j). Auch die Rhetorik ähnelt in diesem Zusammenhang den Verlautbarungen des EU-Mercosur-Abkommens.

Allenbach-Ammann und Weber (2024) haben offizielle Lobbytreffen der EU-Kommission zwischen 2019 und 2024 ausgewertet und dabei aufgezeigt, wie sich deren Zahl, Themenfokus und Zugänglichkeit im Vergleich zur Vorgängerkommission unter Jean-Claude Juncker verändert haben. Spannend ist hierbei, dass Ursula von der Leyen deutlich weniger Lobbytreffen mit Interessengruppen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft abhielt als Juncker (-19 Prozent). Besonders in den ersten beiden Jahren, geprägt durch die Covid-19-Pandemie, gingen die Zahlen stark zurück, wobei viele Treffen ins Digitale verlagert wurden (47 Prozent). Dadurch war der Zugang zu Entscheidungsträger:innen zwar eingeschränkt, gleichzeitig entstand aber eine bessere Planbarkeit. Inhaltlich zeigt sich, dass der Green New Deal und Fragen der Nachhaltigkeit im Zentrum standen, was sich auch in der Kontaktverteilung widerspiegelt. Das Kabinett von Frans Timmermans, welches für den Green New Deal zuständig war, hatte mit Abstand die meisten Stakeholderkontakte. Dies bedeutet, dass die EU-Kommission in einer Phase zunehmender Kritik aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft den Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit legte, um Legitimität nach innen wie außen zu sichern (vgl. Allenbach-Ammann/Weber 2024). Zugleich zeigt sich eine Asymmetrie, denn „*[i]n the ranking of interest representatives with the most individual meetings with Commissioners or their cabinet members, the BDI [Bundesverband der Deutschen Industrie] is in ninth place, making it the only business association from a Member State in the top 20*“ (ebd.). Obwohl deutsche Interessen und einige wenige europäische Unternehmen wie Airbus und Vodafone präsent waren, dominierten große europäische Dachverbände sowie US-Tech-Konzerne die Gespräche. Nur eine Handvoll Organisationen vertraten keine unmittelbaren Unternehmensinteressen (vgl. ebd.). Damit wird sichtbar, wie stark Machtressourcen, Zugänge und thematische Schwerpunkte in der EU-Politik strukturierend wirken, was wiederum Rückwirkungen auf die Verhandlungskonstellationen mit dem Mercosur hat. Damit wird klar, dass das Nachhaltigkeitskapitel und das Zusatzprotokoll nicht nur das Ergebnis externer Konflikte mit dem Mercosur sind, sondern auch Ausdruck interner Kräfteverhältnisse, die durch Stakeholderzugänge, thematische Schwerpunkte und Lobbystrategien geprägt sind.

Um die Frage nach einer *Partner:innenschaft auf Augenhöhe* und nach der Regelsetzung im Abkommen schrittweise zu beantworten, wird auf Ansätze der Globalisierungsforschung zurückgegriffen. Aiginger (2017) beschäftigt sich dabei mit *unfairen Vorteilen* von Ländern des Globalen Nordens wie Südens in der Wirtschaftsordnung. Dabei spricht er von einem *First Mover Advantage*, was bedeutet, dass Länder des Globalen Nordens Vorteile im Technologievorsprung innehaben und somit Länder des Globalen Südens auf einem Markt mit geringen Gewinnchancen zurückbleibt. Dabei bleiben die Sitze, Forschung und Kapital im Globalen Norden, wo auch die Gewinne hinfließen (vgl. Aiginger 2017: 7). Dies unterstreicht beispielhaft das Eröffnungsstatement des ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Dombrovskis im Kontext europäischer Landwirtschaft sowie Lebensmittelqualität:

„European standards of food quality and safety are the highest in the world. This means our farmers and agri-food businesses deliver a premium product with high global consumer value. [...] The EU has been a leader in influencing the development of global regulations and standards, which has given us competitive advantages. EU food and drink products are trusted and appreciated all around the world because of their top quality and safety, and ultimately, sustainability. This has become a trademark for EU producers, who benefit from “first mover” advantage in emerging third country markets” Vladis Dombrovskis, ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission, Eröffnungserklärung auf der Sitzung mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments in Brüssel am 16.07.2021 (Dombrovskis zit. nach Europäische Kommission 2021b).

Dabei bestimmt der Globale Norden *„die Regeln der Weltwirtschaft“* (Aiginger 2017: 7) und kann diese auch politisch durchsetzen. So können Technologietransfers vom Globalen Norden in den Globalen Süden auf duale Strukturen stoßen, etwa in der Landwirtschaft. Hier existieren zwei Sektoren nebeneinander: traditionelle Landwirtschaft, welche auf die Inlandsnachfrage ausgerichtet ist und exportorientierte Landwirtschaft, welche für den Weltmarkt bestimmt ist. Zudem bestehen zwischen der Landwirtschaft des Globalen Südens und des Nordens Diskrepanzen, da Letztere auf großflächige, industrialisierte Produktion mit ausreichend Wasser und Infrastruktur ausgelegt ist, während im Süden fehlende Agrarstrukturen, Wasserknappheit und andere Standortbedingungen die landwirtschaftliche Ausgestaltung prägen. Somit kann ein Technologietransfer durch das Abkommen Ungleichheiten im Süden verschärfen, anstatt sie zu beheben, vor allem wenn Exportinteressen Vorrang gegenüber lokaler Ernährungssicherheit einnehmen (vgl. ebd.). Demnach ist zu urteilen, dass die EU als Regelmacherin auftritt, mit ökonomischer sowie technologischer Überlegenheit. Gewinne aus dem Handel mit Rohstoffen wie Soja fließen überwiegend in den Globalen Norden durch multinationale Konzerne, während im Süden oft ökologische Schäden und soziale Kosten bleiben.

Auch spricht Aiginger von Erfolgszuweisungen und Misserfolgsabweisungen (vgl. ebd.: 11). Angewendet auf die Forschung gilt da beispielsweise die EU, welche ihre Bestrebungen für Klima und Umwelt durch das Nachhaltigkeitskapitel, Zusatzprotokoll oder diverse Projekte verhandelt, um eben jenes zu sichern. So werden Exportchancen für die europäische Industrie als Erfolg ihrer Politik dargestellt (vgl. Europäische Kommission 2019b; vgl. Casa Rosada Presidencia 2019a). Gleichzeitig werden die Abholzungen im Amazonasgebiet oder die *schwache* Umsetzung klimapolitischer Standards in Brasilien als exogene Faktoren markiert, die den Abschluss blockieren, also etwas, das außerhalb der Kontrolle der EU liegt (vgl.

Jordans 2020; vgl. Sangmeister 2020: 10). Ebenso heben Argentinien und Brasilien ihre eigenen nationalen Bemühungen hervor, beispielsweise die Erreichung von Klimazielen oder die Einführung von Abholzungsstopps, und führen erzielte Fortschritte explizit auf die Wirksamkeit ihrer jeweiligen Politik zurück (vgl. Brasilwre 2022; vgl. Luhn 2022). Gleichzeitig wird die Kritik der EU am Mercosur als unfair dargestellt, etwa als Ausdruck von europäischem Protektionismus in der Landwirtschaft oder die Degradierung des Mercosur als ewigen Rohstofflieferanten (vgl. Ministerio de Relaciones Exteriores, Comercio International y Culto. República Argentina 2023a; vgl. la diaria 2023; vgl. Brand/Eyselein 2023). So werden Probleme nach außen verlagert, während Exportmöglichkeiten und kommender Wohlstand als nationale Erfolge verkauft werden. Somit ist im Diskurs deutlich geworden, wie die politische Führungsebene eigene Interessen legitimiert und Verantwortung für negative Effekte auf die andere Seite schiebt.

Fazit: Mehr Schein als Sein

Gramscis Konzept des *Trasformismo* beschreibt den politischen Mechanismus, durch den ursprünglich kritische Ideen, etwa Forderungen nach Nachhaltigkeit, nicht bekämpft, sondern vereinnahmt und umgedeutet werden, um bestehende Machtverhältnisse zu stabilisieren und den Status quo zu sichern (vgl. Cox 1969: 222). Im Kontext des EU-Mercosur-Abkommens lässt sich diese Dynamik exemplarisch beobachten. Die EU rechtfertigt und stabilisiert bestehende Machtstrukturen und hegemoniale Ansprüche durch ihre selbst inszenierte Darstellung als *Retterin* und *Förderin* von Wirtschaft und Umwelt durch Investitionen für die Entwicklung eines unterentwickelten Landes (vgl. Europäische Kommission 2019b). Die gesammelten Zitate in Kapitel 6.4 spiegeln eine eurozentrische Perspektive wider, die die EU-Politik als Ausdruck eines grünen Kapitalismus begreift, der zwar Nachhaltigkeit fordert, jedoch ohne strukturelle Machtasymmetrien und globale Ungleichheiten anzuerkennen (vgl. Europäische Kommission 2023a). Das deutet bei den betroffenen Staaten Argentinien und Brasilien darauf hin, dass sie fremdbestimmt und in einer neokolonialen Ordnung verortet sind (vgl. Jordans 2020; vgl. diaria 2023; vgl. [Tweet] @jairbolsonaro 26.08.2019). Denn auch in der EU hat sich ein negatives Bild *Südamerikas* konstituiert, welches weniger realhistorisch fundiert als von Stereotypen geprägt ist (vgl. Wippermann 2007: 126). Damit einhergehend etablierte sich das Narrativ des Mercosur als Partner, dessen Produkte und Produktionsweisen als niedrige qualitativ dargestellt werden und dem zugleich die Bereitschaft zugeschrieben wird, Umwelt und scheinbar unerschöpfliche natürliche Ressourcen zu opfern, *für das Wohl aller* (vgl. Europäische Kommission 2021b; vgl. Bhagwati 2002: 57). „*Prinzipiell muss eine Debatte darüber geführt werden wie sinnvoll und auch global gerecht ist eine Wirtschaft, die auf einer massiven Ausbeutung von Rohstoffen aus anderen Ländern besteht und beruht, um dann hier vor Ort den Überkonsum zu finanzieren*“ (Müller 2023: M. 33:40-50).

Zudem dient die Aufnahme eines Nachhaltigkeitskapitels sowie eines Zusatzprotokolls nicht primär der ökologischen Transformation, sondern der symbolischen Aufladung des Abkommens mit legitimierenden Diskursen, etwa zu Menschenrechten, Umweltschutz und Klimaschutz (vgl. Buckel et al. 2014: 50). Nach Poulantzas (2002; 1978) ist der Staat eine Arena sozialer Konflikte, welcher Diskurse hervorbringt, die durch Gesetze, Rechtsprechung und Ressourcen mobilisiert werden (vgl. Brand/Görg/Wissen 2010: 157). Anwendbar ist dies auf den Fall des EU-Mercosur-Abkommens, auch ermöglicht die Regulationstheorie nach Jessop und Sum (2006; 2013) weiterführend, das Abkommen als ein Versuch zu verstehen, widersprüchliche Interessen zwischen Handelsliberalisierung und Klimaschutz durch neue institutionelle Arrangements wie das Nachhaltigkeitskapitel und das Zusatzprotokoll zu stabilisieren (vgl. Andreucci/Radhuber 2017: 281). Dabei wird Staatlichkeit als strategisches Terrain sichtbar, auf welchem politische Akteur:innen um Hegemonie ringen (vgl. Lenikus et al. 2022: 546f). Somit zeigt der Ansatz nach Poulantzas und fortführend Sum und Jessop, dass jene Form neoliberaler und kapitalistischer Regulation zwar auf Stabilisierung und Legitimierung abzielt, dennoch sichtbar macht, wo Machtasymmetrien bestehen und fortgeschrieben werden und Nachhaltigkeit angepasst wird, anstatt sie tatsächlich umzusetzen. Buckel et al. (2014) knüpft dabei an Hegemonieprojekte an, welche Partikularinteressen als allgemeines Wohl darstellen und auf diese Weise politische Zustimmung organisieren. Weiter übernehmen so Intellektuelle eine zentrale Rolle: Sie verbinden und rationalisieren die Elemente eines Hegemonieprojekts, formulieren Kompromisse und schaffen eine politische Erzählung durch Problemdefinitionen, Situationsanalysen und Lösungsvorschlägen. Gelingt dies, entwickelt sich das Hegemonieprojekt zu einem kohärenten Zusammenhang (vgl. Buckel et al. 2014: 46). Die erfolgreiche Durchsetzung eines Hegemonieprojekts hängt laut Brand und Wissen (2011) davon ab, inwieweit sie im Alltag der Zivilgesellschaft verankert ist (vgl. Brand/Wissen 2011: 81).

In diesem Zusammenhang lässt sich auch der Begriff des *do-it-yourself* im Sinne Gramscis als Ausdruck transformierter Selbstverantwortung deuten. Anstatt strukturelle Machtverhältnisse infrage zu stellen, wird Nachhaltigkeit zur individuellen Praxis erklärt, die politische Stabilität fördert, ohne an der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung zu rütteln (vgl. Cox 1969: 223) (→ 2.2; 5.4). Das Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur-Abkommens erfüllt entsprechend keine rechtlich bindende Funktion. Mit der Strategie des Zusatzprotokolls betreibt die EU ein *treaty-making by afterthought*, um Ratifizierungshürden zu umgehen, ohne jedoch die rechtliche Verbindlichkeit tatsächlich zu erhöhen. Wie Fritz (2020) und Eckes, Verheyen mit Krajewski (2023) darlegen, enthält das Nachhaltigkeitskapitel sowie das Zusatzprotokoll lediglich normative Zielsetzungen, jedoch keine durchsetzbaren Verpflichtungen oder Sanktionsmechanismen (vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 390; vgl. Fritz 2020: 13). Auch

stabilisieren die non-regression-Klausel und die indirekte Regulierung von PPMs bestehende asymmetrische Machtverhältnisse und zeigen, wie normative Standardsetzung als hegemoniales Instrument wirkt (vgl. Mitchell/Munro 2023: 36). Selbst der Verweis auf das Pariser Klimaabkommen bleibt auf unverbindliche Selbstverpflichtungen beschränkt, denn *„this chapter does not require a break with the economic growth mantra“* (Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 406).

Somit fungieren das Nachhaltigkeitskapitel sowie das Zusatzprotokoll primär als symbolisches Instrument, das den Anspruch auf Nachhaltigkeit kommuniziert, jedoch keine strukturelle Kontrolle über tatsächliche Handelspraktiken etabliert und als Legitimationsstrategie dient, um bestehende Machtstrukturen im Handel zu sichern (vgl. Forster 2024: Z. 200-205). Die Verantwortung wird an zivilgesellschaftliche Akteur:innen delegiert, wodurch die politische Ebene entlastet wird. Diese Form des *do-it-yourself* dient der Legitimation und politischen Durchsetzbarkeit des Abkommens, ohne bestehende Macht- und Produktionsverhältnisse grundlegend zu verändern (→ 5.4). Das Nachhaltigkeitskapitel und das Zusatzprotokoll sind somit Teil eines Hegemonieprojekts, das durch *Trasformismo* oppositionelle Diskurse integriert, entschärft und in bestehende Ordnungsstrukturen überführt.

Damit stellt sich grundsätzlich die Frage, ob der Mercosur tatsächlich als Partner auf Augenhöhe betrachtet wird, denn die Verhandlungen basieren auf asymmetrischen Ausgangspositionen (→ 5), verankert in hegemonialer Kommunikation sowie Vertragssetzung und ihr Ausgang ist gekennzeichnet von einem klaren Gewinner sowie einem ständigen Ausbau von Macht und immerwährendem Zugriff auf Ressourcen (→ 6). Somit zeigen auch die in das Abkommen integrierten Nachhaltigkeitsklauseln, dass sie nicht nur Schutzfunktionen erfüllen, sondern zugleich als hegemoniale Praxis wirken können, indem sie Handelsbeziehungen im Sinne bestehender asymmetrischer Machtverhältnisse innerhalb des Abkommens absichern und fortschreiben. Zudem kann jene Art der Praxis seitens der EU als gezielte Täuschung der Öffentlichkeit und zugleich als Instrument zur Festigung hegemonialer Machtpositionen im internationalen Warenhandel gewertet werden. Der Begriff *Greenwashing* kann in diesem Kontext angewendet werden, da er Folgendes beschreibt *„misleading the public to believe that a company or other entity is doing more to protect the environment than it is, greenwashing promotes false solutions to the climate crisis that distract from and delay concrete and credible action“* (United Nations 2025). Die Öffentlichkeit wird somit in dem Glauben gelassen, es würden Schritte für den Umweltschutz unternommen, während tatsächlich wirksame Maßnahmen ausgebremst werden. So zeigte sich im Zuge der Recherche und Analyse dieser Masterarbeit, dass über oben skizzierte strategische Instrumente der EU in den deutschsprachigen Medien kaum (kritisch) berichtet wird. Eine vertiefte Auseinandersetzung bleibt meist spezialisierten Fachmedien, NGOs oder einzelnen Interessensvertretungen überlassen,

wodurch die gesellschaftliche Debatte über die strukturellen Widersprüche zwischen Handel, Macht und Nachhaltigkeit nur begrenzt angestoßen werden. Auf diese Weise kann der Eindruck entstehen, dass im Bereich Umweltschutz Fortschritte erzielt werden, obwohl wirksame und rechtlich verbindliche Maßnahmen ausbleiben.

Schlussendlich gilt es noch hervorzuheben, dass die untersuchten Eckpfeiler im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens ausschließlich Pfeiler der EU sind, ergo agiert die EU schriftlich-institutionalisiert. Das bedeutet, dass ihre Strategien in Dokumenten, Vertragsklauseln oder Programmen verankert sind, die eine hohe Verbindlichkeit ausstrahlen und den Eindruck erwecken, dass Klimaschutz- oder Nachhaltigkeitsinteressen im Abkommen rechtlich abgesichert sind (vgl. Fritz 2020: 13; vgl. Eckes/Verheyen/Krajewski 2023: 404ff). Der Mercosur, ergo seine Mitgliedstaaten Brasilien und Argentinien nutzen diskursive Strategien, die weniger formalisiert sind. Sie äußern ihre Positionen über Pressekonferenzen, offizielle Statements, diplomatische Noten, Tweets und Resolutionen. Diese sind Teil einer politisch-symbolischen Strategie, mit der sie ihre Interessen sichtbar machen, ohne sie aber in Klauseln zu übersetzen (→ 6.3; 6.4).

Zentral ist oft die Forderung nach Fairness, beispielsweise durch das Ausbleiben einseitigen Sanktionen sowie Respekt vor nationaler Souveränität, die als wiederkehrendes Narrativ gegenüber der EU eingesetzt wird (vgl. Brasilwire 2022; vgl. [Tweet] @alferdez 13.06.2023; vgl. [Tweet] @jairbolsonaro 26.08.2019). Zusätzlich gibt es punktuelle Initiativen oder Bekenntnisse innerhalb des Mercosur zur Entwaldungsbekämpfung. Doch diese werden nicht wie bei der EU, als juristisch *greifbare* Hebel ins Abkommen eingebaut, sondern dienen primär der Außenkommunikation und Verhandlungsrhetorik, sprich der Mercosur arbeitet überwiegend mit politischen Selbstverpflichtungen und nationalen Politiken (vgl. Brasilwire 2022; vgl. Luhn 2022). Dies kann als Versuch verstanden werden, auf die heterogene Zivilgesellschaft in Lateinamerika zu reagieren, indem der Staat bemüht ist, diesem Gefüge als einheitlich auftretende Instanz entgegenzutreten (vgl. Costilla/Pimmer 2015: 49ff). Ebenso war zu beobachten, dass die politische Führungsebene ihre eigenen Interessen als Erfolg im Abkommen darstellten und legitimierten, hingegen die Verantwortung für negative exogene Faktoren auf die andere Vertragspartner:innenseite abgeschoben wurden (vgl. Europäische Kommission 2019b; vgl. Casa Rosada Presidencia 2019a; vgl. Jordans 2020; vgl. Sangmeister 2020: 10; vgl. Ministerio de Relaciones Exteriores, Comercio Internacional y Culto. República Argentina 2023a; vgl. la diaria 2023; vgl. Brand/Eyselein 2023). Generell gilt, die EU tritt als Regelsetzerin auf (vgl. Aiginger 2017: 7), während der Mercosur primär reagiert. Damit zeigt sich eine asymmetrische Verhandlungskonstellation, in der europäische Interessen hegemonial in den Prozess eingeschrieben werden. Somit hatte ich den Eindruck, dass Länder des Globalen Nordens vermehrt ihre Interessen in ein Abkommen einschreiben können als Länder des Globalen Südens.

Um dies allerdings belegen zu können habe ich treffende Theorien gesucht, allerdings nichts dazu gefunden. Demnach eine Forschungslücke die sich mir offenbarte.

KAPITEL 7: KONKLUSION – GEWINNER & VERLIERER

7.1 Forschungsergebnisse & Konklusion

Die Forschung⁴² hat gezeigt, dass sich die kolonialen und imperialen Prägungen lateinamerikanischer Staatlichkeit bis heute in asymmetrischen Verhandlungsstrukturen widerspiegeln. Während die EU als geschlossene handelspolitische Einheit auftritt und ihre Interessen schriftlich-institutionalisiert in Vertragsklauseln, Zusatzprotokollen und Programmen wie Global Gateway verankert, bleibt der Mercosur stärker fragmentiert. Seine Heterogenität erschwert die Verhandlungen, da jene Pluralität zu politischer Instabilität und zu häufigen Regierungswechseln, zu divergierenden Positionen führt (Sangmeister 2020). In Anlehnung an Zavaleta (2009) und Lechner (1977) erweist sich die lateinamerikanische Staatlichkeit als heterogen und von begrenzter Konsensfähigkeit, was die Position Brasiliens und Argentinens zusätzlich schwächt. Gramscis (1971) Überlegungen zur Zivilgesellschaft und zu materiellen Zugeständnissen verdeutlichen, dass eine stabile hegemoniale Ordnung, welche in der Zivilgesellschaft ausgetragen wird, im Mercosur begrenzt ist, während die EU ihre Hegemonie durch die Verbindung von Handelsliberalisierung mit normativer Standardsetzung behauptet.

Die analysierten Zitate der Positionsbekundungen der politischen Führungsebene verdeutlichen, dass die politische Kommunikation auf EU-Ebene stark eurozentristisch geprägt ist. Nachhaltigkeit erscheint hier als Ausdruck eines grünen Kapitalismus, der ökologische Ziele betont, ohne die zugrundeliegenden Machtasymmetrien und globalen Ungleichheiten anzuerkennen. In hegemonialer Rhetorik wird die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens als universelle Lösung dargestellt, zugleich aber ein negatives, stereotypisiertes Bild Südamerikas konstruiert: Der Mercosur erscheint als Lieferant qualitativ schlechter Produkte und als Akteur, der bereitwillig Umwelt und Ressourcen für das vermeintliche Allgemeinwohl opfert. Demgegenüber treten die Mercosur-Staaten vor allem mit Narrativen von Fairness, die Aufhebung einseitiger Sanktionen (geltend für den Mercosur) und dem Schutz nationaler Souveränität auf. Diese unterschiedlichen Sprachmuster offenbaren, wie Sprache selbst als Instrument hegemonialer Aushandlung wirkt und bestehende Machtverhältnisse im Abkommen verfestigt.

Die hegemoniale Machtstruktur zeigt sich auch in der ökonomischen Sphäre. Hier wurde mithilfe des Neo-Extraktivismus (Acosta 2012), des Commodities Consensus (Svampa 2015) und der imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017) die Ressourcenausbeutung,

⁴² Die Forschungsfrage lautet: „Wie äußern sich hegemoniale Machtstrukturen bei der Aushandlung agrarhandelspolitischen und klimapolitischen Zielen im EU-Mercosur-Abkommen zwischen der EU, Brasilien und Argentinien von 2019 bis 2023?“

Umweltzerstörung und das Fortschreiben von Ungleichheiten aufgezeigt, während sich vor dem Hintergrund des EU-Mercosur-Abkommens diese Probleme weiterhin verschärfen, vorrangig durch die vorhergesehenen Zollsenkungen und den zunehmenden Interessen an Agrarerzeugnissen aus Brasilien und Argentinien (Fritz 2020). Aktuell exportieren Brasilien und Argentinien hauptsächlich Primärgüter, insbesondere Agrarerzeugnisse, während die EU vor allem verarbeitete Produkte liefert. Dennoch sehen progressive Regierungen in Argentinien und Brasilien (sowie der EU), den Extraktivismus als einen Weg zur (Weiter-)Entwicklung, während Konsument:innen und Arbeiter:innen im Globalen Norden durch strukturelle Zwänge und stille Zustimmung (Gramsci 1971) in ein kapitalistisches System eingebunden sind, das bestehende Machtverhältnisse, Ungleichheiten und Umweltzerstörung fortschreibt und transformative Ansätze behindert (Noever 2019). Demnach reproduziert das EU-Mercosur-Abkommen Nord-Süd-Asymmetrien, indem es die periphere Stellung Brasiliens und Argentinien und deren koloniales Erbe im Weltsystem weiter verfestigt. Dadurch sind produktive Aktivitäten der Peripherie vor allem auf den Export von Primärgütern ausgerichtet, wodurch ihre Wirtschaft und das Alltagsleben stark von Importen von Fertigwaren und Kapitalgütern sowie dessen Nachfrage an Exporten abhängig werden (Gudynas 2012; Costilla/Pimmer 2015; Lechner 1977). Aiginger (2017) beschreibt dies als ein First Mover Advantage, was die strukturellen Ungleichheiten zwischen Nord und Süd weiter verstärkt. Somit versorgt die Peripherie das industrialisierte Zentrum mit Ressourcen, während die Entwicklung des industrialisierten Zentrums, auf der Unterentwicklung der Peripherie basiert (Jahn 2011).

Zusätzlich wird im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens versucht, die Praktik des Umweltschutzes in der Zivilgesellschaft selbst zu einem zentralen Instrument hegemonialer Stabilisierung zu verankern. Demnach wird die Verantwortung an zivilgesellschaftliche Akteur:innen delegiert, wodurch die politische Ebene entlastet wird ohne bestehende Macht- und Produktionsverhältnisse grundlegend zu verändern. Mit der HMPA (Lenikus et al. 2022) und in Anlehnung an Gramsci (1971) wird Nachhaltigkeit so zur individuellen Praxis erklärt, etwa durch Bewusstseinsbildung anhand des ökologischen und CO₂-Fußabdrucks und dadurch in alltägliche Routinen und Praktiken integriert. Diese Verschiebung transformiert ökologische Anliegen in Formen eines *do-it-yourself*-Umweltschutzes, welcher hegemonial wirkt, folglich politische Stabilität sichert, ohne die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung infrage zu stellen. Im Sinne von Jessops (1990) Konzept des Hegemonieprojekts verallgemeinert die EU damit Partikularinteressen, insbesondere ihre Handels- und Agrarhandelsinteressen, als Allgemeininteressen, wodurch ihre hegemoniale Stellung gestärkt und asymmetrische Machtverhältnisse reproduziert werden. Doch die Delegation der Verantwortung an zivilgesellschaftliche Akteur:innen erscheint angesichts der Hauptverursacher:innen der Klimakrise wie fossile Unternehmen in staatlicher sowie privater

Hand und der reichsten Bevölkerungsschicht paradox. Dennoch entlastet eine solche politische Erzählung die politische Ebene weitgehend und die Grenzen von *being a part of it* und *taking part in it*, verschwimmen drastisch.

Die von der EU im EU-Mercosur-Abkommen eingeführten Nachhaltigkeitsinstrumente wie dem Nachhaltigkeitskapitel und dem Zusatzprotokoll dienen vor allem der Legitimierung ihrer Agrarhandelsinteressen unter dem Deckmantel von Umweltschutz- und Klimazielen sowie ihre bereits bestehende hegemoniale Macht im Handel weiter zu sichern. Demnach erfüllt das Nachhaltigkeitskapitel keine rechtlich bindende Funktion und mit der Strategie des Zusatzprotokolls betreibt die EU ein *treaty-making by afterthought*, um Ratifizierungshürden zu umgehen, ohne jedoch die rechtliche Verbindlichkeit tatsächlich zu erhöhen. Auch stabilisieren die non-regression-Klausel und die indirekte Regulierung von PPMs bestehende asymmetrische Machtverhältnisse und zeigen, wie normative Standardsetzung als hegemoniales Instrument wirkt (Fritz 2020; Eckes/Verheyen/Krajewski 2023). Somit lassen sich die Nachhaltigkeitsinstrumente im EU-Mercosur-Abkommen mit der HMPA als Ausdruck einer widersprüchlichen Reproduktion staatlicher Policies begreifen. Die EU reagiert lediglich scheinhaft auf die ökologische Krise, indem sie strategische Ressourcen fördert, ohne das Grundproblem der exzessiven Ressourcennutzung anzugehen. Stattdessen wird die Krisendynamik durch handelspolitische Arrangements, Marktmechanismen und technologische Innovationen verschoben (Lenikus et al. 2022; Syrovatka 2016). Demnach erweisen sich die Nachhaltigkeitsinstrumente als Teil eines Hegemonieprojekts, das durch *Trasformismo* ursprünglich kritischer Ideen, etwa Forderungen nach Nachhaltigkeit, nicht bekämpft, sondern vereinnahmt und umdeutet wird, um bestehende Machtverhältnisse zu stabilisieren und den Status quo zu sichern (Gramsci 1971). Die Regulationstheorie (Jessop/Sum 2006) verdeutlicht, dass das Abkommen ein Versuch ist, widersprüchliche Interessen von Handelsliberalisierung und Klimaschutz durch institutionelle Arrangements wie das Nachhaltigkeitskapitel zu stabilisieren. Somit wird der Staat als strategisches Terrain sichtbar, auf dem um Hegemonie gerungen wird.

Für Argentinien und Brasilien beschränken sich die Strategien überwiegend auf diskursive Positionierungen, die weniger formalisiert sind. Sie äußern ihre Positionen über Pressekonferenzen, offizielle Statements, diplomatische Noten, Tweets und Resolutionen, sowie nationale Politiken wie Brasiliens Entwaldungsbekämpfung unter Lula (Luhn 2022). Dieses Vorgehen ist Teil einer politisch-symbolischen Strategie und wird nicht wie in der EU, als juristisch greifbarer Hebel ins Abkommen eingebaut, sondern dient primär der Außenkommunikation und Verhandlungsrhetorik. Folglich tritt die EU als Regelsetzerin auf, während der Mercosur reagiert. Machtasymmetrien zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden werden so nicht nur sichtbar, sondern im Abkommen strukturell reproduziert.

Kurzum: Hegemoniale Machtstrukturen äußern sich im EU-Mercosur-Abkommen vor allem in asymmetrischen Verhandlungskonstellationen, einer ungleichen Handelsstruktur mit der Reproduktion (neo-)kolonialer Abhängigkeiten und Arbeitsteilung geprägt durch den First Mover Advantage sowie durch die Nutzung hegemonialer Sprachmuster. Nachhaltigkeitsdiskurse lassen sich mit der HMPA als widersprüchliche Reproduktion staatlicher Policies begreifen (Lenikus et al. 2022; Syrovatka 2016), dienen weniger der ökologischen Transformation, mehr als Instrument der Legitimation europäischer Interessen, indem Partikularinteressen als Allgemeininteressen verallgemeinert und Kritik absorbiert werden. Schließlich stabilisiert die Delegation ökologischer Verantwortung an die Zivilgesellschaft diese Ordnung zusätzlich, sodass das Abkommen weniger einen fairen Interessenausgleich darstellt, sondern einen klaren Gewinner hervorbringt. Durch die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens gelingt ein ständiger Ausbau von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen, sowie ein immanenter Zugriff auf (kritische)Ressourcen, vollbracht durch ein neokoloniales Projekt hegemonialer Absicherung im Zeichen von Wohlstand und Klimaschutz aller.

Zur Teilfrage⁴³: Aus der Forschung geht hervor, dass das EU-Mercosur-Abkommen aus der Perspektive der EU als Hegemonieprojekt zu verstehen ist. Kombiniert mit der HMPA wird ersichtlich, wie Machtverhältnisse im politischen Entscheidungsprozess sichtbar werden, vorrangig durch Beziehungen, Kräfteverhältnisse, Strategien und Taktiken (Brand 2013). Dabei verfolgt die EU nicht nur ökonomische Interessen, sondern übt zugleich politische und normative Macht aus. Demnach versucht die EU mit der Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens ihre hegemoniale Stellung im kapitalistischen Wirtschaftssystem fortzuschreiben (Hirschel 2023; Jahn 2011). Die EU äußert ihre Partikularinteressen, vorrangig Handels- und Agrarinteressen, an ihre Zivilgesellschaft (Gramsci 1971) durch hegemoniale Sprachmuster. Dabei wird der Erfolg des EU-Mercosur-Abkommens als universelle Lösung von sozialen, ökonomischen und politischen Problemen dargestellt (Bieling/Steinhilber 2000), primär durch Kompromisse und politische Erzählungen (Buckel et al. 2014). Ebenso gelingt es der EU Nachhaltigkeit zu individueller Praxis in der Zivilgesellschaft im Sinne des *do-it-yourself*-Umweltschutzes zu verankern, was politische Stabilität sichert, ohne die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung infrage zu stellen (Gramsci 1971; European Commission 2023). Die EU tritt dabei als geschlossene Akteurin sowie institutionalisierte Regelsetzerin (Buckel et al. 2014; Lenikus et al. 2022) im Ratifizierungsprozess des EU-Mercosur-Abkommens auf und schreibt ihre Standards, besonders in den Bereichen Arbeits- und Umweltstandards sowie Nachhaltigkeit in das Abkommen ein (European Commission 2022; Bhagwati 2002). Dies gelingt ihr aufgrund der im Alltag verankerten Zustimmung in der Zivilgesellschaft

⁴³ „Ist das EU-Mercosur-Abkommen als Hegemonieprojekt zu verstehen?“

(Brand/Wissen 2011), wodurch ihre hegemoniale Stellung sowie asymmetrische Machtverhältnisse stabilisiert werden (Sangmeister 2020; Fritz 2020). Das Nachhaltigkeitskapitel sowie das Zusatzprotokoll fungieren dabei weniger als bindende ökologische Instrumente, sondern als hegemoniale Praxis (Fritz 2020; Eckes/Verheyen/Krajewski 2023). Damit legitimiert die EU Handelsliberalisierung, absorbiert Kritik und verallgemeinert europäische Partikularinteressen als Allgemeininteresse (Jessop 1990). Das Hegemonieprojekt gewinnt in der EU vor dem Hintergrund von Krisen wie der COVID-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg sowie der daraus resultierenden steigenden Nachfrage an (kritischen) Rohstoffen für die europäische Energiewende bis 2050 an geopolitischer Bedeutung (Maihold/Muscio Blanco/Zilla 2022; Europäische Kommission 2023a) und folglich an Zustimmung in der europäischen Zivilgesellschaft (European Commission 2023). Somit gilt das EU-Mercosur-Abkommen für die EU als erfolgreiches Hegemonieprojekt, da es im Alltag der Zivilgesellschaft verankert (Bruff 2008; Brand/Wissen 2011) und politisch wirksam ist. Damit schreibt das EU-Mercosur-Abkommen bestehende Abhängigkeitsstrukturen im Sinne europäischer Hegemonie fort.

7.2 Grenzen & Chancen der Masterarbeit

Eine Grenze der Masterarbeit bildet vor allem der verwehrte Einblick in sogenannte Hinterzimmergespräche, also Verhandlungen und Absprachen, die nicht öffentlich stattfinden und nicht dokumentiert werden. Demnach wird über nicht über Wissen verfügt, wie und warum gewisse Entscheidungen, seien sie politischer oder wirtschaftlicher Natur, beeinflusst oder (durch Kompromisse) getroffen werden. Zusätzlich kann noch von einer Grenze im Rahmen innenpolitischer Tiefe gesprochen werden, denn die beteiligten Staaten und Blöcke werden nicht in ihrer ganzen innenpolitischen Breite untersucht, sondern exemplarisch über die handels- und umweltpolitischen Positionen und durch ihre politische Führungsebene, und auf Basis ihrer (Inter-)Aktionen bewertet.

Dennoch interpretiert die Masterarbeit auf Grundlage der HMPA das EU-Mercosur-Abkommen als Hegemonieprojekt. Auch werden staatstheoretische europäische sowie lateinamerikanische Ansätze berücksichtigt, einerseits durch eine breitere Analyse zur Identifikation des Hegemonieprojekts, andererseits um hegemoniale Machtstrukturen im EU-Mercosur-Abkommen auf aktueller und historischer Ebene zu analysieren und zu verstehen. Um dem Forschungsvorhaben gerecht zu werden und über handels-, umwelt- oder juristische Perspektiven hinauszugehen, verknüpfe ich verschiedene theoretische Ansätze miteinander. So lassen sich neue Erkenntnisse über das EU-Mercosur-Abkommen gewinnen und das komplexe Zusammenspiel von ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Dynamiken umfassend beleuchten.

Als Chance und zugleich Inspiration kann die Masterarbeit als Ausgangsbasis für weitere Forschung im Bereich der vergleichenden Methoden gesehen werden. Diesbezüglich würde sich vor allem der Vergleich mit anderen von der EU geschlossenen oder noch im Prozess befindlichen Handels- beziehungsweise Assoziierungsabkommen anbieten um daraus schließen zu können, wie die EU ihre hegemoniale Machtstellung im internationalen kapitalistischen Wirtschaftssystem nutzt, um ihre Interessen durchzusetzen. Dies kann mit einem Abkommen mit Ländern des Globalen Südens oder mit Ländern des Globalen Nordens erforscht werden um aus einer eventuell differenzierteren Vorgehensweise, Interessenseinschreibung und Rhetorik schließen zu können. Zusätzlich könnte eine Forschungslücke gefüllt werden, indem der Frage nachgegangen wird, ob es Unterschiede bei den Interessenseinschreibungen in Handels- beziehungsweise Assoziierungsabkommen zwischen Ländern des Globalen Südens, sowie den Ländern des Globalen Nordens gibt.

BIBLIOGRAFIE⁴⁴

Acosta, Alberto (2012): Extractivismo y neoextractivismo: Dos caras de la misma maldición. In: Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (Hrsg.): Más Allá del Desarrollo. Quito: Fundación Rosa Luxemburg y Abya Yala, S. 83-120.

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis. Frankfurt/New York: Campus Verlag GmbH.

Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (2007): Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramsci. Baden-Baden: Nomos, S. 121-140.

Agra Europe Ltd. (1998): Farm concerns block EU-Mercosur trade talks. In: Agra Europe 1806.

Aiginger, Karl (2017): Europa zwischen Globalisierung und Renationalisierung. In: Department of Economics. Workingpaper (252). Online unter: <https://research.wu.ac.at/ws/portalfiles/portal/38071780/wp252.pdf> [16.08.2025].

Alianza Cero Deforestación (2023): The EU Regulation on deforestation-free products does not legitimize the EU Mercosur Association Agreement: An open letter to the European Parliament and the Council of the EU. Online unter: <https://alianzacerodeforestacion.org/wp-content/uploads/2023/05/Letter-EUDR-and-EU-Mercosur-Association-Agreement-2023.pdf> [25.06.2025].

Allenbach-Ammann, János/Weber, Stefanie (2024): Commission Response to Mercosur criticism + Fewer lobby meetings. In: TABLEBRIEFINGS. Online unter: <https://table.media/en/europe/professional-briefing/commission-response-to-mercotur-criticism-fewer-lobby-meetings/> [28.08.2025].

Alpheis, Hannes (1988): Kontextanalyse. Die Wirkung des sozialen Umfeldes am Beispiel der Eingliederung von Ausländern. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Amazon Cooperation Treaty Organization (2025): What we do? Online unter: <https://otca.org/en/what-do-we-do/> [07.08.2025].

Amazon Watch (2019a): New Report: European and North American Companies Support Soy, Cattle, and Timber Companies Responsible for Recent Surge in Amazon Deforestation. Online

⁴⁴ Anderes Bedeutungsmuster der Seitenangaben: S. 185–200 verweist auf ein Kapitel von Seite 185 bis 200, während 99 S. eine Ausgabe mit einer/m Autor:in und insgesamt 99 Seiten bezeichnet.

unter: <https://amazonwatch.org/news/2019/0425-european-and-north-american-companies-support-those-responsible-for-amazon-deforestation-surge> [28.07.2025].

Amazon Watch (2019b): How Northern Consumers and Financiers Enable Bolsonaro's Assault on The Brazilian Amazon. Online unter: <https://amazonwatch.org/assets/files/2019-complicity-in-destruction-2.pdf>, 56 S. [29.07.2025].

Amazon Watch (2023): In Sweeping Moves Since Assuming Brazil's Presidency, Lula Reestablished the Amazon Fund and Signed Executive Orders to Rebuild the Country's Environmental Policy. Online unter: <https://amazonwatch.org/news/2023/0105-in-sweeping-moves-president-lula-reestablished-the-amazon-fund-and-signed-environmental-executive-orders> [15.08.2025].

Andreucci, Diego/Radhuber, Isabella M. (2017): Limits to "counter-neoliberal" reform: Mining expansion and the marginalization of post-extractivist forces in Evo Morales's Bolivia. In: *Geoforum*, 84, S. 280-291.

Attac (2025): EU-Mercosur: Umwelt- und Klimaschutzorganisationen fordern Regierungen in offenem Brief zu Veto auf. Online unter: https://www.attac.at/news/details/eu-mercotur-umwelt-und-klimaschutzorganisationen-fordern-regierung-in-offenem-brief-zu-veto-auf?fbclid=IwY2xjawLLOxZleHRuA2FibQlxMAABHmfVe0X49xNMjpZffjYnw1aUzp5zVoIEyAtetwy8UsZLQdQ4_C4aUnpUHYX_aem_ryhYfzFIWAGOQzGNHCBjLA [27.06.2025].

Bauer, Andrew M./Ellis, Erle C. (2018): The Anthropocene Divide: Obscuring Understanding of Social-Environmental Change. In: *Current Anthropology*, 59 (2), S. 209-227. DOI: <https://doi.org/10.1086/697198>.

Bebbington, Anthony (2009): The new extraction: rewriting the political ecology of the Andes? In: *NACLA Report on the Americas*, 42 (5), S. 12-20.

Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Vol. XXIV (2). Periphere Staatlichkeit. Kritische Staatstheorie des globalen Südens, S. 10-32.

Berland, Ondine/Leroutier, Marion (2025): The gender gap in carbon footprints: determinants and implications. In: Grantham Research Institute on Climate Change and the Environment, Working Paper (424). London: London School of Economics and Political Science, 24 S. Online unter: <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/the-gender-gap-in-carbon-footprints-determinants-and-implications/> [18.07.2025].

Bhagwati, Jagdish N. (2002): *Free Trade Today*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Bieling, Hans-Jürgen (2013): Neogramscianismus. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hrsg.): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Wiesbaden: Springer VS, S. 185-200.

Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration. In: Die Konfiguration Europas (Hrsg.): Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot Verlag, S. 102-130.

Bittlingmayer, Uwe Hermann/Freytag, Tatjana (2019): Einleitung. In: Bittlingmayer, Uwe H./Demirović, Alex/Freytag, Tatjana (Hrsg.): Handbuch Kritische Theorie. Wiesbaden: Springer VS, S. 3-38.

Blatter, Joachim/Langer, Phil C./Wagemann, Claudius (2018): Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Bobbio, Noberto (1988): Gramsci and the conception of civil society. In: Civil society and the state. London: Verso, S. 73-99.

Böcking, Hans Joachim (2018): Wirtschaftsjahr. In: Gabler Wirtschaftslexikon. Online unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/wirtschaftsjahr-48755> [15.05.2025].

Bohne, Andreas (2023): Etikettenschwindel «Global Gateway». In: Rosa Luxemburg Stiftung Online unter: <https://www.rosalux.de/news/id/51019/etikettenschwindel-global-gateway> [01.08.2025].

Bolsonaro, Jair M. [@jairbolsonaro] (2019, 26.08): „– Não podemos aceitar que um presidente, Macron, dispare ataques descabidos e gratuitos à Amazônia, nem que disfarce suas intenções atrás da ideia de uma "aliança" dos países do G-7 para "salvar" a Amazônia, como se fôssemos uma colônia ou uma terra de ninguém.“ [2/3] [Tweet]. Online unter: <https://x.com/jairbolsonaro/status/1165970376725319680> [28.07.2025].

bp (2025): by Carbon Connect. Online unter: https://www.bp.com/en_gb/carbon-connect/home.html [17.05.2025].

Brand, Ulrich (2013): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 42 (4), S. 425-442.

Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2015): (Neo-)Extraktivismus in der Krise? Geschichte und Aktualität eines krisenhaften Entwicklungsmodells in Lateinamerika. In: ÖFSE (Hrsg.): Österreichische Entwicklungspolitik, S. 73-80.

Brand, Ulrich/Eyselein, Gabriel (2023): Warum es dieses EU-Mercosur-Abkommen nicht braucht. In: der standard.at. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000178820/warum-es-dieses-eu-mercotur-abkommen-nicht-braucht> [23.03.2024].

Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2010): Second-Order Condensations of Societal Power Relations: Environmental Politics and the Internationalization of the State from a Neo-Poulantzian Perspective. In: Antipode, 43 (1), S. 149-175.

Brand, Ulrich/Krams, Mathias/Lenikus, Valerie/Schneider, Etienne (2022): Contours of historical-materialist policy analysis. In: Critical Policy Studies 16 (3), S. 279-296. DOI: <https://doi.org/10.1080/19460171.2021.1947864>.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, S. 78-93.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.

Brändle, Stefan (2024): Frankreich legt sich bei Mercosur quer gegen Deutschland. In: derstandard.at. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000245441/frankreich-legt-sich-bei-mercotur-quer-gegen-deutschland> [17.01.2025].

Brannstrom, Christian (2009): South America's neoliberal agricultural frontiers: places of environmental sacrifice or conservation opportunity. In: Ambio 38 (3), S. 141-149. DOI: <https://doi.org/10.1579/0044-7447-38.3.141>.

Brasilwire (2022): Lula's Victory Speech 30/10/2022. Online unter: <https://www.brasilwire.com/lulas-victory-speech-30-10-2022/> [14.08.2025].

Brockhaus (2025): Enzyklopädie. Online unter: <https://brockhaus.de/ecs/enzy/article/latifundien> [20.12.2025].

Bruff, Ian (2008): Culture and Consensus in European Varieties of Capitalism. A "Common Sense" Analysis. Eastbourne [u.a.]: palgrave macmillan.

Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014): Historisch-materialistische Politikanalyse. Die Operationalisierung materialistischer Staatstheorie für die empirische Forschung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.): Kämpfe um

Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: transcript Verlag, S. 43-60.

Bundeskanzleramt (2025): Nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030 / SDGs. Online unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html#:~:text=Die%20Agenda%202030%20ist%20der,der%20Bundesministerien%20erarbeitet%20und%20veroeffentlicht> [31.07.2025].

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2026): Globaler Süden/Globaler Norden. Online unter: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/globaler-sueden-norden-147314> [04.01.2026].

Bundesregierung Deutschland (2023): Pressekonferenz von Bundeskanzler Scholz und dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva am 30. Januar 2023 in Brasilia. Online unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/pressekonferenz-von-bundeskanzler-scholz-und-dem-brasilianischen-praesidenten-luiz-inacio-lula-da-silva-am-30-januar-2023-in-brasilia-2161570> [15.08.2025].

Busch, Alexander (2024): Milei vernachlässigt die außenpolitischen Interessen Argentiniens. In: NZZ. Online unter: <https://www.nzz.ch/meinung/milei-vernachlaessigt-die-aussenpolitischen-interessen-argentiniens-ld.1838819> [16.01.2025].

Carbon Majors (2025): Carbon Majors: 2023 Data Update. Online unter: <https://carbonmajors.org/briefing/The-Carbon-Majors-Database-2023-Update-31397> [17.07.2025].

Casa Civil [@casacivilbr] (2019, 26.08): „Enquanto alguns criticam, outros trabalham! Por determinação do president @jairbolsonaro, as forças de segurança, sob o commando da @DefesaGovBr, atuam no combate a incêndios na #Amazônia [...]” [Tweet]. Online unter: <https://x.com/casacivilbr/status/1165764595761520641> [28.07.2025].

Casa Rosada Presidencia (2019a): Macri on Mercosur-EU trade deal: “This is the most important agreement signed in our history.” Online unter: <https://www.casarosada.gob.ar/international/latest-news/46042-macri-on-mercosur-eu-trade-deal-this-is-the-most-important-agreement-signed-in-our-history> [01.08.2025].

Casa Rosada Presidencia (2019b): President Macri at Mercosur Summit: “The EU-Mercosur agreement is the result of our collective endeavours.” Online unter: <https://www.casarosada.gob.ar/international/latest-news/46045-president-macri-at-mercosur-summit-the-eu-mercosur-agreement-is-the-result-of-our-collective-endeavours> [01.08.2025].

Costilla, Lucio Oliver/Pimmer, Stefan (2015): Konfigurationen von Staatlichkeit in Lateinamerika. Eine Kartographie der historischen Debatten. In: Jenss, Alke/Pimmer, Stefan (Hrsg.): Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 34-58.

Cox, Robert W. (1969): Gramsci, Hegemony, and International Relations. In: Cox, Robert Warburton/Sinclair Timothy J.: Approaches to World Order. Cambridge: Cambridge University Press, S. 215-236.

Cox, Robert W. (1996): Multilateralism and World Order. In: Cox, Robert W./Sinclair, Timothy J. (Hrsg.): Approaches to World Order. Cambridge: Cambridge Press, S. 495-523.

Czaja, Wojciech (2024): Argentinien's rechter Präsident schafft mit Repressionen den Sozialstaat ab. In: derstandard.at. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000210219/argentinien-s-rechter-praesident-schafft-mit-repressionen-den-sozialstaat-ab> [15.01.2025].

Daum, Thomas (2022): Agricultural mechanization and sustainable agrifood system transformation in the Global South. Background paper for The State of Food and Agriculture 2022. In: FAO Agricultural Development Economics Working Paper 22 (11), 54 S. DOI: <https://doi.org/10.4060/cc2625en>.

Delegation of the European Union to Argentina (2023): Cumbre UE-CELAC: Todo lo que necesito saber. Online unter: <https://www.eeas.europa.eu/delegations/argentina/cumbre-ue-celac-todo-lo-que-necesito-saber> und en#:~:text=La%20tercera%20cumbre%20UE%20CELAC,Política%20de%20Seguridad%2C%20Josep%20Borrell [28.08.2025].

Demirović, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramsci. Baden-Baden: Nomos, S. 21-41.

derstandard.at (2023): Absage von Kogler für Mercosur-Abkommen. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000144299373/absage-von-kogler-fuer-mercotur-abkommen> [01.06.2023].

Deutscher Bauernverband (2019): Freihandelsabkommen EU-Mercosur: Bauernverband fordert Neuverhandlung von Agrarteil. Online unter: <https://www.bauernverband.de/topartikel/freihandelsabkommen-eu-mercotur-bauernverband-fordert-neuverhandlung-von-agrarteil> [27.03.2025].

Deutscher Bundestag (2023): EU-Mercosur-Handelsabkommen überwiegend positiv bewertet. Online unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw16-pa-wirtschaft-mercotur-abkommen-939364> [23.03.2024].

Die Presse (2023): Tauziehen zwischen Befürwortern und Gegnern von Mercosur dauert an. Online unter: <https://www.diepresse.com/13442015/tauziehen-zwischen-befuerwortern-und-gegnern-von-mercotur-dauert-an> [20.08.2023].

Dinkel, Jürgen (2014): „Dritte Welt“ – Geschichten und Semantiken. In: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.596.v1>. Online unter: [https://docupedia.de/zg/Dritte Welt](https://docupedia.de/zg/Dritte_Welt) [19.01.2025].

Dorn, Felix (2021): Das Entwicklungsmodell des Neo-Extraktivismus in Lateinamerika. In: felixdorn.com. Online unter: <https://www.felixdorn.com/blog/neo-extraktivismus-lateinamerika> [20.01.2025].

Dörre, Klaus (2018): Imperiale Lebensweise – eine hoffentlich konstruktive Kritik. Teil 1: These und Gegenthese. In: Sozialismus 45 (6), S. 10-13. Online unter: https://www.sozialismus.de/vorherige_hefte_archiv/sozialismus/2018/heft_nr_6_juni_2018/ [29.11.2024].

dpa (2019): Amazonas-Brände: Bolsonaro empört über Hilfsangebot der G7. In: Zeit Online. Online unter: <https://www.zeit.de/news/2019-08/26/brasiliens-polizei-ermittelt-gegen-brandstifter> [17.02.2025].

Dye, Thomas R. (1972): Understanding Public Policy. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

Eckes, Christina/Verheyen, Roda/Krajewski, Piotr (2023): Treaty-Making by Afterthought. Can the EU-Mercosur Association Agreement Be Saved by the Joint Instrument? In: Archiv des Völkerrechts, 61 (4), S. 390-420. DOI: <https://doi.org/10.1628/avr-2023-0025>.

Europäische Kommission (2019a): Zentrale Elemente des Handelsabkommens EU-Mercosur. Online unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_19_3375 [29.03.2025].

Europäische Kommission (2019b): EU und Mercosur erzielen Einigung in Handelsfragen. Online unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_3396 [07.05.2025].

Europäische Kommission (2021a): Speech by Executive Vice-President Valdis Dombrovskis at the BusinessEurope working meeting: EU and Mercosur Business committed to

Sustainability. Online unter:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_21_7461 [27.06.2025].

Europäische Kommission (2021b): Opening statement by Executive Vice-President Valdis Dombrovskis at the meeting with the European Parliament AGRI Committee. Online unter:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_21_7723 [29.08.2025].

Europäische Kommission (2023a): Grundsatzrede von Präsidentin Ursula von der Leyen beim Wirtschaftsforum EU-Argentinien. Online unter:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_23_3266 [02.07.2025].

Europäische Kommission (2023b): A green transition that leaves no one behind. Online unter:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ac_23_3426 [21.03.2025].

Europäische Kommission (2024): Fragen und Antworten zum Partnerschaftsabkommen EU-Mercosur. Online unter:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_24_6245 [19.03.2025].

Europäische Kommission (2025): Global Gateway. Online unter:
https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/global-gateway_de [01.08.2025].

Europäisches Parlament (2023): Parlament nimmt neues Gesetz zur Bekämpfung der weltweiten Entwaldung an. Online unter: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230414IPR80129/parlament-nimmt-neues-gesetz-zur-bekampfung-der-weltweiten-entwaldung-an> [21.05.2025].

European Commission (2022): Trade and Sustainable Development. Online unter:
<https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbd0e/library/63854154-7f3f-45d6-bfe6-53e330818fd0/details?download=true>
[25.06.2025].

European Commission (2023): Climate Change. Summary Report. DOI:
<https://doi.org/10.2834/432566>.

European Commission (2024a): European Union, Trade in goods with Mercosur 4. Online unter:
https://webgate.ec.europa.eu/isdb_results/factsheets/region/details_mercosur-4_en.pdf [23.03.2025].

European Commission (2024b): European Union, Trade goods with Argentina. Online unter:
https://webgate.ec.europa.eu/isdb_results/factsheets/country/details_argentina_en.pdf
[23.03.2025].

European Commission (2024c): European Union, Trade goods with Brazil. Online unter: https://webgate.ec.europa.eu/isdb_results/factsheets/country/details_brazil_en.pdf [23.03.2025].

European Commission (2024d): Agri-Food Trade Statistical Factsheet. European Union – Argentina. Online unter: https://agriculture.ec.europa.eu/system/files/2023-05/agrifood-argentina_en.pdf [15.05.2025].

European Commission (2024e): Agri-Food Trade Statistical Factsheet. European Union – Brazil. Online unter: https://agriculture.ec.europa.eu/system/files/2023-05/agrifood-brazil_en.pdf [15.05.2025].

European Commission (2024f): Annex to the Trade and Sustainable Development chapter. Online unter: <https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbd0e/library/19d538eb-d33c-4039-8afa-42dfe7cc66b6/details?download=true> [25.06.2025].

European Commission (2024g): Factsheet: EU-Mercosur partnership agreement – Opening opportunities for European farmers. Online unter: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercotur/eu-mercotur-agreement/factsheet-eu-mercotur-partnership-agreement-opening-opportunities-european-farmers_en [29.03.2025].

European Commission (2024h): EU-Mercosur Agreement. Online unter: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercotur/eu-mercotur-agreement_en [07.05.2025].

European Commission (2024i): New EU-Mercosur trade agreement. The agreement in principle. Online unter: <https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbd0e/library/3bc87341-e6b2-4842-9584-4efa61643486/details?download=true> [03.07.2025].

European Commission (2024j): EU and Mercosur reach political agreement on groundbreaking partnership. Online unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6244 [12.08.2025].

European Commission (2025a): Oilseeds and protein crops. Online unter: <https://agridata.ec.europa.eu/extensions/DataPortal/oilseeds-protein-crops.html> [19.06.2025].

European Commission (2025b): EU Oilseeds and protein crops Trade 2024/25 Marketing Year July – December. Online unter: <https://circabc.europa.eu/sd/a/ecca07a5-5d56-47b1-a678-e24ccee450c/oilseeds-trade-2017-18-marketing-year-July-De-%20cember.pdf> [14.05.2025].

European Commission (2025c): EU-Mercosur – a boost for jobs and exports in Germany. Online unter: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercotur/eu-mercotur-trade-your-town/germany-mercotur-trade-your-town_en [16.07.2025].

European Union (2024a): EU-Mercosur Partnership Agreement. Opening Opportunities for European Framers. Online unter: <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/880027/Factsheet%20EU-Mercotur%20Trade%20Agreement%20-%20Agriculture.pdf> [19.03.2025].

European Union (2024b): EU-Mercosur Partnership Agreement. Trade and Sustainable Development. Online unter: <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/880029/Factsheet%20EU-Mercotur%20Trade%20Agreement%20-%20Sustainable%20Development.pdf> [23.05.2025].

European Union (2025): Mitgliedstaaten. Online unter: <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/member-states.html#:~:text=Derzeit%20sind%20es%2027%20Mitgliedstaaten,%2C%20Slowakei%2C%20Finnland%20und%20Schweden> [26.03.2025].

Eurostat (2020): Farms and farmland in the European Union – statistics. Online unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Farms_and_farmland_in_the_European_Union_-_statistics#Highlights [22.05.2025].

Eurostat (2025): Performance of the agricultural sector. Online unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Performance_of_the_agricultural_sector&oldid=637566 [29.07.2025].

FAO (2022): The State of Food and Agriculture 2022. Leveraging automation in agriculture for transforming agrifood systems. Rome: FAO. DOI: <https://doi.org/10.4060/cb9479en>.

FDCL & RLS (2012): Der Neue Extraktivismus. Die aktuelle Debatte über Rohstoffabhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, S. 7-11.

Fernández, Alberto [@alferdez] (2023, 13.06): „Queremos llegar al mejor acuerdo entre el @mercosur y la Unión Europea, que sea justo y en beneficio mutuo. Por eso, presentamos a la #UE nuestros requerimientos para concretar un acuerdo que termine con las asimetrías entre ambas economías y preserve nuestro desarrollo. [1/3] Europa es un extraordinario socio, el mayor inversor extranjero en el país. En este sentido, hoy firmamos un Memorandum de Entendimiento de Asociación Estratégica sobre Cadenas de Valor Sostenibles en Materias Primas: beneficia a la industria y al empleo argentino. [2/3] También tratamos la posibilidad de que Europa agregue valor a la producción de litio, la explotación de cobre e hidrógeno verde y la implementación de plantas de licuefacción de gas, cuestiones energéticas que Argentina y el @mercosur pueden proveer.” [3/3] [Tweet]. Online unter: <https://x.com/alferdez/status/1668715447330430977> [27.06.2025].

Follador, Marco/Philippidis, George/Davis, Juliana/Soares-Filho, Britaldo (2019): Assessing the impacts of the EU bioeconomy on third countries. Luxemburg: Publications Office of the European Union. DOI: <https://doi.org/10.2760/304776>. Online unter: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/86a3d3fa-f089-11e9-a32c-01aa75ed71a1/language-en> [20.05.2025].

Fracarolli, Guilherme (2022): EU-Mercosur Trade Agreement. Geographical Indication agri-food products on the table. Worldwide Perspectives on Geographical Indications. Montpellier: Centre de Coopération Internationale en Recherche Agronomique pour le Développement. Online unter: <https://hal.science/hal-03791381/document> [28.03.2023].

Frick, Vivian/Gossen, Maike (2022): Teilbericht. Junge Menschen in der Klimakrise. Eine Untersuchung zu emotionaler Belastung, Bewältigungsstrategien und Unterstützungsangeboten im Kontext von Klimawandel und Umweltproblemen in der Studie "Zukunft? Jugend fragen! 2021." In: Umweltbundesamt. Online unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_127-2022_junge_menschen_in_der_klimakrise.pdf#page24 [04.08.2025].

Friedrich-Ebert-Stiftung (2025): Globaler Süden. In: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter: <https://www.fes.de/wissen/globaler-sueden> [19.01.2025].

Friends of the Earth Europe (2023): EU-Mercosur Joint Instrument DRAFT - SENSITIVE Version of February 2023 Preamble. Online unter: <https://friendsoftheearth.eu/wp-content/uploads/2023/03/LEAK-joint-instrument-EU-Mercosur.pdf> [10.04.2024].

Fritz, Thomas (2020): EU-Mercosur-Abkommen. Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte. Aachen, Hamburg, Wien: Miserior e.V., Greenpeace e.V., Dreikönigsaktion Hilfswerk der Katholischen Jungschar (DKA).

Fritz, Thomas (2023): EU-MERCOUR-ABKOMMEN verhindert eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Südamerika. In: Brot für die Welt Standpunkt (07). Online unter: [https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Studie EU-Mercosur-Abkommen verhindert Entwicklung.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Studie_EU-Mercosur-Abkommen_verhindert_Entwicklung.pdf) [14.08.2025].

Galeano, Eduardo (1997): Open Veins of Latin America: five centuries of the pillage of a continent. New York: Monthly Review Press.

Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2012): Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen. Brüssel: Rosa Luxemburg Stiftung. Online unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Staatsprojekt-Europa-Okt-2012.pdf [02.02.2025].

Ghiotto, Luciana/Echaide, Javier (2019): Summary of the agreement between the European Union and the Mercosur. Berlin, Buenos Aires, Brüssel: Cavazzini Anna MEP, The Greens/EFA, PowerShift e.V. Online unter: <https://www.annacavazzini.eu/wp-content/uploads/2020/01/Summary-EU-Mercosur-Luciana-Ghiotto-Javier-Echaide.pdf> [28.03.2024].

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gramsci, Antonio (1971): Selections from the Prison Notebooks. New York: International Publishers.

Greenpeace Deutschland (2025): 11 Tipps für mehr Klimaschutz im Alltag. Online unter: <https://www.greenpeace.de/klimaschutz/klimakrise/10-tipps-klimaschutz-alltag> [30.07.2025].

Greenpeace Netherlands (2025): JBS profits from EU-Mercosur deal. Online unter: <https://www.greenpeace.org/nl/bossen-categorie/69339/jbs-profits-from-eu-mercosur-deal/> [15.07.2025].

Greenpeace Nordic (2024): Turning down the heat: Pulling the Climate Emergency Brake on Big Meat and Dairy. Online unter: https://www.greenpeace.org/static/planet4-sweden-stateless/2024/10/2996f732-2024.10.07_turning-down-the-heat-report-with-design_english.pdf, 82 S. [15.07.2025].

Gudynas, Eduardo (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: www.kurswechsel.at (3), S.69-80. Online unter: <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Neo-Extraktivismus.pdf> [28.08.2021].

Gudynas, Eduardo (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, S. 46-62.

Hafner, Robert (2022): The Anthropocene: Thought styles, controversies and their expansions. A review. In: DIE ERDE, 153 (3), S. 149-161.

Hall, Stuart (1996): The Problem of Ideology – Marxism without Guarantees. In: Morley, David/Chen, Kuan-Hsing (Hrsg.): Stuart Hall. Critical Dialogues in Cultural Studies. London: Routledge, S. 25-46.

Handelsblatt (2023): Paraguay setzt Frist für Mercosur-Verhandlungen mit der EU. Online unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/freihandelsabkommen-paraguay-setzt-frist-fuer-mercotur-verhandlungen-mit-der-eu/29411524.html> [23.03.2024].

Heise, Mikiya/Fromberg, Daniel von (2007): „Die Machtfrage stellen“ Zur politischen Theorie Antonio Gramscis. In: Merckens, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antoni Gramscis. Hamburg: Argument Verlag, S. 110-125.

Hirschel, Dirk (2023): Grüner Kapitalismus. Die ökologische Krise. In: Braches-Chvrek, Rita/Röhner, Charlotte/Moran-Ellis, Jo/Sünker, Heinz (Hrsg.): Handbuch Kindheit, Ökologie und Nachhaltigkeit. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 41-55.

Holzner, Elisabeth (2017): Anpassung an den Klimawandel in Chile. Eine historisch-materialistische Policy-Analyse der Umwelt- und Klimapolitik. Wien: Mandelbaum Verlag.

Honer, Anne (2011): Kleine Lieblichkeiten. Erkundungen in Lebenswelten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

IDH/IUCN-NL (2019): European Soy Monitor – Insights on the European supply chain and the use of responsible and deforestation-free soy in 2017. Online unter: <https://www.idhsustainabletrade.com/uploaded/2019/04/European-Soy-Monitor.pdf> [15.05.2025].

I-Profesional (2018): El Gobierno oficializó la eliminación del fondo sojero: éste es el impacto provincia por provincia. Online unter: <https://www.iprofesional.com/economia/275833-fondo->

[de-sustentabilidad-solidario-ajuste-fondos-El-Gobierno-oficializo-la-eliminacion-del-fondo-sojero-este-es-el-impacto-provincia-por-provincia](#) [22.05.2025].

Jahn, Detlef (2011): Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

JBS (2025a): Our Business. Online unter: <https://www.jbs.com.br/en/about/our-business/> [15.07.2025].

JBS (2025b): Amendment No. 6 to Form F-4 Registration Statement. Online unter: <https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1791942/000119312525062845/d654052df4a.htm>, S. 1-320 [15.07.2025].

Jessop, Bob (1990): State Theory: Putting the Capitalist State in Its Place. Cambridge: Polity.

Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State. Cambridge: Polity Press.

Jessop, Bob (2009): Cultural Political Economy and Critical Policy Studies. In: Critical Policy Studies, 3 (3–4). Oxfordshire: Routledge Taylor & Francis Group, S. 336–356. DOI: <https://doi.org/10.1080/19460171003619741>.

Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2006): Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place. Cheltenham: Elgar.

Jordans, Frank (2020): Argentina: Mercosur will address EU environment concerns. In: The Associated Press. Online unter: <https://apnews.com/article/europe-deforestation-global-trade-south-america-free-trade-54f1b0c1ec1d5c415a7373b12bca1379> [15.08.2025].

Kallscheuer, Otto (1987): Antonio Gramscis intellektuelle und moralische Reform des Marxismus. In: Münkler, Herfried/Fetscher, Iring (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen 5, S. 588-601.

Kammel, A. (2025): Mercosur. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/177130/mercotur> [12.03.2025].

Kehoe, Laura/Reis, Tiago/Virah-Sawmy, Malika/Balmford, Andrew/Kümmerle, Tobias (2019): Make EU trade with Brazil sustainable. In: Science. Online unter: <https://www.science.org/doi/epdf/10.1126/science.aaw8276> [27.03.2025].

Kirchschläger, Peter G. (2022): Wer hat den ökologischen Fussabdruck erfunden? Online unter: https://www.unilu.ch/fileadmin/user_upload/Peter_G._Kirchschlaeger_Pfarreiblatt_Sursee_10_2022.pdf, S. 6 [14.07.2025].

la diaria (2023): Lula en la cumbre del Mercosur. "Me comprometo a concluir el acuerdo con la UE, que debe ser equilibrado." Online unter: <https://ladiaria.com.uy/mundo/articulo/2023/7/lula-en-la-cumbre-del-mercosur-me-comprometo-a-concluir-el-acuerdo-con-la-ue-que-debe-ser-equilibrado/> [02.07.2025].

Le Monde (2023): Lula and the Amazon rainforest: An encouraging commitment. Online unter: https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2023/08/10/lula-and-the-amazon-rainforest-an-encouraging-commitment_6087789_23.html [07.08.2025].

Lenikus, Valerie/Brand, Ulrich/Krams, Mathias/Schneider, Etienne (2022): Historisch-materialistische Policy-Analyse. In: Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah/Schmitt, Tobias/Von Winterfeld, Uta (Hrsg.): Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden. Bielefeld: transcript Verlag, S. 545-552.

Lobato, Andrés (2020): El Gobierno buscará recaudar más de USD500 millones con la suba de retenciones a la soja. In: BAE Negocios. Online unter: <https://www.baenegocios.com/economia/El-Gobierno-buscara-recaudar-mas-de-USD500-millones-con-la-suba-de-retenciones-a-la-soja-20200226-0082.html> [22.05.2025].

López, Paula (2019): Con el aumento de retenciones, Alberto busca asegurarse u\$s 2000 millones extra. In: El Cronista. Online unter: <https://www.cronista.com/economia-politica/Con-el-aumento-de-retenciones-Alberto-busca-asegurarse-us-2000-millones-extra-20191125-0062.html> [22.05.2025].

Ludwig Forum Aachen (2021): Sweet Lies. Funktionen der Zugehörigkeit. Online unter: <https://sweetlies.ludwigforum.de/glossary/globaler-norden-globaler-sueden/> [04.01.2026].

Luhn, Alec (2022): COP 27: 'Brazil is back' to fight deforestation, Lula says, but hurdles await. In: Mongabay. Online unter: <https://news.mongabay.com/2022/11/cop27-brazil-is-back-to-fight-deforestation-lula-says-but-hurdles-await/> [07.08.2025].

LULA (2021): Leia o discurso de Lula no Parlamento Europeu. Online unter: <https://lula.com.br/leia-o-discurso-de-lula-no-parlamento-europeu/> [28.06.2025].

Macartney, Huw (2009): Variegated Neo-Liberalism: Transnationally Oriented Fractions of Capital in EU Financial Market Integration. In: Review of International Studies 35 (2). Cambridge: Cambridge University Press, S. 451-480. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0260210509008596>.

Maihold, Günther/Muscio Blanco, Tania/Zilla, Claudia (2022): Von gemeinsamen Werten zu komplementären Interessen: Für eine Neukonzeption der Beziehungen Deutschlands und der

EU mit Lateinamerika und der Karibik. In: SWP-Aktuell (78), 8 S. DOI: <https://doi.org/10.18449/2022A78>.

Marques da Silva, Isabel (2019): Bauernproteste in Brüssel wegen Mercosur-Handelsabkommen. In: euronews. Online unter: <https://de.euronews.com/my-europe/2019/07/11/bauernproteste-in-brussel-gegen-mercotur-freihandelsabkommen> [27.03.2025].

Martín-Retortillo, Miguel/Pinilla, Vincente/Velazco, Jackeline/Willebald, Henry (2019): The Dynamics of Latin American Agicultural Production Growth 1950-2008. In: Journal of Latin American Studies 51 (3), S. 573-605. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0022216X18001141>.

Matthes, Sebastian (2012): Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika. In: OneWorld Perspectives (2), 99 S.

medianet (2020): Stadt Wien und Jung von Matt Donau tun fürs Klima. Online unter: <https://medianet.at/news/marketing-and-media/stadt-wien-und-jung-von-matt-donau-tun-was-fuers-klima-34609.html> [03.08.2025].

Melber, Henning (1992): Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

Menke Brignol, Aline/Carvalho Júnior, Osmar Abílio de/Trancoso Gomes, Roberto Arnaldo/Éder, Souza Martins de/Oliveira, Sandro Nunes de (2009): Análise das mudanças do uso agrícola da terra a partir de dados de sensoriamento remoto multitemporal no município de Luís Eduardo Magalhães (BA - Brasil). In: Soc Nat 21 (3), S. 315-326. Online unter: <https://www.scielo.br/j/sn/a/cxPVmMxvZhX3mscQ9363KxD/> [28.05.2025].

MERCOSUR (2025): En pocas palabras. Online unter: <https://www.mercosur.int/quienes-somos/en-pocas-palabras/> [15.01.2025].

Michalczewsky, Kathia/De Angelis, Jesica/De Azevedo, Belisario/Toscani, Verónica (2019): MERCOSUR-European Free Trade Association Agreement. Washington, D.C.: Inter-American Development Bank. DOI: <https://doi.org/10.18235/0001876>.

Ministério da Agricultura e Pecuária (2024): Brazilian Agribusiness Exports Surpass USD 153 Billion in 2024. Online unter: <https://www.gov.br/agricultura/en/news/brazilian-agribusiness-exports-surpass-usd-153-billion-in-2024> [19.05.2025].

Ministerio de Relaciones Exteriores, Comercio Internacional y Culto. República Argentina (2023a): Cumbre del MERCOSUR en Iguazú: Cafiero encabezó el plenario del Consejo del Mercado Común. Online unter: <https://www.cancilleria.gob.ar/es/destacados/cumbre-del-mercado-comun>

[mercosur-en-iguazu-cafiero-encabezo-el-plenario-del-consejo-del-mercado-comun](#)
[03.07.2025].

Ministerio de Relaciones Exteriores, Comercio Internacional y Culto. República Argentina (2023b): Todesca Bocco sobre el MERCOSUR: “Juntos estamos mejor y tenemos que consolidar este mercado interno más grande.” Online unter: <https://www.cancilleria.gob.ar/es/actualidad/noticias/todesca-bocco-sobre-el-mercosur-juntos-estamos-mejor-y-tenemos-que-consolidar> [28.08.2025].

Minter, Steffen (2018): fiskalische Besteuerung. In: Gabler Wirtschaftslexikon. Online unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/fiskalische-besteuerung-35469> [22.05.2025].

Mitchell, Andrew D./Munro, James (2023): An International Law Principle of Non-Regression from Environmental Protections. In: The International and Comparative Law Quarterly 72 (1), S. 35-71. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0020589322000483>.

Monteiro, Rhadson Rezende/Profice, Christiana Cabicieri/Grenno, Fernando Enrique/Schiavetti, Alexandre (2021): Environmental aspects of the agreement between the European Union and Mercosur. In: Research, Society and Development, 10 (15). DOI: <https://doi.org/10.33448/rsd-v10i15.23038>.

Mourao Permoser, Julia (2022): Die Außenpolitik gegenüber Lateinamerika. In: Senn, Martin/Eder, Franz/Kornprobst, Markus (Hrsg.): Handbuch Außenpolitik Österreichs. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 643-662.

Müller, Bettina (2023, 07.12): Rohstoffe und Handel – Wie die EU sich durch Handelsabkommen Rohstoffe im Globalen Süden sichern will. In: PowerShift, Kompass Weltwirtschaft, Folge 44 [Podcast]. Online unter: <https://open.spotify.com/episode/2Nq6XweyvU7tndzcHMRaMe?si=dcab5ad402dd4063> [02.08.2025].

Nadkarni, Miryam (2024): Der Giftvertrag EU-Mercosur. In: Greenpeace. Online unter: <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/eu-mercosur-abkommen> [17.01.2025].

News ORF.at (2019): Bevölkerung in EU stieg auf 513 Millionen. Online unter: <https://orf.at/stories/3129768/#:~:text=Dieser%20Artikel%20ist%20älter%20als,davor%2C%20wie%20Eurostat%20heute%20mitteilte> [17.03.2025].

Noever Castelos, Carla (2019): Imperiale Lebensweise. In: Brunner, Jan/Dobelmann, Anna/Kirst, Sarah/Prause, Louisa (Hrsg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Bielefeld:

transcript Verlag, S. 141-146. DOI: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1515/9783839444337-020>.

Nolte, Detlef (2019): Mercosur-Abkommen: Europas geoökonomische und -strategische Interessen. DGAP kompakt (16), 9 S.

ÖBV-Via Campesina Austria (2021): Unsere Ziele. Online unter: <https://www.viacampesina.at/unsere-ziele/> [06.06.2025].

oesterreich.gv.at (2024): Europäische Kommissionen seit 1967. Online unter: https://www.oesterreich.gv.at/themen/eu_und_international/recht_in_der_eu/Seite.250934.html [18.03.2025].

Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Oliveira, Ariovaldo Umbelino de (2009): O governo Lula assumiu a contrarreforma agrária: a violência do agrobandidismo continua. In: Conflitos no campo Brasil 2008. Goiânia: CPT - Comissão Pastoral da Terra, S. 61-71. Online unter: https://biblio.fflch.usp.br/Oliveira_AU_135_1840141_OGovernoLulaAssumiuAContrarreformaAgraria.pdf, [21.02.2025].

Oliveira, Sandro Nunes de/Carvalho Júnior, Osmar Abílio de/Trancoso Gomes, Roberto Arnaldo/Guimarães Fontes, Renato /Éder, Souza Martins de (2014): Detecção de mudança do uso e cobertura da terra usando o método de pós-classificação na fronteira agrícola do Oeste da Bahia sobre o Grupo Urucuia durante o período 1988-2011. In: Revista Brasileira de Cartografia 66 (5), S. 1157-1176.

Oliveira, Sandro Nunes de/De Carvalho Júnior, Osmar/Trancoso Gomes, Roberto Arnaldo/Guimarães Fontes, Renato/Concepta McManus, Margret (2017): Landscape-Fragmentation Change Due to Recent Agricultural Expansion in the Brazilian Savanna, Western Bahia, Brazil. In: Regional Environmental Change 17 (2), S. 411-423. DOI: <https://doi.org/10.1007/s10113-016-0960-0>.

OÖ Bauernbund (2023): EU-Mercosur-Pakt bleibt weiter heiß umstritten. Online unter: <https://ooe.bauernbund.at/2023/02/02/eu-mercotur-pakt-bleibt-weiter-heiss-umstritten/> [27.03.2025].

ORF.at (2025): Grünes Licht für Mercosur Abkommen. Online unter: <https://orf.at/stories/3404403/> [03.12.2025].

Oxfam (2023): Survival of the Richest. How we must tax the super-rich now to fight inequality. Oxford: Oxfam GB for Oxfam International, 57 S. DOI: <https://doi.org/10.21201/2023.621477>.

Paasch, Armin/Madalena, Ramos Görne (2023): EU-Mercosur-Abkommen: Handelspolitik in Retroformat. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Online unter: https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/april/eu-mercotur-abkommen-handelspolitik-im-retroformat#_ftn1 [02.09.2025].

Panda Magazin (2024): Cerrado: Unbekanntes Paradies in Gefahr: was unser Fleischkonsum im brasilianischen Cerrado anrichtet. In: WWF, (1), S. 8-13.

Pflügel, Jakob (2023): Match gegen China. EU-Kommission macht Druck bei Handelsdeal mit Südamerika. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000172186/eu-kommission-macht-druck-bei-mercotur-deal> [01.06.2023].

Poulantzas, Nicos (2002/1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA-Verlag Hamburg.

PowerShift e.V. (2025): Auftaktaktion gegen das EU-Mercosur Handelsabkommen in Berlin – und deutschlandweit. Online unter: <https://power-shift.de/termin/auftaktaktion-gegen-eu-mercotur-handelsabkommen/> [27.06.2025].

Prainsack, Barbara/Pot, Mirjam (2021): Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.

Quijano, Aníbal (2016): Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika. Wien/Berlin: Verlag Turia + Kant.

Rasmussen, Mattias Borg/Pinho, Patricia (2016): Environmental Justice and Climate Change in Latin America. In: Lasa Forum, 47 (4), S. 8-11.

Rickards, Lauren (2019): Using and Interrogating Privilege to Progress Climate Justice. In: Climate Justice in a Climate Changed World. Planning Theory & Practice, 21 (2), S. 295-298. DOI: <https://doi.org/10.1080/14649357.2020.1748959>.

Rijk, Gerard/Kuepper, Barbara (2025): JBS: extra profits from EU-Mercosur deal. In: Profundo. Online unter: <https://hwkvufmtfxjkrhbrfqkj.supabase.co/storage/v1/object/public/PUB/Summary%20and%20Conclusions%20-JBS%20-%20extra%20profit%20from%20EU-Mercosur%20-%2029%20May.pdf>, 5 S. [15.07.2025].

Sangmeister, Hartmut (2019): Hispanoamerika. Wirtschaft, Politik, Geschichte. Baden-Baden: Nomos.

Sangmeister, Hartmut (2020): Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz. In: Ibero-Analysen (31), 35 S.

Sangmeister, Hartmut/Schönstedt, Alexa (2009): Wege und Irrwege zum Wohlstand. Theorien und Strategien wirtschaftlicher Entwicklung. Baden-Baden: Nomos. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845219448>.

Schaffar, Wolfram (2019): Globalisierung des Autoritarismus. Aspekte der Weltweiten Krisen der Demokratie. In: Studien (6). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Scherrer, Christoph (2007): Hegemonie: empirisch fassbar? In: Merkens, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antoni Gramscis. Hamburg: Argument Verlag, S. 71-84.

Schatzler, Martin/Drapela, Thomas/Lindenthal, Thomas (2021): Die Auswirkungen des österreichischen Imports ausgewählter Lebensmittel auf Flächenverbrauch, Biodiversität und Treibhausgasemissionen in den Anbauregionen des globalen Südens. Wien: Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL).

Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schöngart, Sarah/Nicholls, Zebedee/Hoffmann, Roman/Pelz, Setu/Schleussner, Carl-Friedrich (2025): High-income groups disproportionately contribute to climate extremes worldwide. In: Nature Climate Change 15, S. 627-633. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41558-025-02325-x>.

Segata, Jean/Sordi, Caetano/Borges Segata, Juliara/Lewgoy, Bernardo (2021): Ungesunde Ökologien, prekäre Arbeit und Pandemie in der globalisierten Fleischindustrie im Süden Brasiliens 2021. In: Peripherie – Politik, Ökonomie, Kultur (164), S. 86-404. DOI: <https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i4.02>.

SOS-Kinderdorf (2021): Zukunftsangst & Ohnmacht: Sorgen der Kinder und Jugendlichen zum Klimawandel. Online unter: <https://www.sos-kinderdorf.at/kinderrechte/klima/studie> [04.08.2025].

Sprague, John (1982): Is There a Micro Theory Consistent with Contextual Analysis? In: Ostrom, Elinor (Hrsg.): The Nature of Political Inquiry. Beverly Hills: Sage Publications, S. 99-121.

Statistics Netherlands (2025): Netherlands is EU's largest importer of goods from Mercosur countries. Online unter: <https://www.cbs.nl/en-gb/news/2025/13/netherlands-is-eu-s-largest-importer-of-goods-from-mercosur-countries> [15.07.2025].

Statistics Sweden (2011): Land and Water Area in Square Kilometre by Type of Area and Year. Online unter: https://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/START_BO_BO0601_BO0601E/Are_al/table/tableViewLayout1/ [23.05.2025].

Statistisches Bundesamt (2024): Deutschland ist 38,5 Millionen Hektar groß. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/10/PD24_403_412.html [20.05.2025].

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): Basistabelle Bruttowertschöpfung: Sektor Landwirtschaft. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_LWWertschoepfung.html [29.07.2025].

Stockhammer, Helmut (1985): Schnappschüsse in Schwarzweiß, oder: Wo liegt Afrika? Kolonialistische Denkformen in Hegels Geschichtsphilosophie und Freuds Metapsychologie. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 10 (2), S. 6-16.

Stodulka, Sebastian (2011): Rechtsfragen der Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und dem MERCOSUR. Graz: Universität Graz.

Stohecker, Karin/Arnold, Tom (2020): Argentina creditors refuse to tango on debt restructuring proposal. In: Reuters. Online unter: <https://www.reuters.com/article/us-argentina-debtrenegotiation-creditors/argentina-creditors-refuse-to-tango-on-debt-restructuring-proposal-idUSKBN2221GL> [22.05.2025].

Sultan, Samina (2023): Mercosur-Handel. Läuft uns China den Rang ab? In: IW-Kurzbericht (49), 4 S. Online unter: <https://www.iwkoeln.de/studien/samina-sultan-laeuft-uns-china-den-rang-%20ab.html> [16.09.2023].

Svampa, Maristella (2015a): Commodities Consensus: Neoextractivism and Enclosure of the Commons in Latin America. In: South Atlantic Quarterly, 114 (1), S. 65-82. DOI: <https://doi.org.uaccess.univie.ac.at/10.1215/00382876-2831290>.

Svampa, Maristella (2015b): The 'Commodities Consensus' and Valuation Languages in Latin America. In: Alternautas 2 (1), S.45-59. DOI: <https://doi.org/10.31273/alternautas.v2i1.1003>.

Swampa, Maristella (2012): Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika. In: FDCL und Rosa- Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, S. 14-23.

Syrovatka, Felix (2016): Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung. Berlin: Springer VS.

TABLECLIMATE (2023): EU und Mercosur ringen um Klimaschutz-Zusagen. Online unter: <https://table.media/climate/analyse/eu-und-mercotur-ringen-um-klimaschutz-zusagen/> [22.04.2023].

United Nations (2025): Greenwashig – the deceptive tactics behind environmental claims. Online unter: <https://www.un.org/en/climatechange/science/climate-issues/greenwashing> [11.07.2025].

Universität Wien (2025): Belegen und Zitieren. Online unter: <https://online.univie.ac.at/schreibprozess/belegen-und-zitieren/> [15.08.2025].

USDA (2025): Oilseeds: World Markets and Trade. Online unter: <https://apps.fas.usda.gov/psdonline/circulars/oilseeds.pdf> [14.05.2025].

Verheyen, Roda/Winter, Gerd (2024): Legal Analysis. The EU-Mercosur Free Trade Agreement's impacts on greenhouse gas emissions and compatibility with the EU and international law. Online unter: <https://www.greenpeace.de/publikationen/Rechtsanalyse%20Handelsvertrag%20EU-Mercosur%20verstößt%20gegen%20Klimagesetze%20englisch.pdf> [04.07.2025].

Vetter, Franziska (2025): Der ökologische Fußabdruck ist eine Falle. In: taz. Online unter: <https://taz.de/Politikwissenschaftler-ueber-Oeko-Krise!/6091478/> [14.07.2025].

Wikipedia (2023): Liste der Staatsoberhäupter Brasiliens. Online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Staatsoberhäupter_Brasiliens [19.03.2025].

Wikipedia (2024): Liste der Präsidenten von Argentinien. Online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Präsidenten_von_Argentinien [19.03.2025].

Wippermann, Wolfgang (2007): Die Deutschen und der Osten: Feindbild und Traumland. Darmstadt: Primus Verlag.

Wirth, Uwe (1995): Abduktion und ihre Anwendungen. In: Zeitschrift für Semiotik. Denken als Zeichensprozeß 17 (3-4), S. 405-424. Online unter: https://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/12873/file/Abduktion_und_ihre_Anwendung.pdf [23.03.2024].

Witzke, Harald von/Noleppa, Steffen/Zhirkova, Inga (2014): Fleisch Frisst Land. Berlin: WWF Deutschland. Online unter: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Fleischkonsum_web.pdf [13.05.2025].

WKO (2024): Handelsabkommen der EU mit dem Mercosur. Online unter: <https://www.wko.at/aussenwirtschaft/eu-mercotur> [29.03.2025].

WKO (2025): Handelsabkommen EU-Lateinamerika und Karibik. Online unter: <https://www.wko.at/aussenwirtschaft/handelsabkommen-eu-lateinamerika> [08.05.2025].

Word Bank Group (2023): ARGENTINA Towards a More Competitive, Inclusive, and Resilient Agrifood Sector. Online unter: <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099042825141510674/pdf/P179104ced545dd-f942-4770-a032-089037e12d2a.pdf>, 27 S. [29.07.2025].

World Bank Group (2025a): GDP (current US\$) – Argentina. Online unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=AR> [17.03.2025].

World Bank Group (2025b): GDP (current US\$) – Brazil. Online unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=BR> [17.03.2025].

World Bank Group (2025c): GDP (current US\$) – European Union. Online unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=EU> [17.03.2025].

World Bank Group (2025d): Population, total – Argentina. Online unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=AR&name_desc=false&view=chart&year=2019 [17.03.2025].

World Bank Group (2025e): Population, total – Brazil. Online unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=BR&name_desc=false&view=chart&year=2019 [17.03.2025].

World Bank Group (2025f): Population, total – European Union. Online unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=EU&name_desc=false&view=chart&year=2019 [17.03.2025].

World Bank Group (2025g): GDP per capita (current US\$) – Argentina, Brazil, European Union. Online unter: <https://databank.worldbank.org/reports.aspx?source=2&series=NY.GDP.PCAP.CD&country=ARG> [17.03.2025].

World Bank Group (2025h): New World Bank Study Discusses Policies to Make Brazil's Agrifood Sector More Competitive, Sustainable, and Inclusive. Online unter: <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2025/04/10/new-world-bank-study-brazil-agrifood-sector-public-policies> [29.07.2025].

Zeit Online (2023): Ultraliberaler gewinnt Präsidentschaftswahl in Argentinien. In: Zeit Online. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/presidentenwahl-argentinien-sergio-massa-javier-milei> [17.02.2025].